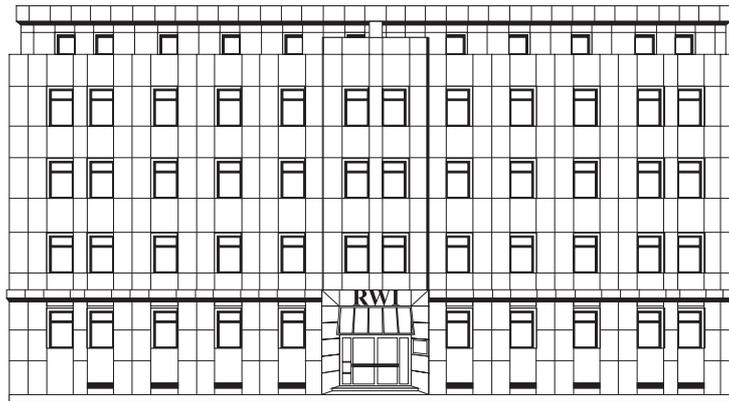


Arbeitsbericht 1999



Rheinisch-Westfälisches Institut
für Wirtschaftsforschung

Rheinisch-Westfälisches Institut
für Wirtschaftsforschung

Arbeitsbericht 1999

Essen · Mai 2000

Herausgegeben vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung
Hohenzollernstraße 1-3, 45128 Essen, Telefon: (0201) 81 49-0, Telefax: -200
Internet: <http://www.rwi-essen.de>, e-mail: rwi@rwi-essen.de

Druck: 2000 bei Druckerei Peter Pomp GmbH, 46238 Bottrop

Inhalt

Das Institut	5
Entwicklung, Aufgaben und Organe	5
Mitgliederversammlung	7
Verwaltungsrat	8
Vorstand	8
Verwaltungsratssitzung und Mitgliederversammlung 1999	8
Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats.	9
Finanzierung	9
Die finanzielle Entwicklung im Jahre 1999	9
Forschungsbeirat	10
Mitarbeiter	11
Betriebsrat	13
Veröffentlichungen.	13
Gesellschaft der Freunde und Förderer.	14
Die Arbeiten des Instituts	15
Die Arbeiten der Forschungsgruppen	15
Weltwirtschaft	15
Konjunktur	23
Regionalwirtschaftliche Analysen	31
Sektorale Strukturanalysen.	38
Energiewirtschaft	47
Handwerk und Mittelstand	55
Öffentliche Finanzen und Steuern	66
Summerschool	76
Die Arbeiten anderer Gruppen	76
Statistik	76
EDV	78
Grafik.	78
Bibliothek	79
Veröffentlichungen.	80
Satzung	84
Organisationsplan	91

Das Institut

Entwicklung, Aufgaben und Organe

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung, Essen, – RWI – ist eine unabhängige und gemeinnützige Einrichtung der wissenschaftlichen Forschung, die sich mit der Beobachtung und Analyse der Wirtschaft und ihrer Entwicklung befasst. Das Institut wurde 1926 von Walther Däbritz auf Anregungen aus Kreisen der Ruhrwirtschaft als Abteilung Westen des Instituts für Konjunkturforschung (jetzt: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung), Berlin, gegründet. Seit 1943 arbeitet es in rechtlicher Selbständigkeit als eingetragener Verein.

Der Schwerpunkt der Forschungsarbeiten liegt bei Diagnosen und Prognosen der konjunkturellen und strukturellen Entwicklung der Wirtschaft in Deutschland und in bedeutenden Industrieländern. Schon allein standortbedingt zählt auch die Analyse der Wirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen sowie der Bereiche Energie und Stahl zu den wichtigen Arbeitsgebieten des Instituts. Traditionell umfasst der Aufgabenbereich außerdem die Analyse des Handwerks, neuerdings akzentuiert auch die des Mittelstandes. Besondere Aufmerksamkeit wird ferner der Regionalforschung, der europäischen Integration und der Umweltökonomie gewidmet, den beiden letzteren in Gestalt von sog. „Querschnittsthemen“. Ein erster längerfristig orientierter Forschungsplan wurde 1991/92 im Forschungsbeirat und im Verwaltungsbeirat diskutiert und 1992 der Mitgliederversammlung vorgelegt. Der Entwurf eines zweiten Langfristplans, der die Empfehlungen des Wissenschaftsrats berücksichtigt, wurde 1999 mit dem Forschungsbeirat diskutiert und soll 2000 vom Verwaltungsrat abschließend behandelt werden.

Die Zukunft der Forschung wird, schon allein aufgrund des Fortschritts der Informations- und Kommunikationstechnologien, noch stärker als bisher durch variable Netzwerke geprägt sein. Gerade die Entwicklung auf dem Gebiet der Wirtschaftstheorie, die es einem in starkem Maße empirisch ausgerichteten Institut mittlerer Größe fast unmöglich macht, alle neueren Beiträge in ihrer gesamten Breite aufzuarbeiten, verlangt solche externe Kooperationen – insbesondere mit Universitäten. Dies war auch der explizite Wunsch des Wissenschaftsrates.

Institutionalisiert finden sich derartige *Netzwerke* beim RWI bereits, so im Rahmen

- des von der DFG geförderten SFB 475 „Komplexitätsreduktion in multivariaten Datenstrukturen“ mit dem Fachbereich Statistik der Universität Dortmund sowie in der Mitwirkung im Graduiertenkolleg „Allokationstheorie, Wirtschaftspolitik und kollektive Entscheidungen“ der Universitäten Bochum und Dortmund,
- des von den Vereinten Nationen geförderten und federführend an den Universitäten Toronto und Maryland angesiedelten *Project LINK*, einem weltweiten Verbund makroökonomischer Modelle,
- des European Economic Network (EUREN) des *Centre d’Observation Economique* (COE) Paris bzw. der Sorbonne, dem *Centro Studi Confindustria* (CSC), Rom, sowie der *London Business School*, London, zur europäischen Konjunkturanalyse,
- der Zusammenarbeit mit dem *European Policies Research Center* an der *University of Strathclyde*, Glasgow,
- der Zusammenarbeit mit dem *Centre for Enterprise and Economic Development Research* (CEEDR; *Prof. Smallbone*) der *University of Middlesex*, London, sowie
- der Mitgliedschaft im *Entrepreneurship Research Consortium* (ERC; *Prof. Reynolds*).

Auf dem Gebiet der ökonomischen Energie- und Klimafolgenforschung ist eine stärkere Zusammenarbeit mit amerikanischen Forschern geplant. Zu diesem Zwecke finanziert die DFG einen längeren Forschungsaufenthalt eines RWI-Mitarbeiters bei *Prof. Nordhaus* (*Yale-University*) zwecks Aufbaus eines Forschungsnetzwerkes.

Die bereits abgeschlossenen *Kooperationsvereinbarungen*

- mit dem CEEDR,
- mit *Prof. Reynolds* (ERC),
- mit der Ruhr-Universität Bochum und der Fachhochschule Gelsenkirchen auf dem Gebiet der Gründungsforschung,
- mit der Sektion B der WGL auf den Gebieten der Raum- und Umweltforschung sowie
- dem Institut für Empirische Wirtschaftsforschung der Universität Leipzig

haben zu gemeinsamen Projekten geführt, deren Ergebnisse in den nächsten Jahren anfallen werden.

Hervorgehoben werden soll der Kooperationsvertrag mit der Ruhr-Universität Bochum, die dem künftigen Präsidenten in der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der RUB eine akademische Heimat bieten wird und zu einem gemeinsamen Lehr- und Forschungsmodul „Empirische Wirtschaftsforschung“ geführt hat. Erste Anträge auf Unterstützung gemeinsam durchzuführender Forschungsprojekte wurden bei der DFG eingereicht.

Vor dem Abschluss stehen Kooperationsvereinbarungen mit

- der Universität GH Essen sowie
- der Gerhard-Mercator-Universität GH Duisburg.

Mit der Ohio Wesleyan University, Delaware, Ohio, wird ein Wissenschaftleraus-tausch gepflegt. Die Beratung durch die Mitarbeiter des RWI wird von Studenten und Doktoranden in steigendem Maße in Anspruch genommen.

Das RWI will mit seinen Arbeiten über wirtschaftliche Entwicklungen und deren Bestimmungsgründe informieren, der Wirtschaftspolitik sachgerechte Entschei-dungen erleichtern und allgemein in der Öffentlichkeit das Verständnis für gesamt-wirtschaftliche Zusammenhänge fördern. Die Ergebnisse werden in der Regel ver-öffentlicht.

Das Institut dient ausschließlich gemeinnützigen Zwecken. Seine Aufgabe ist die wirtschaftswissenschaftliche Forschung, insbesondere die Erarbeitung von Grund-lagen für wirtschaftspolitische Entscheidungen. Diesem Zwecke dienen u.a. der Auf- und Ausbau ökonomischer Modelle, insbesondere in den Bereichen der Konjunktur-, Struktur- und Energieforschung, sowie die Pflege von Datenbanken.

Mitglieder des Vereins können sowohl Firmen als auch Körperschaften des öffent-lichen Rechts sowie soziale und wirtschaftliche Organisationen werden, die an den Zielen des Instituts interessiert sind. Die Mitglieder leisten einen Jahresbeitrag, des-sen Höhe der Selbsteinschätzung überlassen bleibt. Den Mindestbeitrag setzt die Mitgliederversammlung jährlich fest, er beträgt derzeit 2 500,-DM. Mitgliedsbei-träge sind Zuwendungen für gemeinnützige Zwecke zur Förderung der Wissen-schaft.

Die satzungsmäßigen Organe des Vereins sind die Mitgliederversammlung, der Verwaltungsrat und der Vorstand.

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung hat vor allem folgende Aufgaben:

- Beschlussfassung über die Jahresrechnung sowie über Änderungen der Satzung; Entlastung des Verwaltungsrats und des Vorstandes,
- Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrats und des Forschungsbeirats sowie des Rechnungsprüfers.

Verwaltungsrat

Dem Verwaltungsrat obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

- Beratung in allen Angelegenheiten des Vereins von besonderem Gewicht oder finanzieller Tragweite,
- Beschlussfassung über den Haushaltsplan,
- Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes,
- Beschlussfassung über die Berufungsordnung für die Wahl des Präsidenten.

Dem Verwaltungsrat sollen mindestens 10, höchstens jedoch 15 Personen angehören, die möglichst aus dem Kreise der Mitglieder zu wählen und geeignet sind, die Belange des Instituts wahrzunehmen und zu fördern. Mitglieder des Verwaltungsrats sind:

Vorsitzender:	Peter Hohlfeld, Essen
Heinrich Frommknecht, Dortmund	Helmut Mattonet, Düsseldorf
	Klaus Schloesser, Düsseldorf
Stellvertretende Vorsitzende.	Dr. Ruprecht Vondran, Düsseldorf
Dr. Dietmar Kuhnt, Essen	Dr. Gerd Willamowski, Essen
Dr. Henning Osthues-Albrecht, Essen	Dr. Kurt Hochheuser, Düsseldorf
	Heinz Putzhammer, Düsseldorf
Prof. Dr. Walter Eberhard, Duisburg	Prof. Dr. Heribert Zitzelsberger
Prof. Dr. Harald B. Giesel, Essen	Bonn/Berlin

Vorstand

Der Vorstand führt die Geschäfte des Vereins. Er ist Vorstand im Sinne des § 26 BGB. Dem Vorstand gehören an:

Prof. Dr. Paul Klemmer (Präsident)

Prof. Dr. Ullrich Heilemann (Vizepräsident).

Verwaltungsratssitzung und Mitgliederversammlung 1999

Die ordentliche Verwaltungsratssitzung und die Mitgliederversammlung fanden am 4. Juni 1999 in Essen statt. Die durch die Westdeutsche Industrie-Treuhandgesellschaft geprüfte Jahresrechnung 1998 wurde genehmigt, der Haushaltsplan 2000 in der vorgelegten Fassung verabschiedet.

Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats

Wie bereits in den früheren Arbeitsberichten dargestellt wurde, bilden die Umsetzungen der Empfehlungen des Wissenschaftsrates einen Schwerpunkt der Vorstandsarbeit. 1999 konzentrierten sich die diesbezüglichen Aktivitäten auf die abschließende Beratung des langfristigen Forschungsplans sowie den Ausbau der externen Forschungsk Kooperation. Zur Nachfolge des jetzigen Präsidenten, dessen dritter Vertrag Mitte 2001 ausläuft und der aufgrund seiner Emeritierung dann aus dem Amt ausscheiden möchte, wurde zusammen mit der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Ruhr-Universität Bochum eine gemeinsame Berufungskommission ins Leben gerufen und die Präsidentenstelle national und international ausgeschrieben. Vorsitzender dieser Kommission ist der Dekan der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften; in ihr wirken auch die Mitglieder des Forschungsbeirates des RWI mit.

Finanzierung

Das Institut wird finanziert

- aus öffentlichen Zuschüssen des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen,
- aus Mitgliedsbeiträgen sowie Einnahmen aus Veröffentlichungen und Vermietung sowie aus sonstigen Erträgen,
- durch Auftragsarbeiten für Bundes- und Landesministerien, für andere Behörden und für die Wirtschaft.

Die finanzielle Entwicklung im Jahre 1999

Das Haushaltsvolumen des Instituts betrug rund 9,7 Mill. DM. Der Zuschuss der öffentlichen Zuwendungsgeber, der gemäß der „Rahmenvereinbarung Forschungsförderung“ je zur Hälfte vom Bund und vom Land Nordrhein-Westfalen aufgebracht wird, belief sich auf rund 6,7 Mill. DM, das sind rund 69 vH des Ertrages. Die Einnahmen aus Arbeitsaufträgen stiegen gegenüber 1998 um knapp 0,8 Mill. DM auf 2,9 Mill. DM. Größter Auftraggeber war erneut das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Die übrigen Einnahmen – Mitgliedsbeiträge, Erträge aus Veröffentlichungen, Mieteinnahmen u.a. – beliefen sich auf rund 372 000 (rund 3,7 vH der Gesamteinnahmen). Der tatsächlich entstandene Aufwand des Jahres 1999 entsprach im institutionellen Haushalt weitgehend dem Voranschlag. Die Personalausgaben, die am Gesamtaufwand des Instituts naturgemäß den größten Anteil haben, erreichten mit knapp 7,9 Mill. DM rund 81 vH der Gesamtausgaben. Der Sachaufwand betrug knapp 1,8 Mill. DM.

Das Anlagevermögen (rund 4,3 Mill. DM) umfasst die Buchwerte der institutseigenen Gebäude, Essen, Hohenzollernstraße 1-3 und Kindlingerstraße 8, die Festwerte der Einrichtung der Bibliothek sowie die Werte der EDV-Anlage.

Bilanz zum 31. Dezember

in 1 000 DM

AKTIVA		1999	1998	PASSIVA		1999	1998
I.	Anlagevermögen	4 260	4 456	I.	Verbindlichkeiten aus Beiträgen Dritter	204	91
II.	Umlaufvermögen	440	600	II.	Abgegrenzte Verbindlichkeiten	298	579
				III.	Rückstellungen	0	0
				IV.	Vereinsvermögen	4 198	4 386
		4 700	5 056			4 700	5 056

Erfolgsrechnung

in 1 000 DM

AUFWAND		1999	1998	ERTRAG		1999	1998
1.	Personalausgaben	7 869	7 391	1.	Vermischte Einnahmen	114	123
2.	Sächliche Verwaltungsausgaben	1 622	2 267	2.	Einnahmen aus Veröffentlichungen	37	27
3.	Beiträge an Vereine	20	18	3.	Mieten und Pachten	36	37
4.	Ausgaben für Investitionen	150	186	4.	Zuschüsse aus dem öffentlichen Bereich	6 654	7 040
5.	Sonstige (Umsatzsteuer)	58	98	5.	Sonstige Zuschüsse und Beiträge	180	187
				6.	Erstattung von Verwaltungskosten	5	2
				7.	Einnahmen aus Arbeitsaufträgen	2 957	2 168
		9 719	9 960			9 983	9 584
	Einnahmenüberschuß	264	-		Ausgabenüberschuß	0	376
		9 983	9 960			9 983	9 960

Das Vereinsvermögen beläuft sich auf knapp 4,2 Mill. DM.

Forschungsbeirat

Der Forschungsbeirat hat seine Aufgaben, Anregungen zum Forschungsprogramm des Instituts zu geben, die Forschungstätigkeit kritisch zu begleiten und bei der Berufung eines neuen Präsidenten mitzuwirken, wahrgenommen. Mitglieder des Forschungsbeirats sind gegenwärtig:

Prof. Dr. Joachim Frohn, Bielefeld

Ulrich Hombrecher, Düsseldorf

Prof. Dr. Reinhardt Jünemann, Dortmund
 Prof. Dr. Dietmar Kath, Duisburg
 Prof. Dr. Gebhard Kirchgässner, St. Gallen
 Dr. Matthias Köppel, Essen
 Prof. Dr. Wim Kösters, Bochum (Vorsitzender)
 Prof. Dr. Horst Zimmermann, Marburg

Wegen der Wahl zum Dekan der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum und der damit verbundenen Belastungen stellt der Vorsitzende, Prof. Dr. W. Kösters, sein Amt zur Verfügung. Ein neuer Vorsitzender wird auf der nächsten Sitzung gewählt.

Der Forschungsbeirat tagte im Jahre 1999 dreimal. Den überwiegenden Teil seiner Arbeit widmete er der Aussprache über den vom Vorstand des Instituts vorgelegten Entwurf eines mittelfristigen Forschungsplans. Nach intensiven Beratungen – zum Teil mit dem Vorstand zusammen – wurden zahlreiche Anregungen gegeben und Gestaltungsvorschläge gemacht, die in die Endfassung eingegangen sind. Ein zweiter Schwerpunkt der Arbeit des Beirats lag in der Begehung und internen Evaluierung der Forschungsgruppe „Weltwirtschaft“, zu deren Arbeit sich der Wissenschaftsrat kritisch geäußert und für eine Auflösung und Integration in andere Forschungsgruppen plädiert hatte. Der Forschungsbeirat erarbeitete eine Stellungnahme, in der er sich für eine selbständige, sich mit internationalen Fragen befassende Forschungsgruppe aussprach und Empfehlungen für die Neuausrichtung und besseren Integration der Gruppe in die Arbeit des Instituts gab. Ferner wurde die Umsetzung der Auflagen des Wissenschaftsrats innerhalb des RWI und wurden die Möglichkeiten der weiteren Profilierung des Instituts diskutiert. Schließlich wurde über eine Geschäftsordnung für den Forschungsbeirat und Richtlinien für die interne Evaluierung von Forschungsgruppen gesprochen und wurden Entwürfe erarbeitet.

Da die Mitglieder des Forschungsbeirats zugleich geborene Mitglieder der gemeinsamen Berufungskommission für das Präsidentenamt des RWI und einer C4 Professur für Volkswirtschaftslehre an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum (Vorsitz: Prof. Dr. W. Kösters) sind, waren sie bei den insgesamt vier Sitzungen dieser Kommission in 1999 und in der ersten Hälfte 2000 vertreten.

Mitarbeiter

Am Jahresende 1999 beschäftigte das Institut 70 Mitarbeiter (einschließlich Vorstand), darunter 43 Wissenschaftler.

Im Jahr 1999 waren im Institut tätig:

Dr. Michael Ackermann	Dr. Antoine-Richard Milton
Dr. György Barabas	Dr. Waike Moos
Heiko Bergmann	Lutz Morgenroth
Andrea Böing-Grundmann	Beate Müller
Gabriele Braatz	Heinz Josef Münch
Alena Brüstle	Hiltrud Nehls (seit 1.12.1999)
Rüdiger Budde	Nils Nottelmann (seit 1.8.1999)
Hans Georg Buttermann	Andreas Oberheitmann
Hartmut Clausen (seit 1.10.1999)	Gabriele Pomorin
Dr. Jochen Dehio	Omar Ranné (seit 1.12.1999)
Dr. Roland Döhrn	Hermann Rappen
Karl-Heinz Drymalla	Sabine Reinhard
Wolfgang Dürig	Sandra Renn
Dr. Bernd Fritzsche	Dr. Annette Rudolph (seit 1.3.1999)
Heinz Gebhardt	Rosemarie Runkler
Dr. Silke Gehle (seit 1.1.1999)	Günter Schäfer
Rainer Graskamp	Dr. Elke Schäfer-Jäckel
Brigitte Günnewig	Dr. Markus Scheuer
Marianne Halstrick-Schwenk	Barbara Schilde (seit 1.1.1999)
Prof. Dr. Ullrich Heilemann	Dr. Elke Maria Schmidt (bis 31.3.1999)
Karl-Heinz Herlitschke	Ingrid Schmidt
Anette Hermanowski	Joachim Schmidt
Peter Hernold	Dr. Heinz Schrumpf
Elisabeth Herwegh (bis 31.10.1999)	Gisela Schubert
Bernhard Hillebrand	Wolfgang Schütz
Klaus Höhner	Dr. Dirk Soyka
Peter Hohlfeld	Hans-Karl Starke
Ingrid Hüllen	Dieter Stiller
Frank Jacob	Dr. Karl-Heinz Storchmann
Ronald Janßen-Timmen	Heribert Sunderbrink
Monika Keip	Ullrich Taureg
Prof. Dr. Paul Klemmer	Marlies Tepas
Dr. Bernhard Lageman	Dr. Guido Urfei (seit 1.1.1999)
Ulrike Lehr (bis 30.9.1999)	Harald Waldt
Klaus Löbbe	Dr. Friederike Welter
Dr. Hans Dietrich von Loeffelholz	Hartmut Westram
Agnes Lohkamp	Werner Wichmann
Claudia Lohkamp	Hiltrud Wittke
Jürgen Malszewski	

Gastwissenschaftler:

Densmaa, Purvee, Mongolische Wissenschaftliche Akademie, Institut für Internationale Studien

Natalja Ganuschtschenko, Universität Potsdam

Praktikanten:

Dr. Tatjana Bassova, Britta Baum (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt), Tim Faude (Theodor-Heuss-Gymnasium, Essen), Mike Felgenhauer (Technische Uni-

versität Dresden), Katharina Funcke (B.M.V.-Schule, Essen), Andrea Irmer (Universität Hannover), Pisan Lam (Heinrich-Böll-Gesamtschule, Oberhausen), Michael Latsch (Universität Dortmund), Joon-Suk Lee (Universität Karlsruhe (TH)), Henrik Schwarze (Westfälische Wilhelms-Universität Münster), Sergey Tiagnybedin (Westfälische Wilhelms-Universität Münster), Tran Ngoc Thinh (Ministerium für Handel, Hanoi, Vietnam), Katharina Wacker (Universität Dortmund)

Studentische Hilfskräfte:

Matthias Peistrup, Milena Stoitcheva, André Winkels

Betriebsrat

Der Betriebsrat setzt sich seit der Wahl im Mai 1998 aus folgenden Mitgliedern zusammen:

Peter Hohlfeld (Vorsitzender)

Karl-Heinz Herlitschke (stellvertretender Vorsitzender)

Andrea Böing-Grundmann (seit 16.11.1999)

Ulrike Lehr (bis 30.9.1999)

Dr. Waike Moos

Hermann Rappen (seit 1.10.1999)

Dr. Karl-Heinz Storchmann (bis 15.11.1999)

In Besprechungen mit dem Vorstand des Instituts wurden die anstehenden Probleme ausführlich diskutiert und einer Lösung nähergebracht. In mehreren Betriebsversammlungen berichtete der Betriebsrat über seine Tätigkeit und diskutierte die aufgeworfenen Fragen.

Veröffentlichungen

RWI-Mitteilungen	vierteljährlich
RWI-Konjunkturberichte	halbjährlich
RWI-Handwerksberichte	jährlich
RWI-Konjunkturbriefe	unregelmäßig
Schriftenreihe	unregelmäßig
Untersuchungen	unregelmäßig
RWI-Papiere	unregelmäßig
Schriften und Materialien zu Handwerk und Mittelstand	unregelmäßig
Schriften und Materialien zur Regionalforschung	unregelmäßig

Die RWI-Konjunkturberichte, die RWI-Mitteilungen und die Schriftenreihe sind – auch als Einzelheft – beim Verlag Duncker & Humblot GmbH, Postfach 41 03 29, 12113 Berlin, Telefon: (030) 79 00 06-0, zu beziehen, die übrigen Veröffentlichungen beim Institut.

Gesellschaft der Freunde und Förderer

Die Gesellschaft der Freunde und Förderer des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung wurde im Jahre 1948 gegründet. Sie hat sich die Aufgabe gestellt, das Institut bei seinen Arbeiten zu unterstützen und die Durchführungen seiner Aufgaben in jeder Weise, insbesondere durch Zuwendung von Geldmitteln, zu fördern und die diesem Zweck dienenden finanziellen und sonstigen Mittel zu beschaffen.

Der neue Vorstand der Fördergesellschaft hat unter dem Eindruck des Bewertungsberichts des Wissenschaftsrates gemeinsam mit dem Vorstand des Instituts und dem Forschungsbeirat ein neues Konzept zur Unterstützung der Forschungsaktivitäten des RWI erarbeitet. Es sieht eine Konzentration der Fördermittel auf Aktivitäten vor, die die projektbezogene Kooperation mit ausgewiesenen in- und ausländischen Forschern auf den jeweiligen Gebieten verstärken und das Institut bei der Vermittlung seiner Forschungsergebnisse nach außen unterstützen.

Im einzelnen sind u.a. die Ausschreibung von Forschungsprofessuren, die Unterstützung bei der Ausrichtung von Fachkonferenzen und die aktive Teilnahme von Institutsangehörigen an internationalen Tagungen vorgesehen. Darüber hinaus sollen Studenten und Angehörige des akademischen Mittelbaus die Gelegenheit erhalten, an Institutsveranstaltungen teilzunehmen; es soll ihnen auch eine projektbezogene Mitarbeit an Forschungsarbeiten des Instituts ermöglicht werden. Ferner soll die leistungsbezogene Praktikantenförderung verstärkt werden. Die Fördergesellschaft will ferner die Außendarstellung des Instituts und seiner Arbeiten unterstützen. Der Forschungsbeirat wird in die Auswahl der Projekte und der zu unterstützenden Personen mit einbezogen.

Mitglieder der Fördergesellschaft können Einzelpersonen und Firmen, Vereine und Gesellschaften, Körperschaften des öffentlichen Rechts, soziale und wirtschaftliche Organisationen werden.

Die Höhe des Jahresbeitrags bleibt der Selbsteinschätzung der Mitglieder überlassen. Der Mindestsatz beträgt für Einzelpersonen 100,-DM und für sonstige Mitglieder 500,-DM. Mitgliedsbeiträge und Zuwendungen sind steuerlich abzugsfähig.

Präsident: Dr. jur. Dietmar Kuhnt

Geschäftsführender Vorstand: Manfred Breuer

Die Arbeiten des Instituts

Die Arbeiten der Forschungsgruppen

Weltwirtschaft

Neben den laufenden Untersuchungen zur internationalen Konjunktur konzentrierten sich die Arbeiten der Forschungsgruppe gemäß dem langfristigen Forschungsplan auch im abgelaufenen Jahr auf die Analyse der Direktinvestitionen und die Mitarbeit am internationalen Modellverbund *Project LINK*. Hinzu kommen als Beitrag zu den Querschnittsthemen des Instituts die Auseinandersetzung mit der europäischen Integration, insbesondere den Auswirkungen des geplanten EU-Beitritts osteuropäischer Länder. Da nahezu alle Fragestellungen in den angesprochenen Bereichen zunehmend in einem europäischen Kontext gesehen werden müssen, wurde 1999 die internationale Kooperation deutlich verstärkt.

Direktinvestitionen

Die Analyse der Direktinvestitionen stützt sich seit einigen Jahren außer auf amtliche Statistiken auch auf eine eigene mikroökonomische Datenbasis, die „Unternehmensdatenbank Globalisierung“. Diese wurde im Rahmen eines durch die *Fritz-Thyssen-Stiftung* finanzierten Forschungsprojekts weiterentwickelt, zum einen durch die Einbeziehung des Dienstleistungssektors, zum anderen durch eine stärkere Berücksichtigung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU). Neben der Auswertung von Geschäftsberichten wurde – da insbesondere KMU zumeist nicht publizitätspflichtig sind – versucht, die verstärkte Internet-Präsenz von Unternehmen zu nutzen, um so in Verbindung mit einer Auswertung der Presse und von Unternehmenshandbüchern zu aussagekräftigen Angaben zu gelangen. Die bisher gemachten Erfahrungen lassen erwarten, dass auf diesem Wege eine tragfähige empirische Grundlage für Analysen auch in diesen Bereichen aufgebaut werden kann. Erste Berechnungen zeigen, dass Dienstleistungsunternehmen i.a. weniger stark „globalisiert“ sind als Unternehmen vergleichbarer Größe aus dem produzierenden Gewerbe. Einem internationalen Forum präsentiert wurden Konzeption und erste Ergebnisse der Unternehmensdatenbank im Rahmen eines Workshops

des *European Advisory Committee on Statistical Information in the Economic and Social Spheres* (CEIES), dessen wissenschaftliche Vorbereitung in den Händen des RWI lag.

Im Rahmen der Analyse internationaler Direktinvestitionsverflechtungen auf der Basis makroökonomischer Daten wurden frühere Untersuchungen wieder aufgenommen, in denen Umfang und regionale Ausrichtung von Direktinvestitionen auf der Grundlage von Gravitationsmodellen analysiert worden waren. Dabei galt es, damalige Ergebnisse vor dem Hintergrund aktueller Daten und alternativer Schätzansätze zu überprüfen. Ausgehend von den neuen Schätzungen wurde der mögliche Beitrag der Direktinvestitionen zur Entwicklung der Marktwirtschaft in Russland untersucht. Ergebnisse dieser Analysen wurden – in Zusammenarbeit mit dem EIIW an der Universität Potsdam – im Rahmen einer internationalen Konferenz in Moskau vorgestellt. Daneben wurde der Ansatz verwendet, um den Einfluss von Distanzen im weitesten Sinne – einschließlich kultureller Faktoren – und den daraus resultierenden Transaktionskosten auf Umfang und Ausrichtung von Direktinvestitionen zu untersuchen.

Wechselkurse und Außenhandel

Nach dem Übergang zur Währungsunion steht die Analyse ihrer Konsequenzen für die einzelnen Mitgliedsländer auf der Forschungsagenda. Dazu wurde das seit Jahren gepflegte Instrumentarium zur Berechnung effektiver Wechselkurse den geänderten Rahmenbedingungen angepasst. Ein in methodischer Hinsicht bemerkenswerter Aspekt – mit erheblichen Konsequenzen für die Beurteilung gesamtwirtschaftlicher und sektoraler Auswirkungen von Wechselkursänderungen – ergibt sich daraus, dass Produzenten aus den einzelnen Ländern des Euro-Raums nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb der Währungsunion in recht unterschiedlichem Maße im Wettbewerb mit Anbietern aus verschiedenen Drittländern stehen. Diese Form von Drittmarktseffekten wurde zwar in der Vergangenheit – so auch in früheren Untersuchungen des RWI zu regionenspezifischen Wechselkursen – als bedeutsam anerkannt; sie ließen sich aber mangels entsprechender Daten nicht quantifizieren. Innerhalb der Währungsunion ist dies jedoch möglich, und es zeigen sich dabei erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern. So wertete z.B. der länderspezifische effektive Wechselkurs des Euro aus der Sicht Irlands zwischen 1995 und 1998 um mehr als 10 vH ab, aus der Sicht Italiens aber nur um 2,5 vH.

Neben der Weiterentwicklung und Aktualisierung des Instrumentariums zur Analyse von Wechselkurswirkungen betrafen die Arbeiten der Forschungsgruppe im Bereich des Außenhandels die Mitarbeit an den Branchenbildern „Feinmechanische, optische und Uhrenindustrie“ sowie „Feinkeramische Industrie“ sowie an der Strukturberichterstattung (vgl. die Ausführungen der Forschungsgruppe „Sektorale Strukturanalysen“).

Osteuropa

Im Bereich der Osteuropa-Forschung wurde der in den letzten Jahren eingeleitete Perspektivwechsel fortgesetzt: Nicht mehr der Wandel in diesen Ländern, sondern dessen Auswirkungen auf die EU stehen nunmehr im Mittelpunkt des Interesses. Daher wurde, wie im letztjährigen Arbeitsbericht bereits angedeutet, die Stellung des Außenhandels der osteuropäischen Länder in der Wertschöpfungskette analy-

siert. Als erstes Kriterium zu dessen Beurteilung bietet sich eine Analyse des Warenverkehrs zur Passiven Veredelung an, auch wenn die Angaben in amtlichen Statistiken dieses Phänomen nur teilweise abdecken; der statistische Nachweis hängt dort davon ab, ob es den Unternehmen aus steuerlichen Gründen vorteilhaft erscheint, einen Warenverkehr als Passive Veredelung zu deklarieren. Dies ist in vielen Fällen jedoch nicht der Fall, selbst wenn es sich in ökonomischer Hinsicht um eine Veredelung handelt. Nach diesen Angaben entfielen 1997 etwa 14 vH der deutschen Einfuhren aus den mittel- und osteuropäischen (MOE-) Ländern auf die Passive Veredelung gegenüber nur etwa 2 vH am deutschen Außenhandel insgesamt, was zu der Frage Anlass gibt, in wie weit in Osteuropa verlängerte Werkbänke der deutschen Industrie entstehen.

Im Rahmen eines Forschungsauftrags der Europäischen Kommission wurde in Zusammenarbeit mit der Forschungsgruppe „Handwerk und Mittelstand“ sowie mit dem *European Policies Research Center*, Glasgow, dem *Österreichischen Institut für Raumplanung*, Wien, und Prof. *Josep Lladós*, Universität Autonoma de Barcelona, der Einfluss der Osterweiterung der EU auf KMU in der Gemeinschaft analysiert. Der Zwischenbericht zu dieser Studie wurde in einem Workshop vorgestellt und mit europäischen Experten und dem *Steering Committee* des Projektes diskutiert.

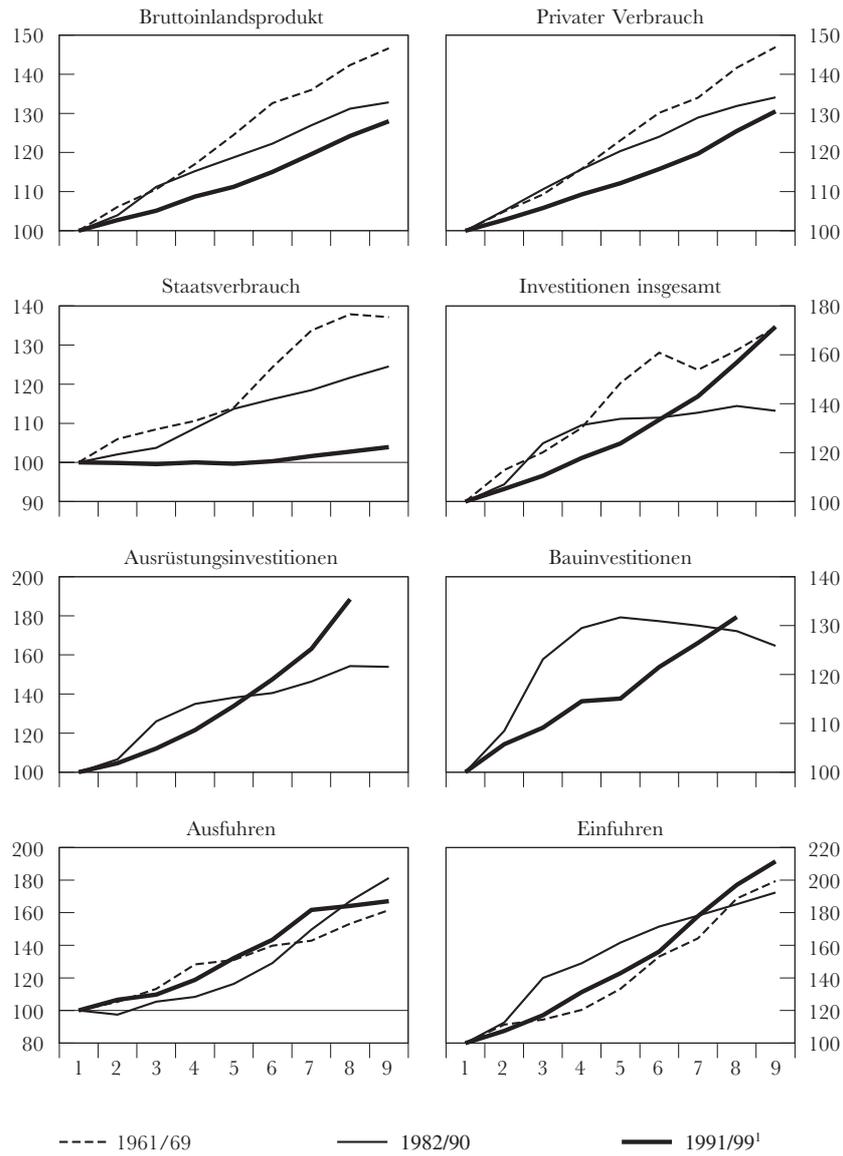
Internationale Konjunktur

Im Bereich der Konjunkturanalyse wurde die internationale Zusammenarbeit auf eine breitere Basis gestellt. Neben der Mitarbeit im weltweiten ökonomischen Modellverbund *Project LINK* wurde insbesondere die Kooperation auf europäischer Ebene vertieft. Dazu wurde gemeinsam mit drei europäischen Forschungsinstituten – dem *Centre d'Observation Economique (COE)*, Paris, dem *Centro Studi Confindustria*, Rom, und der *London Business School* – die Kooperation EUREN gegründet. Ziel ist es u.a., zumindest einmal jährlich eine gemeinsame Beurteilung der europäischen Konjunktur zu veröffentlichen. Im Anschluss an erste Treffen der Institute am 26. Juni 1999 in Paris bzw. am 14./15. Januar 2000 in Essen wurde jeweils eine Einschätzung der europäischen Konjunktur durch die beteiligten Institute der Öffentlichkeit übergeben. Ferner wurde vereinbart, Beiträge aus dem Kreis der Partnerinstitute in den Publikationsorganen der anderen zu veröffentlichen. Ein erster Beitrag einer Mitarbeiterin des COE wurde im „*RWI-Konjunkturbericht*“ 1/1999 publiziert, ebenso eine Ausarbeitung des RWI im „*Lettre mensuelle de conjuncture*“ des COE. Daneben wurde eine Kooperation mit FIBER, einem von *Viktor Zamowitz* geleiteten und mit der Columbia-Universität affilierten Institut, begonnen, von der weitere Anregungen für die Arbeiten der Forschungsgruppe auf dem Gebiet der Konjunkturanalyse erwartet werden.

Mit der konjunkturellen Entwicklung in den Vereinigten Staaten, insbesondere den Besonderheiten deren jüngsten Aufschwungs – dem längsten der amerikanischen Geschichte – setzte sich die Forschungsgruppe im Rahmen des Projekts „Rolle und Beitrag makroökonomischer Faktoren zum Wirtschaftsaufschwung der Vereinigten Staaten 1991 bis 1998“ auseinander, das in Zusammenarbeit mit den Forschungsgruppen „Konjunktur“ und „Öffentliche Finanzen“ erstellt wurde. Zwar blieb das Wachstum im gegenwärtigen Aufschwung bislang hinter dem früherer Aufschwungsphasen zurück, jedoch was es diesmal weitgehend inflationsfrei – und das

Bruttoinlandsprodukt und ausgewählte Nachfragekomponenten in den Aufschwungphasen der Vereinigten Staaten

In konstanten Preisen; erstes Jahr des Aufschwungs = 100



Eigene Berechnungen nach Angaben des CEA und des BEA. – ¹1999: Erstes Halbjahr.



angesichts einer außerordentlich niedrigen Arbeitslosenquote. Ausgangspunkt dieser in jeder Hinsicht positiven Entwicklung war die entschlossene Haushaltskonsolidierung durch die Finanzpolitik, erreicht zu gleichen Teilen durch Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen, nicht zuletzt aufgrund der beachtlichen *peace dividend*. Die Geldpolitik honorierte diese Anstrengungen durch niedrige Zinsen und stützte so insbesondere in der Frühphase die Expansion. Dass sie die Zinsen bis zuletzt niedrig belassen konnte, ist auch exogenen Faktoren zu danken: den preisdämpfenden Wirkungen sinkender Rohstoffpreise und dem Preisverfall bei Computern und Informationstechnologien. Gestützt wurde die Expansion am aktuellen Rand aber auch durch höhere Produktivitätsraten aufgrund der wachsenden Verbreitung der genannten Technologien, wenn auch nicht abschließend zu beurteilen ist, ob dies von Dauer sein wird.

Für Deutschland ergibt sich eine Reihe interessanter Schlussfolgerungen: Erstens, das Wachstum in den Vereinigten Staaten ist zum Teil demographisch bedingt, während die Demographie in Deutschland keinen nennenswerten Beitrag hierzu leistet. Zweitens, möglich wurde das Wachstum durch eine aus vielerlei Gründen größere Lohn- und Preisflexibilität, die hierzulande keine Entsprechung findet. Drittens, was die Finanzpolitik angeht, so ist auch in Deutschland ein Schwenk auf einen konsolidierungsorientierten Kurs festzustellen. Schwieriger gestaltet sich mit dem Übergang zur Währungsunion die Honorierung durch die Geldpolitik. Als „Nebeneffekt“ verfügt die Finanzpolitik hier wie dort über genügend Spielraum, im Falle etwaiger Abschwächungen zu reagieren. Viertens, von den angesprochenen exzeptionellen Faktoren – Weltmarkt- und Computerpreise – profitiert auch die deutsche Wirtschaft, und aller Erfahrung nach machen sich technologisch bedingte „Produktivitätssprünge“ mit Verzögerung auch hierzulande bemerkbar. Sie treffen bei uns aber auf einen Arbeitsmarkt, der weitaus weniger flexibel (aber auch weniger inflationssensibel) ist als der amerikanische.

Der Beitrag der Forschungsgruppe zu dem Projekt fokussierte den Einfluss demographischer und weltwirtschaftlicher Faktoren und den Zusammenhang technischer Innovationen auf die Inflation und die Beschäftigung, insbesondere die sog. NAIRU. Gerade hierin scheint eine Besonderheit des jüngsten Aufschwungs in den Vereinigten Staaten zu liegen, da trotz einer außerordentlich geringen Arbeitslosigkeit nach wie vor noch kein Anspringen der Inflation zu beobachten ist. Die Ergebnisse dieser Studie wurden am 28. Februar 2000 im Rahmen eines internationalen Workshops diskutiert.

Wie in den vergangenen Jahren war die Forschungsgruppe an der „Gemeinschaftsdiagnose“ beteiligt und arbeitete in der Vereinigung europäischer Konjunkturforschungsinstitute (AIECE) mit.

Veröffentlichungen

Döhrn, R. (2000), Foreign Direct Investment in Russia – An Engine of Structural Adjustment? RWI-Papiere 63. RWI, Essen.

Döhrn, R. (2000), The Use of Micro-data in the Analysis of Foreign Direct Investment. RWI-Papiere 64. RWI, Essen.

Döhrn, R. (1999), Internationale Konjunktur: Europa im Aufwind. RWI-Konjunkturbriefe 3/1999. RWI, Essen.

Döhrn, R., P. Raines, R. Brown und M. Scheuer (2000), Arbeitsmarktflexibilität und Direktinvestitionen. Feldstudien in Deutschland und Großbritannien. Untersuchungen des RWI. RWI, Essen, erscheint demächst.

Heilemann, U., R. Döhrn, H.D. von Loeffelholz und E. Schäfer-Jäckel (2000), Der Wirtschaftsaufschwung der Vereinigten Staaten in den neunziger Jahren – Rolle und Beitrag makroökonomischer Faktoren. Untersuchungen des RWI 32. RWI, Essen.

Döhrn, R. und G. Heiduk (Hrsg.) (1999), Theorie und Empirie der Direktinvestitionen. Schriftenreihe des RWI 65. Berlin: Duncker & Humblot.

Döhrn, R. und G. Heiduk (1999), Direktinvestitionen im Spannungsfeld zwischen Theorie und Empirie. In R. Döhrn und G. Heiduk (Hrsg.), 9–16.

Döhrn, R. (1999), Was bestimmt den Umfang der Auslandsaktivitäten deutscher Unternehmen? Eine erste Auswertung der „Unternehmensdatenbank Globalisierung“. In R. Döhrn und G. Heiduk (Hrsg.), 203–220.

Döhrn, R. und E. Herwegh (1999), Außenwirtschaft. In W.P. Adams und P. Lösche (Hrsg.), Länderbericht USA. Frankfurt: Campus, 591–612.

Döhrn, R. (1999), Auswirkungen der Europäischen Währungsunion auf Nordrhein-Westfalen. In G. Brunn (Hrsg.), Neoliberalismus, die Entstehung des Maastrichter Vertrages und die Auswirkungen der Währungsunion auf Nordrhein-Westfalen. Schriftenreihe des Instituts für Europäische Regionalforschungen 4. Baden-Baden: Nomos, 105–122.

Döhrn, R. (1999), Elemente einer erfolgreichen Beschäftigungspolitik – Das Beispiel Dänemark. Sonderthema in: Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Konjunktur in Nordrhein-Westfalen 2/1999. MWMTV, Düsseldorf.

Heilemann, U. (1999), Einführung zum Workshop Direktinvestitionen. In R. Döhrn und G. Heiduk (Hrsg.), 17–22.

Heilemann, U. (1999), Some urgent and some not so urgent necessities for foreign direct investment data. Summary statement of the chairman of the Eighth CEIES Seminar: Foreign Direct Investment on the 11th and 12th of November 1999 in Venice, Italy. Erscheint demnächst im Konferenzband.

Brüstle, A., R. Döhrn und E. Herwegh (1999), Wende nach oben. *RWI-Konjunkturberichte* 50 (1): 9–31.

Brüstle, A., R. Döhrn und H. Nehls (1999), Günstiges weltwirtschaftliches Umfeld – Europa im Aufschwung. *RWI-Konjunkturberichte* 50 (2): 103–119.

Döhrn, R. (1999), Motive ausländischer Investoren in Deutschland und Großbritannien – Eine Feldstudie in der Chemischen und der Automobilindustrie. *RWI-Mitteilungen* 50 (4): 207–221.

Döhrn, R., U. Heilemann und G. Schäfer (1999), Dänemark – „Ein Beschäftigungswunder?“ *WIST – Wirtschaftswissenschaftliches Studium* 1999 (9): 456–462.

Hohlfeld, P. (1999), Erfolgreiche Integration Ostdeutschlands in die internationale Arbeitsteilung? – Zur regionalen und sektoralen Entwicklung des Außenhandels. *RWI-Mitteilungen* 50 (3): 177–193.

Milton, A.-R. (1999), Erhöhung der Wechselkursreagibilität deutscher Ausfuhren? Eine sektorale Analyse. *RWT-Mitteilungen* 50 (4): 223–246.

Ausgewählte Vorträge

Döhrn, R., Weltwirtschaftliche Entwicklung, Globalisierung und Regionalisierung. Vortrag im Rahmen des „Seminars für Sicherheitspolitik“ der Bundesakademie für Sicherheitspolitik am 9. April 1999 in Maria Laach.

Döhrn, R., Foreign Direct Investment in Russia – An Engine of Structural Adjustment? Vortrag im Rahmen der Konferenz „Restructuring, Stabilizing and Modernizing the New Russia – Theoretical, Institutional and Empirical Issues“ des Europäischen Instituts für internationale Wirtschaftsbeziehungen am 25. Juni 1999 in Bonn.

Döhrn, R., Weltwirtschaftliche Entwicklung, Globalisierung und Regionalisierung. Vortrag im Rahmen des Seminars „Demokratie und Internationalisierung von Politik und Wirtschaft“ der Bundeszentrale für politische Bildung am 5. Oktober 1999 in Bad Urach.

Döhrn, R., Kultur, Transaktionskosten und Standortentscheidungen. Vortrag im Rahmen des 3. Freiburger Wirtschaftssymposiums „Ökonomischer Perspektiven der Wissensgesellschaft“ am 22. Oktober 1999 in Freiburg i.Br.

Döhrn, R., The Use of Micro-data in the Analysis of Foreign Direct Investment. Vortrag im Rahmen des „8th CEIES Seminar on Foreign Direct Investment Statistics“ am 12. November 1999 in Venedig.

Döhrn, R. und N. Ganuschtschenko, Прямые иностранные инвестиции в выборочных странах СНГ – Двигатель структурных перемен? (Foreign Direct Investment in Selected CIS-Countries) Vortrag im Rahmen der Konferenz „Overcoming the Russian Transformation Crisis“ am 3./4. Dezember 1999 in Moskau.

Döhrn, R., Consequences of EU Enlargement for the Mediterranean Region. Summary of Session 9. Beitrag im Rahmen der 1. Jährlichen Konferenz von FEMISE am 18. Februar 2000 in Marseille.

Heilemann, U., „Regionale Standortkonkurrenz in der europäischen Währungsunion – Konsequenzen für das Ruhrgebiet“. Vortrag im Rahmen der 3. I.I.R. Jahrestagung Immobilienstandort Ruhrgebiet am 18./19. Mai 1999 in Essen.

Heilemann, U., Growth possibilities for industrial equipment and related services in a global market. Panel at the Ferrostaal Management Meeting in Essen, May 19th to May 22nd 1999, „Challenges of the 21st century – conducting business in a changing economic environment“.

Herwegh, E., Einführung in den Workshop „Consequences of the Monetary Union for the Statistical Base of Business Cycles Forecasts“ im Rahmen der Jahrestagung der Association europäischer Konjunkturforschungsinstitute am 5. Mai 1999 in Oslo.

Milton, A.-R., Wirkt der Euro-Kurs asymmetrisch auf die Exporte der EWWU-Länder. Vortrag im Rahmen des Forschungsseminars des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften der Gerhard-Mercator-Universität, Duisburg, am 2. Juni 1999.

Nottelmann, N., Ergebnisse der „Unternehmensdatenbank Globalisierung“, Vortrag im Rahmen des Workshops „Dimensionen der Internationalisierung von Unternehmen“ am 16/17. Dezember 1999 im Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln.

1999 abgeschlossene Gutachten

Gemeinschaftsdiagnose

Rolle und Beitrag makroökonomischer Faktoren zum Wirtschaftsaufschwung der Vereinigten Staaten 1991 bis 1998

Branchenbild: Feinmechanische, optische und Uhrenindustrie

Noch nicht abgeschlossene Gutachten/Projekte

Gemeinschaftsdiagnose

Eigentümervorteile und Auslandsaktivitäten – Mikroökonomische Fundierung der ausländischen Direktinvestitionen deutscher Unternehmen

The impact of the enlargement on small and medium-sized enterprises in the European Union

Der Standort Deutschland im internationalen Vergleich – Zur Lage der Wettbewerbsfähigkeit

Strukturpolitische Grundlagen einer beschäftigungsfördernden Makropolitik – Theoretische Grundlagen und empirische Erfahrungen

Entwicklung und Aussichten der feinkeramischen Industrie in Deutschland

Mitarbeit in wissenschaftlichen Beiräten und Gremien

Döhrn, R., Arbeitsgruppe „Technology and Innovation Policy“ bei der OECD

Beteiligung an der Hochschullehre

Döhrn, R., Vorlesung „Konjunkturdiagnose und -prognose“ an der Universität Gesamthochschule Essen

Kooperationen

Centre d’Observation Economique (COE), Paris, Centro Studi Confindustria, Rom, London Business School (EUREN)

Project LINK

European Policies Research Center, Glasgow (EPRC)

Ohio Wesleyan University, Delaware, OH

Gastwissenschaftler

Natalja Ganuschtschenko, Universität Potsdam

Praktikanten

Mike Felgenhauer, Universität Leipzig

Tran Ngoc Thinh, Ministry of Trade, Hanoi

Konjunktur

Diagnose und Prognose der Binnenkonjunktur (1999/2000) bildeten auch im vergangenen Jahr einen Schwerpunkt der Arbeit der Forschungsgruppe; die Prognose für das Vorjahr (1998) wurde mit Hilfe des RWI-Konjunkturmodells evaluiert. Zugleich gelang es, die im Forschungsplan genannten Projekte voran zu bringen. Allerdings kam es durch die kurzfristige Bearbeitung aktueller Problemstellungen – z.B. die Frage nach den Konjunkturwirkungen der jüngsten finanzpolitischen Beschlüsse – zu Verschiebungen in ihrer Rangfolge. So stand neben der Fortführung der methodischen Analyse der Zyklensklassifikation im Rahmen des Sonderforschungsbereichs SFB 475 an der Universität Dortmund (Diskriminanzanalyse) eine Studie über die makroökonomischen Einflussfaktoren des jüngsten Aufschwungs in den Vereinigten Staaten im Vordergrund, die in Zusammenarbeit mit den Forschungsgruppen „Weltwirtschaft“ und „Öffentliche Finanzen und Steuern“ entstand (vgl. die Ausführungen der Forschungsgruppe „Weltwirtschaft“). Ein weiterer Untersuchungsgegenstand waren die kurzfristigen Implikationen der anstehenden Steuerreform und der Sparpläne der öffentlichen Hand. Bezüglich dauerhafter Veränderungen, die sich im Sparverhalten der privaten Haushalte in den letzten Jahren möglicherweise abzeichnen, wurden erste Analysen vorgenommen. Schließlich wurden die externe Kooperation, so insbesondere die Zusammenarbeit im Rahmen des *Project LINK* sowie mit den Instituten von EUREN, fortgeführt und verstärkt (vgl. wiederum „Weltwirtschaft“) sowie die Kontakte mit dem – erweiterten – Kreis der Anwender des RWI-Konjunkturmodells gepflegt.

Konjunktur in Deutschland

Die Konjunktur in Deutschland hat – nach dem Einbruch infolge der Finanzmarktkrisen – in der zweiten Jahreshälfte 1999 wieder an Fahrt gewonnen. Die Außennachfrage erholte sich deutlich; die Binnennachfrage hatte sich ohnehin nur wenig abgeschwächt. Allerdings stockte erneut die Ausweitung der Beschäftigung. Im Jahresverlauf erhöhte sich das BIP um reichlich 2 vH, erreichte aber im Jahresdurchschnitt nur einen Zuwachs von 1,5 vH. Im Frühjahr 1999 hatte das RWI den Beginn der Erholung früher und kräftiger erwartet, entsprechend war ein BIP-Zuwachs von knapp 2 ½ vH (in der Abgrenzung des ESG 95) prognostiziert worden. Trotz der erneuten Eintrübung des Arbeitsmarktes ging die Zahl der registrierten Arbeitslosen mit 180 000 verhältnismäßig stark zurück – vor allem weil mehr Personen aus Altersgründen ausschieden, als Berufsanfänger hinzukamen. Der Preisanstieg war außerordentlich niedrig, nahm allerdings im späteren Jahresverlauf mit der kräftigen Verteuerung von Mineralöl und durch die Höherbewertung des Dollar zu.

Ungeachtet der Verschlechterung einzelner Rahmenbedingungen ist – wie entsprechende Vergleichsrechnungen mit dem RWI-Konjunkturmodell erkennen lassen – das weltwirtschaftliche und wirtschaftspolitische Umfeld für Wachstum und Beschäftigung im Jahr 2000 insgesamt vorteilhafter als noch im vergangenen Sommer erwartet; die bereits günstige Konstellation verbessert sich für 2001 nochmals. Damit wird sich die Erholung der Konjunktur fortsetzen und festigen. Dennoch nimmt sich der gegenwärtige Aufschwung im längerfristigen Zyklusvergleich eher bescheiden aus. Die Expansion ist im Prognosezeitraum zwar stärker als bislang im

Durchschnitt der neunziger Jahre, übersteigt aber den langfristigen Wachstumstrend nur wenig. Sie ist damit insbesondere noch zu schwach für eine durchgreifende Besserung auf dem Arbeitsmarkt.

Die makroökonomische Weichenstellung wird derzeit den konjunkturellen Erfordernissen im Großen und Ganzen gerecht; insbesondere die Lohnpolitik ist nach der Abweichung 1999 wieder auf den beschäftigungsfördernden Kurs zurückgekehrt. Die Finanzpolitik ist durch die anstehenden steuerlichen Entlastungen bei gleichzeitig weiterer Sanierung der öffentlichen Haushalte grundsätzlich auf einem das Wachstum und die Beschäftigung fördernden Kurs. Allerdings dürfte nach der deutlichen Straffung der Geldpolitik der EZB seit November 1999 eine weitere Erhöhung der Leitzinsen im Prognosezeitraum dem Expansionstempo abträglich sein; ob sie zur Abwehr künftiger Inflationsgefahren erforderlich ist, scheint fraglich.

Wie in den vergangenen Jahren hat das Institut an der „Gemeinschaftsdiagnose“ mitgewirkt. Die Arbeitstagen fanden in Kiel (IfW) bzw. in Essen (RWI) statt. Dabei wurde wiederum das RWI-Konjunkturmodell als Analyseinstrument eingesetzt. Neben der Analyse und Prognose der Welt- und der Binnenkonjunktur erlangen die der konjunkturellen Entwicklung im EWU-Raum zunehmende Bedeutung. Bezüglich der Wirtschaftspolitik wurde insbesondere die Notwendigkeit eines umfassenden Subventionsabbaus betont. Des weiteren setzte sich die Gemeinschaftsdiagnose – insbesondere hinsichtlich der konjunkturellen Konsequenzen – kritisch mit der Sparpolitik sowie der geplanten Steuerreform der Bundesregierung auseinander.

Im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen wurden zur Jahresmitte bzw. zur Jahreswende Halbjahresberichte über die Konjunktur in Nordrhein-Westfalen erstellt. Auch auf Landesebene hat die Finanzkrise nur zu einer Wachstumsdelle geführt: Während die Ausweitung der Produktion im ersten Halbjahr noch sehr schwach war, verstärkte sie sich in der zweiten Jahreshälfte deutlich. Die Krise hinterließ in Nordrhein-Westfalen deutlichere Spuren als in Westdeutschland, wo es 1999 wie erwähnt zu einem Anstieg des BIP um 1,5 vH kam; in Nordrhein-Westfalen betrug die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion 0,9 vH. Sondertemen in den Berichten waren die dänische Arbeitsmarktpolitik und die Auswirkungen einer Liberalisierung der Energiemärkte.

Neben diesen gesamtwirtschaftlich bzw. regional ausgerichteten Analysen der Konjunktur wurden gewichtige Bereiche des Produzierenden Gewerbes einer eingehenderen Prüfung unterzogen (Branchenkonjunktoren). Dabei zeigte sich, dass sich bei der Überwindung der Kriseneinflüsse im Verlauf des Jahres 1999 insbesondere der Chemiebereich als bedeutender Vorleistungsgüterproduzent durch den wiederbeginnenden Lageraufbau sehr rasch erholen konnte. Auch die Elektroindustrie kam durch kräftige Wachstumsimpulse in den Sparten Kommunikations- und Nachrichtentechnik schon bald nach Jahresbeginn in Schwung. Die Erzeugung von Maschinen erhöhte sich dagegen erst allmählich nach der Jahresmitte; in die-

sem Bereich blieb die Nachfrage zunächst verhalten, da in vielen Wirtschaftszweigen die vorhandenen Kapazitäten zunächst ausreichten.

Evaluierung der Prognose 1998

Die Konjunkturprognosen des Instituts werden seit längerem regelmäßig einer systematischen Evaluation mit Hilfe des Konjunkturmodells unterzogen, um so die Bedeutung verschiedener Ursachen der „Fehler“ offen zu legen. Ende 1997 war mit dem RWI-Konjunkturmodell für 1998 ein BIP-Wachstum von 3,2 vH prognostiziert worden, im März 1999 wurde vom Statistischen Bundesamt ein Zuwachs von 2,8 vH ausgewiesen; dies bedeutet einen Prognosefehler von 0,4 vH-Punkten. „Bereinigt“ man die Prognose um die „Fehler in den Annahmen“, die sich insbesondere als Folge der Asienkrise ergaben, vermindert sich die Schätzung der BIP-Zuwachsrate auf 2,7 vH. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Vorgabe des Welthandels, daneben der (nun niedrigere) Kapitalmarktzins und die Importpreise.

Nach dieser Analyse hätten die BIP-Prognosen für 1998 zum Jahresende 1997 um rund 0,5 vH-Punkte über dem realisierten Wert liegen müssen (3,2 vH statt 2,7 vH). Im Durchschnitt bewegten sich die Prognosen zwischen Ende 1997 und Ende 1998 mit zunehmender Kenntnis der realisierten Werte für die exogenen Variablen um 0,2 vH-Punkte nach unten; zuletzt lagen sie um 0,1 vH-Punkt unter dem beobachteten Wert. Der Prognosefehler für das Jahr 1998 ist damit im Vergleich zu den langfristigen Erfahrungen gering.

Konjunkturklassifikation

Die Untersuchungen zum Wandel des Konjunkturzyklus bzw. zur Stabilität der den Zyklus bestimmenden Variablen („Stilisierte Fakten“) wurden im Rahmen des SFB 475 weitergeführt. Als erstes Ergebnis der *multivariaten Konjunkturklassifikation* kann festgehalten werden, dass zwar der Kreis der „wichtigen“ Variablen eine vergleichsweise hohe Stabilität aufweist, sich deren jeweiliges Gewicht aber zum Teil beträchtlich verschiebt. Insbesondere hat offenbar die „Konjunkturbedeutung“ der Preis- und der monetären Sphäre erheblich zu- und die der Realwirtschaft abgenommen. Weitergeführt wurden auch die Arbeiten für einen ausführlichen Vergleich verschiedener Klassifikationsverfahren (neuronale Netze, *Classification Trees*, verschiedene Varianten der Diskriminanzanalyse usw.). Neben den Fehlerraten der Verfahren fanden dabei u.a. auch Fragen der Interpretierbarkeit der Ergebnisse ausführliche Berücksichtigung, die in der statistischen Literatur üblicherweise ignoriert werden.

In Simulationsrechnungen mit dem RWI-Konjunkturmodell wurde untersucht, inwieweit die Konjunkturklassifikation auf Änderungen wichtiger Parameter, z.B. der marginalen Konsumquote, reagiert, d.h. ob die Aufschwungphase verlängert bzw. die Abschwungphase verkürzt wird. In der Tat lassen sich derartige Veränderungen generieren, aber es bedarf erheblicher Änderungen der Parameter, wie sie in der Realität nicht ohne weiteres zu erwarten sind, und die Wirkungen sind auf wenige Quartale beschränkt.

Als konkrete Anwendung dieser Forschungen wurde die (1997 begonnene) Klassifikation der Konjunktur zur Jahreswende 1999/2000 für die aktuelle Prognose (1999-3 bis 2001-4) durchgeführt. Dabei zeigte sich, dass die gesamtwirtschaftliche Entwicklung insgesamt eindeutig als Aufschwungphase charakterisiert werden kann. Daneben wurde für den Zeitraum 1992-1 bis 1999-2 untersucht, ob die Umstellung der Daten auf das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 95) Auswirkungen auf die Klassifikationsergebnisse hat. Im wesentlichen bestätigten sich dabei die früheren Einteilungen des Konjunkturverlaufs; eine größere Abweichung – Unterbrechung des Aufschwungs durch einen Übergang in die obere Wendepunktphase für die Jahreswende 1998/99 – konnte auf die Finanzkrisen zurückgeführt werden.

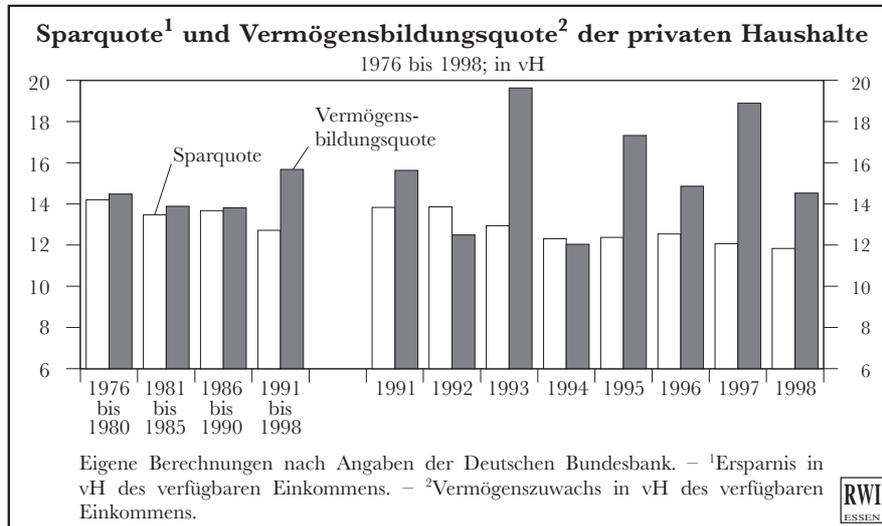
Sparpaket und „Steuerreform 2000“

Die Finanzpolitik stellt im Jahr 2000 mit dem Sparpaket die Konsolidierung des Haushalts in den Vordergrund ihrer Bemühungen; ab dem Jahr 2001 soll mit der „Steuerreform 2000“ die Abgabenbelastung verringert werden. Die makroökonomischen Wirkungen dieser Maßnahmen wurden mit Hilfe des RWI-Konjunkturmodells untersucht. Das Sparpaket (19 Mrd. DM (2000) bis 33 Mrd. DM (2002)) mindert das BIP-Wachstum – nach Berechnungen mit dem RWI-Konjunkturmodell – in den kommenden Jahren durchschnittlich um 0,2 vH-Punkte p.a., die effektive Haushaltsentlastung beträgt nur die Hälfte des Einsparvolumens. Die steuerlichen Entlastungen (jährlich knapp 45 Mrd. DM) lösen insbesondere über den privaten Verbrauch Nachfrageimpulse aus. Die hier eingeschlossene Reform der Unternehmensbesteuerung lässt allerdings nur geringe Auswirkungen auf die Investitionen erwarten. In den kommenden beiden Jahren steigt das Wachstum aufgrund der „Steuerreform 2000“ zusätzlich um 0,5 vH-Punkte p.a., die Zahl der Erwerbstätigen im Durchschnitt um 190 000; ein Viertel des Entlastungsvolumens wird durch die kräftigere Wirtschaftsaktivität „selbst finanziert“. Alles in allem liegt die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2002 nur um 30 000 höher. Unter Verteilungsgesichtspunkten ist die geringfügige Verschlechterung der Einkommensposition der Nichterwerbstätigen zu Gunsten der Erwerbstätigen zu nennen.

Ersparnisbildung und Vermögenszuwachs

Die Sparquote der privaten Haushalte sinkt seit Anfang der neunziger Jahre kontinuierlich. Die Hypothese, dass die Haushalte ihre Sparentscheidungen in Abhängigkeit von ihrem laufenden verfügbaren Einkommen und ihrem durch Sparen akumulierten Vermögensbestand treffen, verlor damit an Überzeugungskraft. Neuere Erklärungsversuche setzen beispielsweise an demographischen und Verteilungsaspekten an. Daneben scheinen Veränderungen der Bewertung des Vermögensbestandes der privaten Haushalte einen Einfluss auf das Sparverhalten auszuüben. Dieser Zusammenhang wurde näher untersucht.

Vermögenszuwächse aufgrund von Bewertungsänderungen des Vermögensbestandes bleiben bei der statistischen Erfassung der Ersparnisse unberücksichtigt. In früheren Jahren fielen sie auch kaum ins Gewicht; der Vermögensaufbau resultierte nahezu ausschließlich aus der Ersparnis. Anders stellt es sich in einer längeren Phase stark steigender Wertzuwächse wie in den neunziger Jahren dar; dann resultiert ein zunehmender Teil der Vermögensbildung aus Bewertungsgewinnen.



Die in den vergangenen Jahren abnehmende Sparquote könnte zu einem großen Teil auf die durch Bewertungsgewinne verbesserte Vermögensposition der privaten Haushalte insgesamt zurückgeführt werden. Wird zumindest ein Teil der Wertzuwächse als permanent angesehen, kann die Ersparnis zurückgehen, ohne das angestrebte Vermögensziel zu gefährden. Der rechnerische Erklärungsbeitrag der Bewertungsgewinne am Rückgang der Sparquote variiert über die Jahre; im Durchschnitt der neunziger Jahre liegt er bei rund 60 vH. Allerdings dürften die Haushalte die Vermögenszuwächse nur zum Teil als permanent ansehen. Auch ist die Vermögensverteilung zu berücksichtigen.

Project LINK

Die Aktualisierung der Prognosevorgaben für den Modellverbund *Project LINK* durch „Länderkonjunkturberichte“ der beteiligten Institutionen wurden auf der Frühjahrstagung (jeweils bei der UNO, New York) bzw. auf der Herbsttagung (1999 in Athen) zur Diskussion gestellt. Die Länderberichte sowie die zugehörigen Gesamtrechnungen stehen neuerdings via Internet auch der Allgemeinheit zur Verfügung.

Kontakte mit Modellkonsumenten

Neben dem beschriebenen breiten „institutsinternen“ Einsatz findet das RWI-Konjunkturmodell weiterhin im Bundesministerium der Finanzen, im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und bei der Landeszentralbank in der Freien und Hansestadt Hamburg, in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein sowie im akademischen Bereich und bei privaten Banken Verwendung. Im Frühjahr 1999 wurde mit Vertretern des Bundesfinanz- und des Bundesarbeitsministeriums, der Landeszentralbank in Hamburg sowie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ein entsprechendes Anwendertreffen im RWI abgehalten. In diesem Zusammenhang wurde über die jüngsten Arbeiten und Untersuchungen mit

dem Modell berichtet, insbesondere über den Ausbau des Verteilungsmoduls sowie über die Kooperation im Zusammenhang mit *Project LINK*. Gemeinsam mit den Anwendern wurden künftige Forschungsgebiete erörtert, etwa die Erweiterung des Arbeitsmarktblocks; weitere Gespräche hierzu fanden im Herbst statt. Das RWI will diese Art des Informationsaustauschs auch in Zukunft pflegen.

Veröffentlichungen

Arbeitsgruppe Konjunktur (1999), Kräftigung der Konjunktur. RWI Konjunkturbrief 2/1999. RWI, Essen.

Barabas, G. and U. Heilemann (1999), Sample Selection Problems in a Macroeconometric Model Context – Some Further Results. Paper presented at *Project LINK* Fall Meeting, 1.–5. November 1999, in Athen. RWI, Essen.

Barabas, G. und U. Taureg (1999), Vierteljährliche Prognose mit dem RWI-Konjunkturmodell 49. RWI, Essen.

Barabas, G. und U. Taureg (2000), Vierteljährliche Prognose mit dem RWI-Konjunkturmodell 50. RWI, Essen.

Heilemann, U. (1999), Forecasting with macroeconomic models: a report from the trenches. SFB-475 Technical Reports 47. Universität Dortmund.

Heilemann, U. and H.J. Münch (1999), Classification of West German Business Cycles. SFB-475 Technical Reports 11. Universität Dortmund.

Heilemann, U. et al. (1999), Bericht des Untersuchungsausschusses „Harmonisierung von Verbraucherpreisindizes“ des Europäischen Beratenden Ausschusses für Wirtschafts- und Sozialstatistische Informationen (CEIES).

Gaab, W., U. Heilemann und J. Wolters (Hrsg.) (2000), *Arbeiten mit ökonometrischen Modellen*. Berlin: Springer, erscheint demnächst.

Heilemann, U. (1999), Kleine „Mühen beim Umsteigen“ – Zur Treffsicherheit der Prognosen für Ostdeutschland 1991 bis 1997. In M. Erlei, M. Leschke, D. Sauerland und E. Schulz (Hrsg.), *Beiträge zur angewandten Wirtschaftstheorie*. Manfred Borchert zum 60. Geburtstag. Regensburg: transfer Verlag, 67–78.

Heilemann, U. (1999), Die amtliche Statistik – Dienstleister in der Informationsgesellschaft. In Statistisches Bundesamt (Hrsg.), *50 Jahre Bundesrepublik Deutschland: Amtliche Statistik – Ein konstitutives Element des demokratischen Staates*. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, 87–107.

Heilemann, U. (1999), Arbeitsmarkt und Löhne – Was haben wir gelernt? Zum Wandel der Tariflohdeterminanten in der Bundesrepublik 1952 bis 1997. In H. Berg (Hrsg.), *Arbeitsmarkt und Beschäftigung: Deutschland im internationalen Vergleich*. Berlin: Duncker & Humblot, 9–38.

Heilemann, U. und C. Weihs (2000), Diskriminanzanalyse. Artikel in W. Voß (Hrsg.), *Taschenbuch der Statistik*. Leipzig: Carl Hanser, erscheint demnächst.

Heilemann, U. (2000), Diskriminanzanalyse als Instrument der Konjunkturanalyse. In Statistisches Bundesamt (Hrsg.), *Konjunkturforschung heute – Theorie, Messung, Empirie*. Beiträge zum Kolloquium am 18. und 19. November 1999 in Wiesbaden. Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik 35/36. Wiesbaden, erscheint demnächst.

Heilemann, U. und M. Ackermann (1999), Lohnpolitik und Arbeitsmarkt: Eine Simulationsstudie der Lohnformel des Sachverständigenrates In T. Apolte et al. (Hrsg.), *Standortwettbewerb, wirtschaftspolitische Rationalität und internationale Ordnungspolitik*. Baden-Baden: Nomos, 133–152.

Heubes, J., U. Heilemann und B. Meyer (Hrsg.) (1999), Vorwort. Ernst Helmstädter zum 75. Geburtstag. *Ifo-Studien* 45: 489–492.

Schäfer, G. (1999), Branchenkonjunktur. In *Brockhaus Enzyklopädie – Jahrbuch 1999*. Leipzig und Mannheim: F.A. Brockhaus.

Schäfer, G. (1999), Deutschland. Wirtschaftliche Entwicklung. In *Brockhaus Enzyklopädie – Jahrbuch 1999*. Leipzig und Mannheim: F.A. Brockhaus.

Schäfer, G. (1999), Agrarpolitik. In *Brockhaus Enzyklopädie – Jahrbuch 1999*. Leipzig und Mannheim: F.A. Brockhaus.

Schäfer, G. (1999), Ladenschlußzeiten. In *Brockhaus Enzyklopädie – Jahrbuch 1999*. Leipzig und Mannheim: F.A. Brockhaus.

Barabas, G. (1999), Die makroökonomischen Wirkungen der Tariflohnerhöhung. Interview und Berechnungen. *Wirtschaftswoche* 1999 (7): 24–30.

Heilemann, U. (1999), Zum Wandel der „stilisierten Fakten“ des westdeutschen Konjunkturzyklus 1955 bis 1994. *Ifo-Studien* 45, 621–639.

Heilemann, U. (2000), Wunder dauern länger. *Die Zeit* 9/2000 (4. Mai): 30.

Heilemann, U. and H.J. Münch (1999), Classification of West German business cycles. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 219: 632–656.

Schäfer-Jäckel, E. et al. (1999), Wieder stärkere Konjunktur. *RWI-Konjunkturberichte* 50 (1): 35–73.

Schäfer-Jäckel, E. et al. (1999), Kräftigung der Konjunktur. *RWI-Konjunkturberichte* 50 (2): 123–164.

Ausgewählte Vorträge

Ackermann, M., U. Heilemann und H.J. Münch, Parameter Sensibility and its Cyclical Consequences in a Macroeconomic Model Framework. Vortrag im Rahmen der 5th International Conference of the Society for Computational Economics „Computing in Economics and Finance 1999“ vom 24. bis 26. Juni 1999 am Boston College, Chestnut Hill, MA.

Barabas, G., What has been changed? – A first appraisal of the revised German data by the European System of Accounts 1995 for the econometric RWI-business cycle model. Vortrag im Rahmen des International Symposium on Economic Modelling, 30. Juni bis 1. Juli 1999 in Maribor.

Barabas, G., Die Auswirkung der VGR-Revision auf die Konjunkturprognose – Befunde mit dem RWI-Konjunkturmodell. Vortrag im Rahmen des Workshops „Implikationen der Währungsunion für makroökonomische Modelle“ des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle am 11./12. November 1999 in Halle.

Barabas, G. and U. Heilemann, Sample Selection Problems in a Macroeconometric Model Context – Some Further Results. Vortrag auf dem *Project LINK* Fall Meeting vom 1. bis 5. November 1999 in Athen.

Heilemann, U., Forecasting with macroeconomic models: a report from the trenches. Vortrag vor dem „Ausschuss für empirische Wirtschaftsforschung und angewandte Ökonometrie“ auf der jährlichen Konferenz der Deutschen Statistischen Gesellschaft am 8. Oktober 1999 in Hannover.

Heilemann, U., Wandel des Konjunkturphänomens 1955–1998 – Erste Ergebnisse einer Diskriminanzanalyse. Vortrag im Rahmen des 8. Wissenschaftlichen Kolloquiums des Statistischen Bundesamtes in Zusammenarbeit mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft – Ausschuss Methodik, Statistische Erhebungen – am 18./19. November 1999 in Wiesbaden.

Heilemann, U., Arbeitsmarkt und Löhne – Was haben wir gelernt? Zum Wandel der Tariflohndeterminanten der Bundesrepublik 1952 bis 1997. Vortrag im Rahmen der Jahrestagung 1999 des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Vereins für Socialpolitik vom 23. bis 25. März 1999 in Bayreuth.

Heilemann, U., Konjunkturpolitik als Steuerung der Nachfrage. Vortrag im Rahmen der Tagung der Gesellschaft für Internationale Verständigung (CAFIU) „Stimulierung der Wirtschaft durch nachfrage- und/oder angebotsorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik“ am 26. Oktober 1999 in Duisburg.

Heilemann, U., Komplexität und Komplexitätsreduktion makroökonomischer Modelle. Vortrag im Rahmen des Fakultätskolloquiums der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Eberhard-Karls-Universität zu Tübingen am 25. Januar 2000 in Tübingen.

Heilemann, U., Der Aufschwung ist da – alle Probleme gelöst ?. Vortrag im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung von „Pro Ruhrgebiet“ und „Die Continentale“ am 2. März 2000 in Dortmund.

Heilemann, U., Zwischen Politikberatung und politischer Beratung – Das Dilemma der Wirtschaftswissenschaften. Vortrag im Rahmen der 13. Sitzung der Sektion B der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz am 13. April 2000 im Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (FÖV).

Heilemann, U. und M. Ackermann, Zurückhaltende Lohnpolitik – Neue alte Befunde. Vortrag im Promotionsschwerpunkt Makroökonomische Diagnosen und Therapien der Arbeitslosigkeit an der Universität Hohenheim am 16. Februar 2000 in Stuttgart.

Heilemann, U. and H.J. Münch, Multivariate analysis of business cycles. Vortrag im Rahmen der 24. CIRET-Konferenz vom 17. bis 20. März 1999 in Wellington, Neuseeland.

Schäfer-Jäckel, E., Vorstellung der deutschen Konjunkturprognose im Rahmen des *Project LINK* Spring Meeting vom 3. bis 6. Mai 1999 in New York.

1999 abgeschlossene Gutachten

Gemeinschaftsdiagnose

Halbjahresberichte zur Konjunkturentwicklung in Nordrhein-Westfalen, 1999–2 und 2000–1

Rolle und Beitrag makroökonomischer Faktoren zum Wirtschaftsaufschwung der Vereinigten Staaten 1991 bis 1998

Weiterentwicklung des RWI-Konjunkturmodells

Noch nicht abgeschlossene Gutachten/Projekte

Gemeinschaftsdiagnose

Halbjahresberichte zur Konjunktorentwicklung in Nordrhein- Westfalen

Multivariate Bestimmung und Untersuchung von Konjunkturzyklen – Teilprojekt B3 im Rahmen des Sonderforschungsbereiches 475 „Komplexitätsreduktion in multivariaten Datenstrukturen“

Mitarbeit in wissenschaftlichen Beiräten und Gremien:

Heilemann, U., Europäischer Beratender Ausschuss für Statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich (CEIES) bei der Kommission der Europäischen Union

Heilemann, U., Statistischer Beirat beim Statistischen Bundesamt

Heilemann, U., Ausschuss für Ökonometrie des Vereins für Socialpolitik

Heilemann, U., Ausschuss für Wirtschaftspolitik des Vereins für Socialpolitik

Beteiligung an der Hochschullehre

Soyka, D., Mitarbeit an der Vorlesung „Einführung in die Empirische Makroökonomie“ an der Gerhard-Mercator-Universität Gesamthochschule Duisburg

Forschungsaufenthalte

U. Heilemann am M.I.T. vom 8. bis 30. Juli 1999

Gastwissenschaftler

Prof. Dr. Bert G. Hickman, Stanford University

Prof. Dr. Victor Zarnowitz, Foundation for International Business and Economic Research (FIBER)

Praktikanten:

Britta Baum, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder

Katharina Wacker, Universität Dortmund

Regionalwirtschaftliche Analysen

Im Jahr 1999 wurde eine Reihe von die Regionalpolitik prägenden Beschlüssen gefasst. An erster Stelle ist die Verabschiedung der Reform der Europäischen Strukturfonds im Rahmen des Berliner Gipfeltreffens zu nennen. Gleichzeitig erhöhte die EU-Kommission den Druck auf die deutsche Regionalpolitik, den Umfang der Fördergebiete weiter zu reduzieren. Die regionalpolitische Debatte innerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen war hingegen vor allem durch die Absicht der Landesregierung geprägt, eine Reorganisation der räumlichen Zuständigkeiten für die regionalisierte Strukturpolitik durchzusetzen. Zudem wurde diskutiert, ob in deren

Rahmen stärker auf Ansätze wie die Förderung von Kompetenzzentren und Netzwerken abgestellt werden soll. Diese Konzepte wurden vor allem durch Forschungsarbeiten der OECD in die Diskussion gebracht; sie stellen heute einen Schwerpunkt in der Regionalforschung allgemein und speziell auch der des Instituts dar. Sie waren bereits im abgelaufenen Forschungsplan ausdrücklich aufgeführt und werden in den nächsten Jahren intensiviert. Als neuer Forschungsschwerpunkt wurde 1999 der Zusammenhang zwischen Regionalentwicklung und Umweltproblemen am Beispiel der Landwirtschaft untersucht; hier sind für die nächsten Jahre umfangreiche Analysen geplant.

Reform der Strukturfonds

Die theoretische Begründung und die Möglichkeiten einer europäischen Strukturpolitik standen 1999 weiterhin im Mittelpunkt der Arbeiten der Forschungsgruppe. Analysiert wurden insbesondere die Rückwirkungen dieses Politikbereichs auf die regionalen Problemregionen in Westdeutschland. Da die europäische Wirtschaftspolitik zu den Forschungsschwerpunkten gehört, werden diese Arbeiten auch in Zukunft fortgeführt. Aufgrund der internationalen Ausrichtung der Fragestellung geschieht dies in enger Kooperation mit dem *European Policies Research Center* der *University of Strathclyde*. Als grundlegendes Ergebnis der Arbeiten wurde deutlich, dass eine Reihe von Hypothesen (Mittelstandshypothese, regionalisierte Innovationshypothese), die in den Konzepten der EU-Kommission als unbestritten angesehen werden, aus empirischer Sicht zu problematisieren sind. Dies gilt auch für eine Reihe von Verfahrensgrundsätzen der EU-Strukturpolitik. In einer Arbeitsgruppe, die von der EU-Kommission zum Partnerschaftsprinzip eingerichtet wurde und in der die Forschungsgruppe vertreten war, zeigte sich, dass dieser zwingend vorgeschriebene Verfahrensgrundsatz durch die völlig unterschiedlichen regionalen Institutionen in den Mitgliedsstaaten der EU nur wenig zu einer Effizienzverbesserung in diesem Politikbereich beitragen kann.

Die EU-Strukturpolitik hat ihre Aktivitäten im Bereich der lokalen und regionalen Arbeitsmarktpolitik in den letzten Jahren erheblich verstärkt. Wie die Arbeiten der Forschungsgruppe zeigen, weisen die Programme regional deutlich unterschiedliche Erfolgsquoten auf. Da dies auch bei den deutschen Programmen festzustellen ist, wurden die Forschungsanstrengungen in bezug auf die regionalen Besonderheiten von Arbeitsmärkten verstärkt; zu untersuchen ist der jeweilige regionale Einfluss unterschiedlicher Faktoren wie der Wirtschafts- und Betriebsgrößenstrukturen, demographischer Entwicklungen und der von historischen Komponenten. Diesen Fragestellungen geht ein Arbeitskreis beim Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung nach, an dem auch die Forschungsgruppe beteiligt ist.

Zusammen mit der Forschungsgruppe „Handwerk und Mittelstand“ wurde eine ex post-Evaluation des Einsatzes der Gemeinschaftsinitiative „Kleine und mittlere Unternehmen“ der EU-Kommission durchgeführt (vgl. ausführlich die Ausführungen der Forschungsgruppe „Handwerk und Mittelstand“). Aus regionalpolitischer Sicht wurde deutlich, dass der Erfolg dieser Initiative und die sektorale Ausrichtung der mittelständischen Betriebe von regionalen Besonderheiten geprägt werden. Dieses Ergebnis weist darauf hin, dass die Aussage der EU-Kommission, die

Bedeutung der KMU für die Beschäftigung und die wirtschaftliche Entwicklung sei unbestritten, zumindest auf der regionalen Ebene zu hinterfragen ist.

Altindustrialisierte Gebiete

Die Ruhrgebietsforschung stellt ein traditionelles Forschungsgebiet des Instituts dar. Nachdem im Jahr 1998 die Region Niederrhein näher untersucht worden war, stand 1999 der IHK-Bezirk Essen–Oberhausen–Mülheim an der Ruhr (Region MEO) auf der Agenda. Ebenso wie die Niederrhein-Region ist, wie insbesondere Elastizitätsschätzungen zeigen, auch die wirtschaftliche Entwicklung des mittleren Ruhrgebiets noch durch die negativen Einflüsse der Montankrisen geprägt. Allerdings zeigen Auswertungen der Patentstatistik und eine Reihe von aktuellen Entwicklungen, dass die Region durchaus über ein Regenerationspotenzial verfügt. Zudem wurde der wesentliche Einfluss der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung deutlich – ein Zusammenhang, auf den das Institut schon mehrfach hingewiesen hat.

In der Forschungsgruppe durchgeführte Analysen auf der Basis der Bevölkerungsprognosen des statistischen Landesamtes zeigen, dass die demographische Entwicklung in Nordrhein-Westfalen deutliche regionale Besonderheiten aufweist. Insbesondere für die Kernstädte des Ruhrgebiets weisen die Prognosen erhebliche Einbrüche in der Bevölkerungszahl der 19 bis 60-Jährigen aus. Rein rechnerisch würde sich dadurch die Zahl der Arbeitslosen in der Region bis 2015 erheblich vermindern. Allerdings wird dieser Rückgang in den ökonomisch aktiven Jahrgängen nicht ohne Folgen für das Arbeitsplatzangebot bleiben. Insbesondere bei den haushaltsorientierten Dienstleistungen und im Handel sind aufgrund des Nachfrageausfalls negative Beschäftigungseffekte zu erwarten. Gleichzeitig verlieren die Arbeitsmärkte im Ruhrgebiet aber auch an Attraktivität für standortsuchende Unternehmen. Zusätzlich werden das Niveau und die Struktur der Nachfrage nach Immobilien beeinflusst. Da es sich hier um Fragen von grundsätzlicher Bedeutung – nicht nur für das Ruhrgebiet – handelt, werden diese in Zukunft verstärkt analysiert.

Regional gebundene Kreditinstitute

Die Analysen zur Bedeutung der regional gebundenen Kreditinstitute für die Entwicklungschancen der deutschen Regionen wurden auch 1999 fortgesetzt. In Zusammenarbeit mit der Forschungsförderung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes wurde ein umfangreicher Fragebogen zur Erfassung der Aktivitäten der einzelnen Sparkassen flächendeckend für Deutschland entwickelt. Erste Auswertungen weisen auf interessante Ergebnisse insbesondere in institutionenökonomischer Sicht hin.

Infrastrukturelle Aspekte

In der Stadtökonomie wird seit längerem auf die Potenziale hingewiesen, die sich durch den Strukturwandel im Verkehrswesen ergeben. So besitzt die Deutsche Bahn AG insbesondere in zentralen Lagen der Großstädte Flächenareale, die früher für den industriellen Güterverkehr benötigt wurden. Diese stehen nunmehr für eine Alternativnutzung zur Verfügung, wobei es sich in vielen Städten um die letzten nennenswerten Areale handelt, die für eine großflächige Stadtentwicklung ge-

nutzt werden können. In diesem Zusammenhang wurde eine Nutzen-Kosten-Analyse am Beispiel der Neuausrichtung des Stuttgarter Bahnhofsgeländes durchgeführt. Es ließ sich nachweisen, dass derartige Projekte für eine Stadt ein erhebliches Potenzial zur Beseitigung struktureller Defizite haben. Insbesondere zur Neupositionierung im – nunmehr europäischen – Standortwettbewerb der Städte können von derartigen Projekten positive Impulse ausgehen.

Eine ebenfalls für die Entwicklung von größeren Regionen stark diskutierte Frage stellt die Existenz international bedeutender Großflughäfen dar. Ausgegangen wurde in dieser Untersuchung von folgenden Hypothesen:

- In Europa existiert in allen Ländern – unabhängig davon, ob der Staatsaufbau als föderalistisch oder als zentralistisch zu kennzeichnen ist – jeweils ein überragendes Finanz- und Dienstleistungszentrum. Diese zeichnen sich durch branchenspezifische Besonderheiten aus; zudem sind dies die Regionen mit dem höchsten Einkommen pro Kopf im jeweiligen Staat.
- Diese Regionen verfügen über einen Flughafen, der national den ersten Rangplatz einnimmt und – bei den großen Staaten der EU – auch eine Drehkreuzfunktion im Luftverkehr erfüllt.
- In den Regionen dieser Spitzengruppe lässt sich eine relativ ähnliche Ausprägung der Wirtschaftsstruktur feststellen.
- Die Dynamik des Strukturwandels und die Arbeitsplatzsituation dieser Regionen unterscheiden sich deutlich von der in den Regionen, die über eine Flughafeninfrastruktur von geringerer Bedeutung verfügen.

In detaillierten Cluster- und Regressionsanalysen konnten diese Hypothesen teilweise bestätigt werden. Ohne auf die Ursachen im Einzelnen einzugehen, lässt sich festhalten, dass Flughafenregionen eine deutliche Hierarchie aufweisen. Bei der Spitzengruppe handelt es sich jeweils um das dominierende Finanzzentrum eines größeren Mitgliedslandes der EU. Ebenso nehmen die Flughafenregionen mit Drehkreuzfunktion nationale Spitzenwerte bei dem Indikator „Bruttoinlandsprodukt je Einwohner“ ein. Diese Aussagen bestätigten sich, wenn auch abgeschwächt, für Regionen mit Großflughäfen von geringerer Bedeutung. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass keine westdeutsche Großstadt mit mehr als 500 000 Einwohnern ohne einen Flughafen in unmittelbarer Nachbarschaft zu finden ist. Sowohl beim Passagier- als auch beim Frachtaufkommen zeigen diese Flughäfen aber deutliche Besonderheiten, die zu Unterschieden im wirtschaftlichen Wachstum der Regionen führen.

Als typische Branche mit einer hohen Affinität zu Flughäfen konnte in Europa das Kredit- und Versicherungsgewerbe identifiziert werden. Gemessen am Beitrag zur regionalen Bruttowertschöpfung folgt dessen Bedeutung sehr stark der angesprochenen Hierarchie der Flugplätze: Je größer die Bedeutung eines Flughafens ist, desto größer ist auch der Anteil dieser Branche an der Bruttowertschöpfung. Eine zweite Branche, für die eine deutliche Ausrichtung an der Bedeutung von Flughäfen festzustellen ist, stellt das Verkehrs- und Speditionsgewerbe dar. Es weist eine

enge Korrelation in den Beschäftigtenzahlen mit der Größe eines Flughafens auf. So ist in Frankfurt nahezu jeder achte Arbeitsplatz von diesem Wirtschaftszweig direkt abhängig.

Weitere Branchen mit einer deutlichen Affinität zu Flughafenregionen mit Drehkreuzfunktion lassen sich auf der europäischen Ebene statistisch nicht nachweisen. Dies liegt einerseits an der unbefriedigenden Abgrenzung der Regionen in der EU. Da nur auf die Verwaltungsebene abgestellt wird, sind die Regionen in Hinblick auf die Größe der Bevölkerung und die erfassten wirtschaftlichen Verflechtungen kaum vergleichbar. Hinzu kommt, dass der traditionelle Verwaltungsaufbau eine entscheidende Rolle spielt: In zentralistischen Staaten liegen die Flughäfen mit Drehkreuzfunktion in den Hauptstädten, die gleichzeitig politische, ökonomische und bankwirtschaftliche Steuerungszentralen des jeweiligen Landes sind. Diese historische Komponente spiegelt sich in der nationalen Bedeutung des Flughafens wider. Umgekehrt ist in föderalistisch organisierten Staaten eine Trennung dieser Funktionen zu beobachten, was auch die relativ schwächere Stellung des Frankfurter Flughafens zu den Flughafenkomplexen in Paris und London erklärt.

Strukturpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen

Die nordrhein-westfälische Strukturpolitik wurde wie erwähnt insbesondere von den Themen „Verwaltungsstrukturreform“ und der „Förderung regionaler Netzwerke“ geprägt. In einem Projekt für die Industrie- und Handelskammern des Ruhrgebiets wird herausgearbeitet, dass der – durchaus zu begrüßende – Ansatz einer regionalisierten Strukturpolitik erheblich an Effizienz verlieren würde, wenn die regionalen Kompetenzen für diesen Politikbereich den früheren Regierungspräsidien zugewiesen würden. Deren Zuschnitt umfasst derart heterogene Regionen, dass der Grundgedanke der regionalisierten Strukturpolitik nicht durchzusetzen wäre. Verflechtungsanalysen zeigen, dass die Regierungsbezirke keine adäquate Abgrenzung für politische Handlungsräume darstellen, da sie die analytischen Regionen mehrfach schneiden. Im Hinblick auf die Förderung von Netzwerken ist festzustellen, dass deren Existenz zwar wertvolle regionalwissenschaftliche Erkenntnisse liefern kann, eine Konzentration der Regionalpolitik auf eine Förderung von Netzwerken aber mit hohen Risiken behaftet ist und kaum einen wesentlichen Beitrag zur Verminderung der Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet leisten kann.

Veröffentlichungen

Müller, B. und H. Schrumpf (1999), Die strukturpolitischen Reformen der Europäischen Union. Schriften und Materialien zur Regionalforschung 1. RWI, Essen.

Müller, B. und H. Schrumpf unter Mitarbeit von R. Budde (2000), Die Region MEO im Strukturwandel – Bestandsaufnahme und Perspektiven. Schriften und Materialien zur Regionalforschung 3. RWI, Essen.

Schrumpf, H. unter Mithilfe von R. Budde (1999), Die langfristigen Entwicklungsperspektiven der Region Niederrhein. Schriften und Materialien zur Regionalforschung 2. RWI, Essen.

Urfei, G. (1999), Agrarumweltpolitik nach den Prinzipien der Ökonomischen Theorie des Föderalismus – Ein Regionalisierungsansatz zur territorialen Abgrenzung effizienter Politik-

aktionsräume. Schriftenreihe des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung 66. Berlin: Duncker & Humblot.

Witzke, H.P. and G. Urfei (1999), Willingness to pay for environmental protection: coping with the regional dimension. Contributed Paper on the IX Congress of Agricultural Economists in Warsaw, August 24–28, 1999.

Müller, B. (1999), Kooperation als Instrument der regionalen Wirtschaftspolitik. In Ministerium für Allgemein- und Berufsbildung der Russischen Föderation, Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen et al. (Hrsg.), Wirtschaftsförderung und Weiterbildung: Erfahrungen aus Deutschland, den Niederlanden und Rußland. Nishny-Nowgorod, 75–83.

Schrumpf, H. (1999), Die Praxis der regionalen und kommunalen Wirtschaftsförderung. In Ministerium für Allgemein- und Berufsbildung der Russischen Föderation, Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen et al. (Hrsg.), Wirtschaftsförderung und Weiterbildung: Erfahrungen aus Deutschland, den Niederlanden und Rußland. Nishny-Nowgorod, 68–74.

Müller, B. und H. Schrumpf (1999), Die strukturpolitischen Reformen der Europäischen Union. *Raumforschung aktuell* 1999 (3): 12.

Müller, B. (1999), Territoriale Beschäftigungspakte – Arbeitslosigkeit vor Ort bekämpfen. *EU-Magazin* 1999 (5): 40–41.

Urfei, G. (1999), Regionalisierte Umweltpolitik nach den Prinzipien der Ökonomischen Theorie des Föderalismus – Territoriale Abgrenzungsvorschläge am Beispiel räumlich begrenzter Effekte der Landwirtschaft. *RWI-Mitteilungen* 50 (3): 157–176.

Ausgewählte Vorträge

Müller, B., Die regionalpolitische Bedeutung regional gebundener Kreditinstitute – die Arbeitsmarktaspekte. Vortrag beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband am 13. April 1999 in Bonn.

Müller, B., Arbeitsmarktpolitik im Transformationsprozeß – Chancen und Probleme. Vortrag an der Universität Nishnij-Novgorod am 3. September 1999.

Schrumpf, H., Regionale Entwicklungstendenzen in Nordrhein-Westfalen. Vortrag vor dem Industrieclub Sprockhövel am 12. März 1999.

Schrumpf, H., Die Entwicklung der Stadt Essen im kommunalen Vergleich. Vortrag vor dem Wirtschaftsrat der CDU am 25. März 1999 in Essen.

Schrumpf, H., Die regionalpolitische Bedeutung regional gebundener Kreditinstitute – die Wirtschaftsförderungsaspekte. Vortrag beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband am 13. April 1999 in Bonn.

Schrumpf, H., Strukturwandel im Ruhrgebiet – welche Erfahrungen sind auf die Transformationsländer übertragbar? Vortrag an der Universität Dortmund am 9. Juni 1999.

Schrumpf, H., Das Ruhrgebiet im Wandel – sind die Folgen des Strukturbruchs im Montansector überwunden? Vortrag und Leitung eines Workshops bei der Friedrich Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Universität Pittsburg am 24. August 1999 in Duisburg.

Schrumpf, H., Sind die Konzepte der Europäischen Regionalpolitik auf Rußland übertragbar? Vortrag an der Universität Nishnij-Novgorod am 2. September 1999.

Schrumpf, H., Die ökonomische Entwicklung der Rheinschiene – Chancen und Perspektiven. Vortrag beim Handelsblatt-Forum am 24. November 1999 in Düsseldorf.

1999 abgeschlossene Gutachten

Entwicklungsperspektiven der Region Mülheim–Essen–Oberhausen

Möglichkeiten zur Effizienzverbesserung der regionalen Strukturpolitik

Bedeutung von Flughäfen für Struktur und Entwicklung der regionalen Wirtschaft – ein europäischer Vergleich

Regionale Entwicklungseffekte des Projektes Stuttgart 21

Erstellung einer Zwischenbewertung des Einsatzes der Strukturfondmittel der Europäischen Union in den neuen Bundesländern und Berlin im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative zur Anpassung der kleinen und mittleren Unternehmen an den Binnenmarkt (KMU) zum Stand 31. Dezember 1997

Noch nicht abgeschlossene Gutachten

Das Ruhrgebiet – eine Region von gestern?

Regionalentwicklung und Sparkassenorganisation.

Mitarbeit in wissenschaftlichen Beiräten und Gremien

Klemmer, P., Beirat für Raumordnung beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Klemmer, P., Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des Deutschen Bundestages

Klemmer, P., Wissenschaftlicher Beirat „Globale Umweltveränderungen“ der Bundesregierung

Klemmer, P., Enquete-Kommission „Zukunft der Erwerbsarbeit“ des Landes Nordrhein-Westfalen

Klemmer, P., Umweltökonomischer Beirat beim Statistischen Bundesamt (stellvertretender Vorsitzender)

Klemmer, P., Arbeitskreis der Akademie für Raumforschung über neue Entwicklungen in der Regionalökonomie

Schrumpf, H., Arbeitskreis der Akademie für Raumforschung über neue Entwicklungen in der Regionalökonomie

Beteiligung an der Hochschullehre

Müller, B. und Schrumpf, H., Seminar über „Neuere Entwicklungen in der Theorie der regionalen Wirtschaftspolitik“ an der Universität Nishny-Novgorod

Schrumpf, H., Seminar über die „Anwendung der Europäischen Strukturfonds im Ruhrgebiet“ an der Gerhard-Mercator-Universität GH Duisburg

Gastwissenschaftler

Densmaa, Purvee, Mongolische Wissenschaftliche Akademie, Institut für Internationale Studien

Sektorale Strukturanalysen

Das langfristige Forschungsprogramm der Forschungsgruppe ist durch drei Arbeitsschwerpunkte gekennzeichnet: Es sollen

- die Formen, Determinanten und Konsequenzen des sektoralen Strukturwandels der deutschen Wirtschaft im nationalen wie im internationalen Maßstab analysiert und zukünftige Entwicklungsmuster aufgezeigt werden;
- die Wechselwirkungen zwischen diesen strukturellen Veränderungen einerseits, den langfristig absehbaren Wandlungen in Wirtschaft und Gesellschaft andererseits analysiert werden;
- die theoretische und methodische Basis der Arbeiten kontinuierlich erweitert und aktualisiert werden.

Diese Ziele konnten vor allem im Rahmen der laufenden Institutsarbeit verfolgt werden. Verstärkt wurden aber auch Drittmittel für Projekte eingeworben, die sich in dieses Programm einfügen. Bei seiner Umsetzung wurde wie bisher mit anderen Forschungsgruppen, verstärkt aber auch mit Externen zusammengearbeitet.

Formen und Determinanten des sektoralen Strukturwandels

Als sektoraler Strukturwandel wird die langfristige, in der Regel irreversible Umschichtung von Nachfrage, Produktion und Beschäftigung zwischen einzelnen Sektoren einer Volkswirtschaft bezeichnet. Bei der Analyse dieser Zusammenhänge orientiert sich die Forschungsgruppe an einer tiefen sektoralen Gliederung – verwendet werden i.a. Daten für 58 Wirtschaftszweige –; einbezogen werden Elemente sowohl der neoklassischen Allokationstheorie als auch der Innovations- und Evolutionstheorie sowie der älteren bzw. neueren Institutionenökonomik. Die Ergebnisse zeigen u.a., dass für Deutschland eher von einer Komplementarität als von einer Substitutionalität zwischen den Industrie- und den Dienstleistungssektoren auszugehen ist.

Die Determinanten des sektoralen Strukturwandels sind sowohl auf der Angebots- wie auf der Nachfrageseite zu suchen. Zu ersteren rechnen vor allem technologische Veränderungen, z.B. die immer raschere Ausbreitung neuer Informations- und Kommunikationstechniken (IuK) oder die Verkürzung der Lebenszyklen der Produkte und Verfahren. Veränderungen der Nachfrage resultierten in der Vergangenheit vor allem aus der Schwerpunktverlagerung der wirtschaftlichen Aktivitäten aus dem atlantischen in den pazifischen Raum bzw. der Öffnung der osteuropäischen Staaten sowie aus den veränderten Präferenzen der privaten Haushalte. Zu den Determinanten des sektoralen Strukturwandels gehören schließlich die staatlichen Rahmenbedingungen und sektorspezifische Interventionen: Die Intensität, mit der die Impulse der Angebots- und Nachfrageseite auf den Märkten in

veränderte relative Preise und Mengen umgesetzt werden, hängt maßgeblich von der Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs auf den Güter-, Kapital- und Arbeitsmärkten ab.

Die letzten Jahre sind nach allgemeiner Einschätzung durch eine wachsende Standortkonkurrenz bzw. eine Intensivierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, tiefgreifende Veränderungen der Unternehmensstrukturen und – nicht zuletzt – eine Beschleunigung des sektoralen und regionalen Strukturwandels gekennzeichnet. Diesen Hypothesen geht ein mehrjährig angelegtes Schwerpunktthema zur sektoralen Strukturberichterstattung nach, mit dem die Zusammenhänge zwischen sektoralen Strukturwandel und internationaler Wettbewerbsfähigkeit untersucht werden sollen. Die bisher vorgelegten Zwischenberichte zeigen, dass sich auch in Deutschland die Intensität des Strukturwandels in jüngster Zeit verstärkt hat, konkret, dass sich der Wandel von den alten Industriekomplexen zu den modernen Industrie- und Dienstleistungsstrukturen rascher als früher vollzieht. Nach wie vor scheint freilich ein gewisser Rückstand im Anteil der Dienstleistungsunternehmen zu bestehen, der u.a. die traditionell starke Regulierung dieser Märkte in Deutschland widerspiegelt. Der sich in Arbeit befindende Strukturbericht bewertet die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bzw. die Qualität des Produktions- und Dienstleistungsstandortes im Vergleich zu 15 anderen Ländern u.a. anhand von zahlreichen makro- und mesoökonomischen Faktoren, wobei er zur Analyse und Präsentation auch Benchmarking-Techniken anwendet. Die Eigenarten und die Aussagekraft dieses – dem betriebswirtschaftlichen Controlling entlehnten, in zahlreichen internationalen Publikationen verbreiteten – Instruments werden durchaus nicht unkritisch betrachtet.

Die Befunde des Strukturberichts werden z.T. durch die Ergebnisse eines laufenden Forschungsvorhabens bestätigt, das dem IuK-Sektor gewidmet ist. Zweifellos werden diese neuen Techniken alle Bereiche des wirtschaftlichen und sozialen Lebens nachhaltig verändern, wobei es neben Gewinnern – vor allem den Anbietern der spezifischen Hard- und Software sowie der damit verbundenen Vorprodukte und Dienstleistungen – auch Verlierer geben wird, etwa im Bereich der „alten“ Medien. Von ungleich größerer Bedeutung als diese unmittelbaren Wirkungen dürften freilich die mittelbaren sein, die sich aus der Anwendung der Techniken in zahlreichen, eher traditionellen Wirtschaftszweigen (etwa im Handel durch e-commerce und neue Warenwirtschaftssysteme, im Bereich der Banken oder im Gesundheitswesen) ergeben. Hier ist zwischen kurzfristigen Rationalisierungseffekten, d.h. sinkenden relativen Preisen, steigender Arbeitsproduktivität und u.U. Freisetzung von Arbeitskräften, und langfristigen Angebotseffekten zu unterscheiden – wenn und soweit die aus den Preissenkungen resultierenden Realeinkommenserhöhungen die Nachfrage im Inland ansteigen lassen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass durch die IuK-Techniken auch völlig neue Bedarfsfelder erschlossen werden. Die Studie versucht, durch Anwendung verschiedener Analysetechniken (Literaturrecherchen, Fallstudien, Modell- und Simulationsrechnungen) zu einer realistischen Einschätzung dieser Veränderungen zu kommen. Durch die Methodenvielfalt soll zugleich der Versuchung widerstanden werden, die Komplexität der Wirkungszusammenhänge zu vernachlässigen und – wie dies in der öffentlichen Diskussion nicht selten

geschichte – partialanalytische bzw. anekdotische Evidenz in unzulässiger Weise zu verallgemeinern.

Insgesamt betrachtet, verstärkt die Ausbreitung der IuK-Techniken zweifellos den Wandel der deutschen Wirtschaft zu einer Industrie- und Dienstleistungswirtschaft. In einem weiteren Branchenbild – hier über die feinmechanische, optische und Uhrenindustrie – wird gezeigt, dass auch eher traditionell geprägte Industriezweige durch Modernisierung des Produktionsprogramms, Nutzung moderner Fertigungstechniken und Marketingstrategien sowie – nicht zuletzt – eine vertiefte intersektorale und internationale Arbeitsteilung dem vermeintlichen Trend zur De-Industrialisierung moderner Volkswirtschaften widerstehen und zumindest einen Teil des früheren Produktions- und Beschäftigungsniveaus sichern können. In Teilbereichen dieses Sektors – zu dem nach der Neuordnung der Klassifikation der Wirtschaftszweige auch die gesamte Medizintechnik, die elektrische und elektronische Mess- und Regeltechnik und die Herstellung von industriellen Prozesssteuerungsanlagen gehören – könnte die Nutzung neuer Technologien durchaus zu einer Umkehr des bisher zu beobachtenden Bedeutungsverlusts dieses Bereichs führen. In diesem Zusammenhang ist insbesondere an die Photonik zu denken, die von vielen bereits als Leittechnologie des 21. Jahrhunderts angesehen wird und in ihrer Bedeutung mindestens gleichberechtigt neben die Elektronik treten könnte. Bei alledem kommt der feinmechanischen, optischen und Uhrenindustrie zugute, dass sie schon immer vermochte, neue Technologien mit handwerklichem Können zu verbinden; hierzu dürfte auch der nach wie vor bedeutende Anteil kleiner und mittlerer Unternehmen beigetragen haben.

Strukturwandel und gesellschaftliche Entwicklung

Sektorale Strukturveränderungen vollziehen sich, wie erwähnt, in einem Prozess wechselseitiger Abhängigkeiten zwischen branchentypischen Verläufen einerseits, Veränderungen der institutionellen Gegebenheiten und der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen andererseits. Sie spiegeln damit gleichermaßen die Aktionen und Reaktionen der einzelnen Wirtschaftssubjekte, d.h. der privaten Haushalte und der Unternehmen im In- und Ausland, als auch die vielfältigen Aktivitäten des Staates wider, mit denen die Funktionsweise der Märkte gesichert und die Marktergebnisse gegebenenfalls beeinflusst werden sollen. Hierzu stehen dem Staat die Mittel der Ordnungs- und Strukturpolitik (etwa der Wettbewerbs- und Arbeitsmarktpolitik, aber auch der sektoralen Strukturpolitik) sowie die Instrumente der Prozess- bzw. Makropolitik (der Geld-, Währungs- und Kapitalmarktpolitik) zur Verfügung. Eine unangemessene Gestaltung dieses staatlichen Ordnungsrahmens kann nicht nur – wie ausgeführt – für unbefriedigende Ergebnisse des sektoralen Strukturwandels verantwortlich sein, sondern auch die Effizienz der Makropolitik mindern. Hieraus wird die Vermutung abgeleitet, dass Strukturreformen – etwa eine Verschärfung der Wettbewerbspolitik oder eine konsequentere Deregulierungspolitik – die Leistungsfähigkeit namentlich der Geld- und Fiskalpolitik erhöhen könnten. Damit sind mögliche Wechselwirkungen zwischen der Struktur- und der Makropolitik angesprochen, die im Rahmen eines laufenden Projekts vertieft analysiert werden sollen (vgl. dazu auch die Ausführungen der Forschungsgruppen „Öffentliche Finanzen“ und „Weltwirtschaft“).

Zu den zentralen Aufgaben der sektoralen Strukturanalyse gehört darüber hinaus deren Einbettung in einen langfristig orientierten und ökonomische, ökologische wie soziale Aspekte gleichermaßen einschließenden Rahmen. Der sektorale Strukturwandel kann dazu beitragen, dass das wirtschaftliche Wachstum beschleunigt, zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und die Realeinkommen der Wirtschaftssubjekte gesteigert werden – er kann aber auch zu einem weiteren Abbau von Arbeitsplätzen und zu einem progressiv ansteigenden spezifischen Rohstoff- und Energieverbrauch führen und damit die langfristigen Überlebenschancen der Menschheit vermindern. Einer breiten Öffentlichkeit sind diese Zusammenhänge durch den sog. Brundtland-Bericht bekannt geworden; inzwischen ist der Begriff „Nachhaltigkeit“ zu einem allgemein anerkannten, wenn auch nach wie vor diffusen Leitbegriff für den Weg zu einer langfristig tragfähigen Entwicklung geworden. Als nachhaltig wird dort eine Wirtschaftsweise definiert, die den Bedürfnissen einer gegebenen (heutigen) Gesellschaft entspricht, ohne die Handlungs- und Entwicklungsmöglichkeiten zukünftiger Generationen einzuschränken. Allerdings ist festzuhalten, dass dieses Konzept – wenn es mehr als nur eine Leerformel oder (bestenfalls) eine regulative Idee sein soll – schwerwiegende Informations- und Bewertungsprobleme heraufbeschwört und einen extrem langfristigen Zeithorizont impliziert.

Im Rahmen des von der *Hans-Böckler-Stiftung* geförderten, mehrjährigen Projekts „Arbeit und Ökologie“ haben die Forschungsgruppen „Sektorale Strukturanalysen“ und „Energiewirtschaft“ versucht, den Begriff der Nachhaltigkeit zu operationalisieren, die absehbare Entwicklung in Deutschland bis etwa zum Jahre 2020 unter Nachhaltigkeits-Gesichtspunkten zu beurteilen und Ansätze zur Vermeidung nicht-nachhaltiger Ergebnisse anhand ausgewählter Fallstudien aufzuzeigen. Die dazu formulierten Beurteilungskriterien sollen ökonomische, ökologische und soziale Aspekte möglichst gleichwertig berücksichtigen; zur Lösung denkbarer Konflikte sollten neben technisch-ökonomischen auch institutionelle und soziale Innovationen in Betracht gezogen werden. Parallel dazu wurde ein deutlich weiter gefasstes Projekt von einem Forschungsverbund bearbeitet, dem das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, das Wissenschaftszentrum Berlin und das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie angehörten. Das Projekt wurde von einem vergleichsweise großen wissenschaftlichen Beirat begleitet.

Die Ergebnisse des allgemeinen (theoretischen) Teils des RWI-Berichts zeigen, dass der Begriff der Nachhaltigkeit nach wie vor unbestimmt ist: Eindeutige Indikatoren für eine unter ökonomischen, ökologischen und/oder sozialen Aspekten nachhaltige Entwicklung fehlen, objektive Kriterien zur Lösung von Zielkonflikten sind nicht in Sicht, Innovationen können nur bedingt als Schlüssel zur nachhaltigen Entwicklung angesehen werden. Die Ergebnisse des empirischen Teils machen zugleich deutlich, dass – wie auch immer Nachhaltigkeit definiert wird – die zukünftige Entwicklung in Deutschland unter mehr als einem Gesichtspunkt unbefriedigend sein wird: Unter Fortgeltung gegenwärtiger Bedingungen und Verhaltensmuster ist für die nächsten 15 Jahre mit einer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit und für eine unabsehbare Zukunft mit steigendem Ressourcenverbrauch sowie wachsenden Verteilungskonflikten zu rechnen. Anhand von Fallstudien aus den Bereichen Verkehr, Wohnen und privater Konsum konnte aber gezeigt werden, dass in einigen Fällen durchaus Ansatzpunkte zu einer Verminderung der ökonomischen,

ökologischen und sozialen Lasten gegeben sind – vereinzelt möglicherweise auch zu einer sog. Doppel- oder Tripeldividende. Die Nutzung dieser „Nachhaltigkeitspotenziale“ setzt allerdings umweltpolitische Anreize voraus, die das latent vorhandene Umweltbewusstsein der Wirtschaftssubjekte stärken und den verfügbaren Zeitpfad optimal nutzen.

Aus den umweltökonomischen Arbeiten der Forschungsgruppe ist noch auf das Vorhaben des Bundesministeriums für Bildung und Forschung über „Nachhaltige Wirtschaftsansätze für Ver- und Entsorgungssysteme in der Gemeinschaftsverpflegung – Produkte aus der Region für die Region“ hinzuweisen; im Rahmen dieses Projekts wurde das RWI vom Fraunhofer Institut für Materialfluss und Logistik beauftragt, eine Expertise zu den natürlichen Produktionspotenzialen und zum Leistungsvermögen des östlichen Ruhrgebiets aus agrarökonomischer Sicht zu erstellen. Konkret sollte diese Studie die Ist-Situation hinsichtlich der natürlichen Potenziale zur Nahrungsmittelproduktion im Untersuchungsraum erfassen. Im Vordergrund der empirischen Überprüfung standen dabei die landwirtschaftlichen Strukturen und deren aktuelle bzw. künftige Rolle im Hinblick auf eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Produktionsweise.

Zum Themenfeld „Strukturwandel und gesellschaftliche Entwicklung“ sind schließlich die Untersuchungen der Arbeitsmärkte in Deutschland und im übrigen Europa zu rechnen. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die Aktualisierung einer vor einigen Jahren abgeschlossenen Studie, in der es um die Erklärung des „tschechischen Beschäftigungswunders“ ging. Ursächlich für eine neuerliche Beschäftigung mit diesem Thema ist, dass seit 1996 auch in Tschechien die Arbeitslosigkeit ständig gestiegen ist und 1999 bereits deutlich über 8 vH lag; ein weiterer Anstieg scheint unvermeidbar zu sein. Der Hauptgrund dafür dürfte in der mangelnden Umstrukturierung der privatisierten volkseigenen Unternehmen in Richtung auf die Erfordernisse einer international wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft trotz erfolgter Privatisierung liegen. Erschwerend kommen Probleme im Bankensektor und die unzureichende Umsetzung der Insolvenzgesetzgebung hinzu. Auch die kaum zu leugnende Korruption in einigen Teilen der dortigen Wirtschaft und des Staates schränkt die Fähigkeit der Privatunternehmen ein, an dringend benötigtes Kapital zu kommen, was die Schaffung von Arbeitsplätzen weiterhin erschweren wird. Auf seiten des Arbeitsangebots haben zum Anstieg der Arbeitslosigkeit vor allem die mangelnde räumliche Mobilität und großzügige Unterstützungsleistungen beigetragen. Es sind Anstrengungen der tschechischen Wirtschaftspolitik zu erkennen, gegen diese Missstände vorzugehen; wann und inwieweit sie in absehbarer Zukunft von Erfolg gekrönt sein werden, bleibt allerdings abzuwarten.

Stahl

Zu den wesentlichen Aufgaben der Forschungsgruppe gehört auch die Analyse der Lage auf dem internationalen und dem nationalen Stahlmarkt. Nach den Turbulenzen der letzten Jahre läuft die deutsche Stahlkonjunktur seit Jahresmitte 1999 wieder auf höheren Touren; die Nachfrage hat sich erkennbar belebt und wird sich voraussichtlich sogar noch weiter verstärken – getragen von einer deutlichen Produktionsausweitung der stahlverarbeitenden Branchen und von Impulsen aus dem

Lagerzyklus. Auch das Risiko von Störungen der außenwirtschaftlichen Flanke hat sich verringert. Dies lässt für 2000 eine Rohstahlerzeugung von reichlich 44,5 Mill. t (6 vH) erwarten. Der konjunkturelle Aufschwung einerseits, weitere Rationalisierungen andererseits werden für die Stahlindustrie weitgehend beschäftigungsneutral bleiben, da die Schwankungen im Rahmen der üblichen Arbeitszeitvariationen (Altersteilzeit, Zeitkonten) und Entlohnungssysteme abzufedern sein dürften. Dabei werden die technologiebedingten neuen Beschäftigungsmöglichkeiten in verschiedenen Anwendungsbereichen das Abbautempo verringern.

Um der besonderen Stellung der Stahlindustrie in der deutschen und namentlich der nordrhein-westfälischen Wirtschaft Rechnung zu tragen, wurde die Dokumentation der statistischen Grundlagen erweitert und so der Boden für weitere industrieökonomische Untersuchungen bereitet. In Kürze werden erste Ergebnisse einer sektoralen mittelfristigen Prognose des deutschen Stahlverbrauchs vorgestellt; zur Unterstützung der Prognoseergebnisse auf der Basis des gesamtwirtschaftlichen, sektoral disaggregierten ökonometrischen Strukturmodells des RWI wurden zeitreihenanalytische Verfahren eingesetzt, um maßgebliche Determinanten der Entwicklung der Eisenschaffenden Industrie zu identifizieren. Es wurden Kausalitätsanalysen durchgeführt und ein Cointegrationsansatz bzw. ein Fehlerkorrekturmodell verwendet, um die Variablen zu identifizieren, die grundsätzlich eng mit dem Stahlverbrauch verbunden sind bzw. dazu in einer Gleichgewichtsbeziehung stehen.

Theoretische und methodische Basis

Die weitaus wichtigste statistische Basis der laufenden Arbeiten der Forschungsgruppe bilden nach wie vor die laufenden Erhebungen und Berechnungen des Statistischen Bundesamtes. Diese Quellen waren in den letzten Jahren freilich schwerwiegenden Änderungen unterworfen, die teils inhaltlicher, teils formeller Art sind. Zu den Gründen für erstere gehört u.a. die Herstellung der deutschen Einheit; dies hat nicht nur zu einer Erweiterung des Berichtskreises, sondern auch zu anderen Entwicklungsmustern geführt. Zu letzteren gehört die Anpassung der Sektoren und die veränderte Abgrenzung der Wirtschaftszweige bzw. -klassen. Die Ergebnisse der Neuberechnungen der VGR für die Jahre 1991 bis 1997 liegen seit Jahresende 1999 vor.

Insgesamt haben diese Änderungen zu einem Strukturbruch geführt, der letztlich eine Neuspezifikation der Modellgleichungen sowie eine Neuschätzung aller Koeffizienten der vorliegenden Strukturmodelle erforderlich macht. Dem stehen derzeit aber noch die Kürze des Stützbereichs (1991 bis 1997) und die Unvollständigkeit des benötigten Datensatzes entgegen. Darüber hinaus unterscheidet sich die „Schwere“ des Strukturbruchs in den verschiedenen Wirtschaftszweigen: Die Dienstleistungsbereiche sind von der Neukonzeption weitaus stärker betroffen als das Produzierende Gewerbe, so dass Koeffizientenschätzungen über den Strukturbruch hinweg für ersteren Bereich problematischer erscheinen als für letzteren. Aus diesem Grund wird versucht, den Stützbereich des Modells über Neuschätzungen von ausgewählten Einzelgleichungen zu verlängern, wobei auch Methoden der Cointegrationsanalyse Anwendung finden. Die Arbeiten an der „Laborver-

sion“ des Allgemeinen Gleichgewichtsmodells wurden zugunsten der ökonometrischen Neuschätzung des sektoralen Strukturmodells vorerst zurückgestellt.

In Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe „Statistik“ wurde das umfangreiche statistische Instrumentarium weiter gepflegt und fortentwickelt. Als Schwerpunkte sind zu nennen

- die Aktualisierung und Erweiterung der Konsumverflechtungs- und der Input-Output-Tabellen sowie der Wirtschaftszweige-Berufs-Matrizen,
- die Fortführung der Kapitalbestandsrechnung (basierend auf den Angaben des Statistischen Bundesamtes und des ifo-Instituts),
- die Installation der internationalen BACH-Datei der Deutschen Bundesbank und die Aktualisierung der im letzten Jahr installierten Statistik der Bilanz- und Erfolgsrechnungen der Deutschen Bundesbank.

Die Arbeiten an einer konsistenten Reihe von (nominalen und realen) Input-Output-Tabellen für Westdeutschland wurden fortgesetzt. Der Schwerpunkt lag dabei nach wie vor bei der Vorleistungsverflechtung für die inländische Produktion und Einfuhr zu konstanten Preisen. Die Berechnung der realen Tabellen ist derzeit noch nicht abgeschlossen; geplant sind darüber hinaus die Berechnung von Importverflechtungstabellen und von Input-Output-Tabellen für die inländische Produktion. Eine Dokumentation der Vorgehensweise und des methodischen Ansatzes verbindet sich mit diesen Arbeiten.

Zur Beobachtung und Analyse von Strukturwandlungen auf dem Arbeitsmarkt wurden stärker als bisher Individualdatensätze herangezogen. Insbesondere das SOEP hat sich hier wegen des Panelcharakters und seiner Aktualität als unverzichtbare Informationsquelle erwiesen. Darüber hinaus wurde auf die IAB-Beschäftigtenstichprobe zurückgegriffen, eine Datenquelle, deren Vorteilhaftigkeit zum einen in sehr zuverlässigen Verdienstangaben liegt, zum anderen in hohen Fallzahlen, was speziell die Analyse beruflicher und sektoraler Mobilität ermöglicht.

Alle Datensysteme sollen noch stärker als bisher miteinander verknüpft und um weitere Teilsysteme ergänzt werden, um so der Vielschichtigkeit der Problemlagen und Handlungsbedingungen der Akteure Rechnung zu tragen. Die zunehmende Diskrepanz zwischen dem Erfahrungs- und Erwartungshorizont einerseits, den Gestaltungserwartungen und -möglichkeiten andererseits soll durch die Entwicklung „transportabler“ und kompatibler Systeme erleichtert werden. Sie sollen den Rückgriff auf die in anderen Forschungsgruppen oder von Externen entwickelten Systeme ermöglichen („Modelltausch“).

Veröffentlichungen

Halstrick-Schwenk, M. (1999), Umfang und Struktur der Entsorgungswirtschaft im Bereich Elektroaltgeräte/Elektronikschrott in Deutschland – Ergebnisse einer Unternehmensbefragung. RWI-Papiere 65. RWI, Essen.

Löbke, K. und H.-K. Starke (1999), Die Lage auf dem deutschen Stahlmarkt: Eintrübung der Produktions- und Beschäftigungsperspektive. RWI-Konjunkturbrief 1/1999. RWI, Essen.

O'Farrell, P., M. Scheuer und E.M. Schmidt unter Mitarbeit von R. Graskamp (1999), Internationalisierung von Unternehmensdienstleistungen. Untersuchungen des RWI 30. RWI, Essen.

O'Farrell, P., M. Scheuer und E.M. Schmidt unter Mitarbeit von R. Graskamp (1999), Nachholbedarf deutscher Anbieter beim Export unternehmensbezogener Dienstleistungen? RWI-Papiere 62. RWI, Essen.

Klemmer P. (Hrsg.) (1999), Innovationen und Umwelt. Innovative Wirkungen umweltpolitischer Instrumente 3. Berlin: Analytica (in englisch: Band 6).

Klemmer, P., U. Lehr und K. Löbke (1999), Umweltinnovationen. Innovative Wirkungen umweltpolitischer Instrumente 2. Berlin: Analytica (in englisch: Band 5).

Dehio, J. (1999), Umweltbewußte Verbraucher – Ein Risikofaktor für die Wirtschaft? Tagungsband. In Vorbereitung. Dresden.

Löbke, K. und M. Scheuer (2000), Arbeitsproduktivität, Totalproduktivität und Beschäftigung. In D. Hoß und G. Schrick (Hrsg.), *Beschäftigung und Produktivität – oder Die hohe Kunst des Bereicherns*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 150–161.

Löbke, K. and E.M. Schmidt (1999), Legal Protection and Intellectual Properties in the Federal State of Germany. In G. Papanek et al. (eds.), *The Legal and Financial Conditions Influencing the Diffusion of Technological Innovations in Central and Eastern Europe*. Final Report of the INCO-Copernicus Research Project No. CT 961100. Budapest.

Halstrick-Schwenk, M. (1999), Entsorgung und Wiederverwertung von Elektroaltgeräten und Elektronikschrott – Ökologisches Gefährdungspotential und umweltpolitischer Handlungsbedarf. *RWI-Mitteilungen* 50 (1/2): 81–107.

Halstrick-Schwenk, M. und K. Löbke (1999), Elektroschrottsorgung und Beschäftigung. *WSI-Mitteilungen* 52 (9): 613–622.

Lehr, U. und K. Löbke (1999), Umweltinnovationen – Anreize und Hemmnisse. *Ökologisches Wirtschaften* 1999 (2): 13–15.

Lehr, U. und K. Löbke (1999), Umweltinnovationen – ein neues Forschungsfeld? *Zeitschrift für angewandte Umweltforschung* 12 (2): 153–158.

Moos, W. (1999), Möglichkeiten der Politiksimulation mit einem Allgemeinen Gleichgewichtsmodell – Entwicklung und Evaluierung eines kleinen CGE-Modells für öffentliche und private Güter. *RWI-Mitteilungen* 50 (1/2): 35–64.

Ausgewählte Vorträge

Dehio, J., Umweltbewußte Verbraucher – Ein Risikofaktor für die Wirtschaft? Plenumsvortrag anlässlich der Fachtagung „Umwelt im Dialog – Neue Wege zu nachhaltigem Konsumverhalten“ der Stiftung Deutsches Hygiene-Museum und der Deutschen Bundesstiftung Umwelt am 28. Oktober 1999 in Dresden.

Gitter R.J. and M. Scheuer, Employment Growth in the United States: Lessons for Europe? The Great American Job Machine Revisited. Paper prepared for the Seminar held at the Wifo – Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Vienna 2 June 1999.

Löbbe, K., Finanzierung des Strukturwandels. Vortrag im Rahmen des Seminars „Arbeitsmarktentwicklung, Restrukturierung und Umschulung in Bergbauregionen“ der RAG Bildung GmbH für eine rumänische Delegation am 10. Juni 1999 in Essen.

Löbbe, K., Innovative Wirkungen umweltpolitischer Instrumente. Wissenschaftliche Einführung zum Workshop „Rahmenbedingungen für Innovationen zum nachhaltigen Wirtschaften“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung am 2. Dezember 1999 in München.

Löbbe, K., Preiswerte Energie als Standortfaktor: Die Bedeutung der Energiekosten. Statement im Rahmen des „RWI-Wirtschaftsgesprächs“ am 30. November 1999 in Essen.

Löbbe, K., Wachstum ohne Ende oder Wachstum am Ende? Die künftige Stellung der Stahlindustrien Südostasiens im Weltmarkt. Vortrag im Rahmen der 3. Handelsblatt-Jahrestagung „Stahlindustrie 99“ am 27. Januar 1999 in Düsseldorf.

Scheuer, M. and E.M. Schmidt, The Lucky Young Ones? Young People on the German Labour Market. Paper prepared for the 4th European Conference of Sociology, Vrije Universiteit Amsterdam, August 18-21, 1999.

Scheuer, M., „Standort Deutschland“ – Dimensionen eines politischen Schlagworts. Papier vorgetragen bei Soroptimist International Deutsche Union am 15. Juli 1999 in Mainz.

Scheuer, M., „Standort“ – A Tool of Analysis for the Evaluation of the Economic Performance not only for Germany but also of the CEFTA Countries? Paper prepared for the International Conference „The Role of CEFTA in the Process of EU Enlargement“ organised by The Institute of International Relations, The Association for the Study of International Relations and The Delegation of the Friedrich Ebert Foundation in Prague, Prague 28–29 May 1999.

Scheuer, M., Internationalisierung von Unternehmensdienstleistungen. Vortrag im Rahmen des Workshop „Internationalisierung von Unternehmensdienstleistungen – Chancen und Schwierigkeiten“ im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie am 20. Dezember 1999 in Berlin.

Scheuer, M., Labour Market Factors and Investment Decisions. Paper presented at the Workshop „Preventive Labour Market Policy in the European Union – Regulatory Approaches and Reform Steps“, 12 November 1999, Ruhr-Universität Bochum.

Scheuer, M., Standort Deutschland and the British Quest for Competitiveness. Lecture held at the Institute for German Studies of the University of Birmingham, 8 November 1999.

1999 abgeschlossene Gutachten

Arbeitsmarktflexibilität und Direktinvestitionen in Deutschland und Großbritannien

Arbeit und Ökologie – Zu den Umrissen einer sozial-ökologischen Reformstrategie

Volkswirtschaftliche Auswirkungen einer flächendeckenden Einführung neuer Kraftstoffe in Deutschland

Branchenbild: Feinmechanische, optische und Uhrenindustrie (Medizin-, Mess-, Steuerungs- und Regelungstechnik, Optik, Uhren)

Auswirkungen staatlich geförderter Maßnahmen zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung auf die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden

Zur wirtschaftlichen Entwicklung im Land Bremen bis 2010

Forschung und Entwicklung im Dienstleistungssektor

The Legal and Financial Conditions Influencing the Diffusion of Technical Innovations and R+D Strategies in Central and Eastern Europe

Noch nicht abgeschlossene Gutachten

Der Standort Deutschland im internationalen Vergleich – Zur Lage der Wettbewerbsfähigkeit (im Rahmen der Strukturberichterstattung)

Strukturpolitische Grundlagen einer beschäftigungsfördernden Makropolitik

Der Beitrag des IuK-Sektors zu gesamtwirtschaftlichem Wachstum und Beschäftigung

Branchenbild: „Feinkeramische Industrie“

Nachhaltige Wirtschaftsansätze für Ver- und Entsorgungssysteme in der Gemeinschaftspflege – Analyse der natürlichen Produktionspotentiale und des Leistungsvermögens der Region „Östliches Ruhrgebiet“ aus agrarökonomischer Sicht

Produktions-, Einkommens- und Beschäftigungseffekte der Ansiedlung eines Chemieunternehmens in der Emscher-Lippe Region

Mitarbeit in wissenschaftlichen Beiräten und Gremien

Scheuer, M., Services World Forum, Member of the Board

Kooperationspartner

SV-Wissenschaftsstatistik im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

Prof. Dr. G. Erdmann, TU Berlin

Externe Besucher

Viktor Volkow, Handelsvertretung der Russ. Föderation in der BRD

Praktikanten

Andrea Irmer, Universität Hannover

Joon-Suk Lee, Universität Karlsruhe (TH)

Dr. Tatiana Bassova

Energiewirtschaft

Die grundlegende Liberalisierung und wettbewerbskonforme Ausgestaltung der bislang monopolistisch organisierten Strom- und Gasmärkte wird für die Energieversorgung tiefgreifende Folgen haben. Auch wenn nicht abzusehen ist, wie die Entwicklung in den nächsten Jahren tatsächlich verlaufen wird, so scheint doch sicher, dass die daraus folgenden energiewirtschaftlichen, regionalen und ökologischen Anpassungserfordernisse für die empirische Energieforschung neue Analysefelder begründen. Einzelne Aspekte wurden zwar schon zu Beginn der neunziger Jahre im Rahmen einer Studie zu den Auswirkungen des EG-Binnenmarktes für

Energie auf die Energiewirtschaft in Deutschland von der Forschungsgruppe untersucht. Das Forschungsfeld insgesamt wurde jedoch erst jetzt als Schwerpunkt in den mittelfristigen Forschungsplan übernommen; es wird in verschiedenen Projekten weitergeführt. Damit soll in der Wettbewerbsdiskussion eine der Tradition des Instituts angemessene eigenständige Position vertreten werden, die sich über theoretische Aspekte hinaus vor allem auf empirische Sachverhalte stützt. Einen besonderen Schwerpunkt bilden in Fortführung der bisherigen Forschungsarbeiten Analysen zur Verminderung von Umweltbelastungen, die mit der Umwandlung und dem Verbrauch von Energie zwangsläufig verbunden sind. Hierbei treten nicht zuletzt wegen der globalen Dimension des Klimaproblems zunehmend globale Aspekte in den Vordergrund.

Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte

Am 29. April 1998 ist das neue Energiewirtschaftsrecht in Kraft getreten. Damit sind zumindest formal die rechtlichen Voraussetzungen für eine Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte geschaffen. Auch wenn zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Durchleitungsregeln bei Gas noch nicht endgültig festgeschrieben sind und bei Strom noch der Zustimmung durch die EU-Kommission bedürfen, so zeigen die Erfahrungen des letzten Jahres, dass sich die monopolistischen Marktstrukturen gravierend verändern werden.

Mit der Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte verbinden sich unterschiedliche Erwartungen. Gemeinsam ist allen Reformansätzen die Zuversicht, dass mit der Einführung wettbewerblicher Elemente ein erheblicher Wohlfahrtseffekt in Form niedrigerer Kosten der Energiebereitstellung und sinkender Energiepreise verbunden ist. Unabhängig von diesen wettbewerbsinduzierten Wirkungen sind Preisbewegungen auf den Energiemärkten jedoch eher die Regel als die Ausnahme. Um daher mögliche Preissenkungen bei Strom und Gas nicht allein der Reform des energierechtlichen Rahmens zuzuschreiben, wurden Kosten und Preise in der Elektrizitätsversorgung bis zum Jahr 1998 analysiert. Zur Beurteilung der Wettbewerbsposition eines Unternehmens in einem liberalisierten Markt wäre grundsätzlich eine unternehmensscharfe Darstellung der Kostensituation notwendig. Die dazu erforderlichen Daten liegen jedoch nicht vor; deshalb wurden die Kosten in regionaler Untergliederung ausgewiesen (Tabelle). Damit können zumindest näherungsweise die Kosten der Stromerzeugung der großen Verbundunternehmen approximiert werden.

Aus der Analyse lässt sich ableiten, dass die Brennstoff- und Kapitalkosten mit mehr als 85 vH der Gesamtkosten dominieren; bei Gesamtkosten Anfang der neunziger Jahre in Höhe von 7,8 Pf/kWh entfielen 3,5 Pf/kWh auf die Brennstoffkosten und 3,2 Pf/kWh auf die Kapitalkosten. Dieses Verhältnis gilt allerdings nur im gesamtdeutschen Durchschnitt; in regionaler Untergliederung lassen sich deutliche Abweichungen davon identifizieren. Bundesländern mit einem eher kapitalintensiven Kraftwerkspark (Bayern, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein) stehen solche mit einem vergleichsweise brennstoffintensiven Anlagenpark (Nordrhein-Westfalen, neue Bundesländer) gegenüber. Diese Unterschiede erklären sich zum Teil aus regionsspezifischen Merkmalen wie der Ausstattung mit Energieresourcen oder dem Besitz mit energieintensiven Industriezweigen, zum Teil sind sie

Stromerzeugungskosten nach Bundesländern					
1991 bis 1998					
	1991	1995	1996	1997	1998
in Mill. DM					
Baden-Württemberg	4 393	4 196	3 775	3 691	3 605
Bayern	4 862	4 560	4 353	4 177	4 088
Hessen	1 417	1 503	1 178	1 304	1 277
Niedersachsen, Bremen	4 442	4 274	3 818	3 804	3 584
Nordrhein -Westfalen	12 264	11 158	9 353	8 961	8 848
Neue Bundesländer	4 675	5 936	6 147	6 322	6 409
Rheinland-Pfalz, Saarland	1 507	1 473	1 408	1 342	1 364
Schleswig-Holstein, Hamburg	2 094	2 212	2 065	2 146	2 123
Deutschland	35 654	35 312	32 096	31 747	31 299
in Pf/kWh					
Baden-Württemberg	7,8	7,1	6,1	6,1	6,0
Bayern	7,1	6,5	6,2	6,0	6,0
Hessen	7,2	6,8	5,0	4,7	4,6
Niedersachsen, Bremen	7,8	7,2	6,1	6,1	5,7
Nordrhein -Westfalen	8,6	8,1	6,6	6,5	6,2
Neue Bundesländer	6,2	8,2	7,9	7,9	7,9
Rheinland-Pfalz, Saarland	12,0	12,1	8,6	8,9	8,3
Schleswig-Holstein, Hamburg	7,6	7,5	6,7	6,3	6,4
Deutschland	7,8	7,7	6,6	6,5	6,3

Eigene Berechnungen.



jedoch auch Ausfluss landes- oder bundespolitischer Entscheidungen. Schließlich ist dieses Verhältnis in erheblichem Umfang auch von der Altersstruktur des Kraftwerksparks abhängig, da mit zunehmendem Anteil bereits abgeschriebener Kraftwerke am Anlagenbestand die Kapitalkosten an Bedeutung verlieren, die Brennstoffkosten hingegen tendenziell steigen.

Seit Anfang der neunziger Jahre sind die Erzeugungskosten um etwa 4,5 Mrd. DM bzw. 1,5 Pf/kWh gesunken, wobei mehr als 75 vH dieses Rückgangs erst in den letzten Jahren erfolgten und vor allem auf die um etwa 2 Mrd. DM preiswerteren Brennstoffeinsätze zurückzuführen sind. Als wichtigste Ursachen sind der Rückgang der Preise auf den Weltenergiemärkten und die seit 1996 geltenden Regeln zur Verstromung heimischer Steinkohle zu nennen. Dadurch konnten die Anfang der neunziger Jahre noch bestehenden Kostennachteile einzelner Regionen weitgehend ausgeglichen werden; profitiert haben vor allem jene Regionen, deren Stromerzeugung auf Steinkohle basiert (Nordrhein-Westfalen, Saarland bzw. Rheinland-Pfalz, Niedersachsen). Hingegen stiegen die Erzeugungskosten in Ostdeutschland seit Anfang der neunziger Jahre um etwa 1,7 Mrd. DM bzw. 1,7 Pf/kWh an, da der dortige Kraftwerkspark nicht nur grundlegend modernisiert, sondern mit erheblichen zusätzlichen Aufwendungen auch den geltenden Umweltschutzvorschriften angepasst werden musste.

Für Nordrhein-Westfalen – dessen Energiewirtschaft für das Wirtschaftsministerium des Landes eingehender untersucht wurde – bietet die Liberalisierung zusätzliche Chancen, sie birgt aber auch erhebliche Anpassungslasten. Denn dieses Bundesland besitzt als einziges unter den westdeutschen Ländern nennenswerte Vorkommen an heimischen Energieressourcen, bietet mehr als 150 000 Menschen Arbeit in der Energieversorgung, stellt mit rund 140 TWh knapp ein Drittel des deutschen Stromangebots und ist Standort vieler energieintensiver Grundstoffproduktionen. Chancen sind insbesondere darin zu sehen, dass die privaten Haushalte zum Teil deutliche Realeinkommenszuwächse in Form niedrigerer Strompreise zu erwarten haben und auch die Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Produktionszweige gestärkt wird.

Risiken ergeben sich insbesondere in der Energieversorgung selbst und in der Verschärfung ökologischer Zielkonflikte. Bei einem Rückgang der Einspeisevergütungen für in Kraft-Wärme-Kopplung erzeugten Strom um 30 vH dürfte ohne zusätzliche Maßnahmen die zum großen Teil mit staatlichen Mitteln aufgebaute Infrastruktur zur Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung teilweise obsolet werden und der im Vergleich zu anderen Bundesländern hohe Anteil derartiger Anlagen am gesamten Kraftwerkspark nicht zu halten sein. Auch die Wettbewerbsfähigkeit regenerativer Energiequellen wird bei deutlich sinkenden Strompreisen und einer unveränderten Vergütungsregelung nach dem Stromeinspeisungsgesetz leiden. Zwar hat dieser Bereich für Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Bundesländern nur eine untergeordnete Bedeutung; hier werden jedoch die zwischen der wettbewerblichen Öffnung der Strommärkte und den ökologischen Erfordernissen bestehenden Konflikte deutlich.

Energie und Umwelt

Mit den Beschlüssen im Rahmen der dritten Vertragsstaatenkonferenz in Kyoto sind auch für die nationale Klimaschutzpolitik neue Rahmenbedingungen gesetzt worden. Denn auf dieser Konferenz wurde ein Protokoll verabschiedet, das sich von den bisherigen Ansätzen unterscheidet und über den nationalen Rahmen hinaus Strategien zu einer gemeinsamen Verwirklichung (*joint implementation*⁶⁵) von CO₂-Minderungspotenzialen ins Kalkül zieht. Zu den Industriebereichen, in denen die Potenziale, vergleichsweise preiswerte Minderungspotenziale im Ausland zu erschliessen, besonders augenfällig werden, zählt die Stahlindustrie. Diese Branche diene deshalb als Beispiel, um die Möglichkeiten einer derartigen Strategie umfassender zu analysieren. Obwohl die Stahlindustrie in Deutschland in den vergangenen Jahren beachtliche Erfolge bei der Reduktion des Energieverbrauchs erzielen konnte, ist sie weltweit betrachtet außerordentlich energieintensiv und umweltbelastend. Die Herstellung einer Tonne Stahl erfordert im weltweiten Durchschnitt rund 19,8 GJ an Brennstoffen und elektrischer Energie. Bei einer Rohstahlerzeugung von 752 Mill. t ergibt sich daraus ein Energieverbrauch von 14 900 PJ (1995) – mehr als 12 vH des Energieverbrauchs der Industrie insgesamt. Eine Bestandsaufnahme nach Regionen macht deutlich, dass hinsichtlich Energieeffizienz und technischer Ausstattung der Standorte insbesondere in Osteuropa und China teilweise erhebliche Defizite bestehen. Würde der Stand der Technik, wie er gegenwärtig in der deutschen Stahlindustrie eingesetzt wird, weltweit realisiert, ließen

sich die mit der Produktion von Stahl verbundenen CO₂-Emissionen um 642 Mill. t bzw. etwa die Hälfte reduzieren. Die Minderungspotenziale konzentrieren sich zu 73 vH auf Osteuropa und China. Um sie zu erschließen, sind je nach Standortvoraussetzungen erhebliche Investitionen in den Neubau bzw. die Ertüchtigung von Produktionsanlagen erforderlich. Damit errechnen sich in einigen Fällen Vermeidungskosten in Höhe von rund 140 \$/t CO₂, die die möglichen Einsparungen bei den Energiekosten teilweise um das fünf- bis sechsfache überschreiten.

In den westlichen Industrieländern ist die Optimierung wie erwähnt weit fortgeschritten. Hinzu kommt, dass sich der spezifische Energieeinsatz in vielen Bereichen der Stahlherstellung dem theoretisch-physikalischen Mindestverbrauch nähert, so dass die verbliebenen Potenziale generell enger begrenzt sind als in den betrachteten Transformations- und Schwellenländern. Selbst wenn diese nationalen Reduktionspotenziale erschlossen würden, wären also nur geringe Minderungserfolge zu erwarten, die zudem mit einem verhältnismäßig hohen Einsatz an Investitionsmitteln erkaufte werden müssten. Die Vermeidungskosten dürften grob gegriffen Größenordnungen bis 600 \$/t CO₂ erreichen, überschreiten also die aufgezeigten Minderungskosten in Osteuropa und China um ein Vielfaches. „*Joint implementation*“ würde somit helfen, die CO₂-Emissionen der Stahlindustrie weltweit ökologisch und ökonomisch effizient zu senken.

Zum 1. April 1999 trat das Gesetz zum Einstieg in eine ökologische Steuerreform in Kraft, seit dem 1. Januar 2000 gilt auch die Fortführung der Reform. Mit dieser Reform wird der Energieverbrauch zusätzlich belastet und über die Senkung der Lohnnebenkosten der Faktor Arbeit entlastet. Gemessen an der grundsätzlichen Idee einer ökologischen Steuerreform, den Verbrauch natürlicher Ressourcen über zusätzliche Abgaben zu verteuern und damit einen Teil der externen Kosten zu internalisieren, stellt die Realisierung mit ihrer Beschränkung allein auf Energie ein vergleichsweise enges Konzept dar. Dennoch zeigen Berechnungen der Forschungsgruppe, dass aufgrund der Unterschiede in den sektoralen Energie- und Arbeitseinsätzen die zusätzlichen Be- und Entlastungen deutliche Spreizungen der Produktionskosten hervorrufen. Überdurchschnittliche Belastungen haben die energieintensiven Grundstoffproduktionen zu erwarten, auch wenn durch die Festlegung von Belastungsgrenzen und die Steuerbefreiung von Brennstoffeinsätzen in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen mit einem Jahresnutzungsgrad von mindestens 70 vH die Zusatzkosten in Grenzen gehalten werden können. Die absolut höchsten Zusatzkosten treten im Handel und Verkehr auf, da dort der Kraftstoffverbrauch dominiert, für den das Gesetz keine Steuerbefreiungen, -ermäßigungen oder Belastungsgrenzen vorsieht.

Die Wirkungen des Gesetzes beschränken sich allerdings nicht auf die unmittelbaren Be- und Entlastungen, sondern können in Abhängigkeit von den Marktverhältnissen zu mehr oder weniger ausgeprägten mittelbaren Reaktionen führen, die sich aus der Überwälzung der Be- und Entlastungen auf nachgelagerte Produktionsbereiche ergeben (Tabelle). Diese indirekten Effekte verstärken zumindest im Verarbeitenden Gewerbe die Spreizung der sektoralen Produktionskosten. Die privaten Haushalte sind bei Vernachlässigung der indirekten Wirkungen Nettozahler der Reform: das Aufkommen aus der Energiesteuer übertrifft die Entlastungen der Ar-

Direkte und indirekte Kostenimpulse der ökologischen Steuerreform			
in 1 000 DM			
	Direkte Effekte	Indirekte Effekte	Gesamteffekt
erste Stufe			
Land- und Forstwirtschaft	234 735	12 265	247 000
Energiversorgung ¹	-212 585	-4 415	-217 000
Bergbau	-17 138	-1 862	-19 000
Verarbeitendes Gewerbe	-540 732	153 732	-387 000
darunter:			
Grundstoffe	42 969	36 031	79 000
Investitionsgüter	-600 052	-22 948	-623 000
Verbrauchsgüter	-39738	9 738	-30 000
Nahrungs- und Genussmittel	56 089	130 911	187 000
Bau	-300 570	31 570	-269 000
Handel und Verkehr	709 328	-50 328	659 000
Dienstleistungen	-435 749	-99 251	-535 000
Staat	-612 283	-311 717	-924 000
Haushalte	1 174 996	-690 936	484 060
Endstufe			
Land- und Forstwirtschaft	911 354	47 619	959 000
Energiversorgung ¹	-346 887	-7 204	-354 000
Bergbau	-61 326	-6 663	-68 000
Verarbeitendes Gewerbe	-1 861 321	529 321	-1 332 000
darunter:			
Grundstoffe	48 348	40 552	88 900
Investitionsgüter	-1 792 727	-67 273	-1 860 000
Verbrauchsgüter	-243 901	59 801	-184 100
Nahrungs- und Genussmittel	126 958	296 342	423 300
Bau	-480 528	50 528	-430 000
Handel und Verkehr	2 914 113	-206 113	2 708 000
Dienstleistungen	-1 420 468	-325 532	-1 746 000
Staat	-2 676 055	-613 945	-4 040 000
Haushalte	3 021 117	-1 776 117	1 245 000

Eigene Berechnungen. – ¹Einschl. Wasserversorgung und Mineralölverarbeitung.



beitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung in der ersten Stufe um 1,2 Mrd. DM, in der Endstufe um 3,0 Mrd. DM. Diese Zusatzbelastungen verringern sich allerdings um mehr als die Hälfte, wenn man die Überwälzungen berücksichtigt. Denn ein erheblicher Teil der Kostentlastungen im Unternehmenssektor wird in Form von Preissenkungen (bei nichtenergetischen Konsumgütern) an die privaten Haushalte weitergegeben. Insofern dürfte die Gesamtbelastung der privaten Haushalte auch unter Verteilungsaspekten keine unzumutbare Höhe erreichen.

Methodische Grundlagen der Energieforschung

Über diese Einzelanalysen hinaus werden in der Forschungsgruppe detaillierte Modelle zur Erklärung des Angebots und der Nachfrage nach Energie entwickelt und gepflegt. Zu dieser Arbeit gehören nicht nur die ständige Aktualisierung bestehender Modelle, sondern insbesondere auch die problemorientierte Überprüfung und eventuelle Modifikation ganzer Modellteile. Als Beispiel für die zuletzt genannten Tätigkeiten ist die Integration von sechs Umweltindikatoren (Klima, Luft, Boden, Natur, Wasser und Ressourcen) in das bestehende Modellsystem zu nennen. Grundsätzlich zu unterscheiden ist dabei zwischen der rekursiven Verknüpfung der Indikatoren mit geeigneten Modellvariablen und der Instrumentenebene, die über Kosten- und Preiseffekte das Gesamtsystem beeinflusst. Für die Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche beispielsweise werden als wichtige Ursachen u.a.

- die steigenden Wohnflächen pro Kopf der Bevölkerung,
- die Ausweitung der Verkehrswege, insbesondere der Straßen, sowie
- die Inanspruchnahme neuer Gewerbeflächen

genannt. Die Verknüpfung dieses Schlüsselindikators mit dem bestehenden Modellsystem ist vergleichsweise einfach, da der Raumwärmebedarf der privaten Haushalte als Produkt aus der zu beheizenden Wohnfläche und dem spezifischen Wärmeverbrauch pro m² Wohnfläche erklärt wird. Von besonderem Vorteil ist in diesem Zusammenhang jedoch, dass die Wohnflächen nach Wohnungen in Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäusern unterschieden werden und zusätzlich die Wohnungsbestände über Definitionsgleichungen aus dem Bestand der jeweiligen Vorperiode, den Zugängen und den Abgängen ermittelt werden. Die Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche durch den Wohnungsneubau kann folglich als Summe der Zugänge von neu errichteten Wohnungen mit ihren spezifischen Flächenverbräuchen definiert werden, wobei der Flächenverbrauch der Wohnungen in Einfamilienhäusern mit durchschnittlich etwa 550 bis 625 m², in Zweifamilienhäusern mit rund 350 m² und in Mehrfamilienhäusern mit 125 m² verbunden ist.

Aus der Entwicklung der Flächennutzung durch den Wohnungsbau können zwei wichtige Folgerungen abgeleitet werden. Zum einen ist die Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche von 90 auf 120 ha/Tag seit 1993 durch den Bau neuer Wohnungen allein auf die Dynamik in Ostdeutschland zurückzuführen. Um daher voreiligen Schlussfolgerungen vorzubeugen, ist eine differenzierte Analyse der Zusammenhänge in Ost- und Westdeutschland notwendig. Zum anderen dürfte angesichts der dargestellten Größenordnungen der Wohnungsbau allein die Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche kaum erklären. Insofern erscheint es notwendig, auch die gewerblichen Bauinvestitionen und verkehrswirtschaftliche Faktoren zu berücksichtigen.

Veröffentlichungen

Buttermann, H.G., B. Hillebrand and U. Lehr (1999), Second Monitoring Report: CO₂-Emissions in German Industry 1996–1997. RWI-Papiere 57. RWI, Essen.

Hillebrand, B. (1999), Sektorale Wirkungen der Energiesteuerreform 1999. RWI-Papire 58. RWI, Essen.

Oberheitmann, A. (1999), Aktuelle Ergebnisse der internationalen Klimaverhandlungen und Möglichkeiten der Treibhausgasminderungen in China. Duisburger Arbeitspapiere zur Ostasienwirtschaft 48. Universität Duisburg.

Oberheitmann, A. (1999), Some Remarks on Additionality and Incentives in Activities Implemented Jointly, Joint Implementation and the Clean Development Mechanism. RWI-Papire 59. RWI, Essen.

Oberheitmann, A. (1999), Europäische Energiepolitik und globale Umweltveränderungen – Ansätze für eine langfristige, nachhaltige Energiepolitik der Europäischen Union. Fachhochschule Niederrhein, Fachbereich Wirtschaft (Hrsg.), Mönchengladbach 1998. Mönchengladbacher Schriften zur wirtschaftswissenschaftlichen Praxis 3. Fachhochschule Niederrhein, Mönchengladbach, 40–55.

Oberheitmann, A., zusammen mit Ph. Andrews-Speed et al. (1999), Energy Policy and Structure in the People's Republic of China. Untersuchungen des RWI 31. RWI, Essen.

Oberheitmann, A. (1999), On the Incentives for Undertaking JI- and CDM-Measures through the Compensation of National CO₂-tax Payments. In Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.), *Reports on AII projects and contribution to the discussion of the Kyoto mechanisms*. BMU, Bonn, 100–104.

Buttermann, H.G. (1999), CO₂-Monitoring 1998 – Stand der Umsetzung in der Stahlindustrie. *Stahl und Eisen* 119 (8): 49–57.

Buttermann, H.G. (1999), Potentiale und Kosten einer CO₂-Minderungsstrategie in der eisenschaffenden Industrie. *RWI-Mitteilungen* 50 (3): 129–155.

Hillebrand, B. (1999), Wettbewerb und Umweltschutz in der Elektrizitätswirtschaft – eine regionale Bestandsaufnahme. *RWI-Mitteilungen* 50 (1-2): 13–34.

Storchmann, K.-H. (1999), Nulltarife im Öffentlichen Personennahverkehr als Second-Best-Lösung? Theoretisches Konzept und Implikationen für die Bundesrepublik Deutschland. *Zeitschrift für Verkehrswissenschaft* 70 (3): 155–177.

Ausgewählte Vorträge

Buttermann, H.G., CO₂-Monitoring in German Industry: Target Achievement in 1997. Vortrag im Rahmen der „International Conference on Emissions Monitoring (CEM99)“, 6.–8. September 1999, University of Warwick, Birmingham.

Buttermann, H.G., CO₂-Monitoring 1998: Stand der Umsetzung in der Kalkindustrie, Vortrag im Rahmen der Sitzung des Ausschusses „Arbeitsgestaltung und Organisation“ des Bundesverbandes der deutschen Kalkindustrie am 18./19. März 1999 in Diez.

Buttermann, H.G., Konzeption der Selbstverpflichtungserklärung und Stand des CO₂-Monitoring in der deutschen Industrie. Vortrag im Rahmen der Sitzung des „Ausschusses für Umweltfragen“ des Deutschen Brauer-Bundes am 10. November 1999 in Nürnberg.

Oberheitmann, A., Aktuelle Ergebnisse der internationalen Klimaverhandlungen und Möglichkeiten der Treibhausgasminderungen in China. Vortrag an der Gerhard Mercator Universität-GH Duisburg am 19. Januar 1999.

Oberheitmann, A., Selbstversorgung versus Weltmarktintegration – China's langer Marsch in die WTO. Vortrag auf der Konferenz „Speisung der Milliarde(n) – China auf dem langen

Marsch zwischen ökonomischem Wachstum, Grenzen der Natur und (globaler) Ernährungssicherheit“ am 18.11.1999 in der Evangelischen Akademie Bad Boll.

1999 abgeschlossene Gutachten

Arbeit und Ökologie

Konzept für eine Energieberichterstattung

Wertschöpfungsbezogene Betrachtung des Gesamtressourceneinsatzes mit Blick auf eine Balance von ökologischen, ökonomischen und sozialen Belangen

Erstellung der Berechnungen über die Be- und Entlastungen der Branchen und Wirtschaftszweige aufgrund des Gesetzentwurfs über den Einstieg in die ökologische Steuerreform

Verkehrswirtschaftliche Energiestrategien / Abschätzung der volkswirtschaftlichen Auswirkungen

Stellungnahme zur Fortführung des Gesetzes zum Einstieg in die ökologische Steuerreform, Bundestagsdrucksache 14/1524, erstattet dem Finanzausschuss des Deutschen Bundestages zur Anhörung am 4. Oktober 1999

Noch nicht abgeschlossene Gutachten

Regionalwirtschaftliche Bedeutung der Rheinischen Braunkohle

Verknüpfung von Umweltindikatoren und Modellen

Analyse und Bewertung der strukturellen Auswirkung der Reform des Energiewirtschaftsrechts auf die Versorgung mit Elektrizität und Gas

Energiewirtschaftliche Voraussetzungen und energiepolitische Handlungsmöglichkeiten für eine zukunftsfähige Energieentwicklung in Deutschland

Verifikation der Selbstverpflichtungserklärung der deutschen Wirtschaft zur Klimavorsorge (CO₂-Monitoring)

Sektorielle Beschäftigungseffekte beim verstärkten Einsatz ressourcenschonender Energietechnologie in der BRD

Kooperationen

Centre for Energy, Petroleum and Mineral Law and Policy (CEPMLP)

Handwerk und Mittelstand

Die Forschungsarbeit ist drei Forschungsschwerpunkten zuzuordnen: Handwerksforschung, Rolle der KMU in der Branchenevolution im Informationszeitalter sowie Gründungs- und Entrepreneurshipforschung.

Handwerksforschung

Die Forschungsgruppe untersucht die Rolle nachfrage- und angebotsseitiger Einflüsse auf den Strukturwandel des Handwerks. Konkret wird die jeweilige Bedeutung der Konsum-, der Unternehmens- und der öffentlichen Nachfrage nach Wa-

ren und Leistungen für das Handwerk analysiert, angebotsseitig etwa die Auswirkungen der Neuformierung handwerksrelevanter Märkte (z.B. durch das Facility Management), die Verbreitung des Vertragsunternehmertums in der Bauwirtschaft oder die Filialisierungstendenzen im Handels- und Reparaturhandwerk. Da die amtliche Statistik nicht mehr wie in der Vergangenheit vierteljährliche Daten zu Umsatz und Beschäftigung anbietet, die an die vorausgegangene Totalerhebung (Handwerkszählung 1995) anknüpfen, ist die Forschungsgruppe auf eine eigene Sicherstellung der Datenbasis für die Handwerksforschung angewiesen. Dabei ergänzt eine Hochrechnung entsprechender Länderergebnisse die Indexzahlen des Statistischen Bundesamtes. Die unzureichende Datenlage zwingt zugleich zu einem verstärkten Rückgriff auf Referenzstatistiken; des weiteren müssen bei der Untersuchung spezieller Fragen vermehrt Unternehmensumfragen und Erhebungen der Handwerkskammern aufgegriffen werden.

Das (noch laufende) Projekt über die Auswirkungen der Tertiarisierung auf die Handwerkswirtschaft hat sowohl sektorale Effekte und Perspektiven der Dienstleistungshandwerke zum Gegenstand als auch Rückwirkungen daraus auf die Wertschöpfung und das Leistungsspektrum der produzierenden Handwerke. Das Handwerk hat bislang nur wenig von der sektoralen Differenzierung der Dienstleistungswirtschaft profitiert, ist aber in allen Bereichen stark von der Bedeutungszunahme der Dienstleistungskomponenten in der Produktion betroffen. Die neuen Informationstechnologien, hier insbesondere der elektronische Handel, stehen im Begriff, die Marktstrukturen in den Handels- und Reparaturhandwerken grundlegend zu verändern. Die Bauwirtschaft ist stark vom Vordringen produktstufenübergreifender Anbieter (Facility Management) und eines elektronisch gestützten Vertragsunternehmertums betroffen. Zugleich resultieren Wandlungen der betrieblichen Strukturen des Handwerks daraus, dass Unternehmen ihre klassische Leistungsdomäne überschreiten und „handwerksaffine“ Dienstleistungen in ihr Angebot aufnehmen (z.B. gastronomische Angebote im Nahrungsmittelhandwerk, Car Sharing im Kfz-Gewerbe).

1999 wurde eine Untersuchung über den „Großen Befähigungsnachweis im deutschen Handwerk“ abgeschlossen; sie setzt sich mit Für und Wider des in der Handwerksordnung festgeschriebenen „Meisterzwangs“ auseinander und kommt zu dem Ergebnis, dass die Vorteile überwiegen. Der Große Befähigungsnachweis schafft eine wirkungsvolle Orientierungshilfe für die Nachfrage nach nichtstandardisierten Gütern. Gegenüber alternativen Instrumenten wie einer Produkt- und Dienstleistungshaftung, der Verlängerung von Gewährleistungsfristen oder detaillierten Produktvorschriften und -normen dürfte er die geringeren Kosten verursachen. Auch ist nicht davon auszugehen, dass durch ihn der Wettbewerb auf den vom Handwerk bedienten Märkten unterdrückt wird. Die meisten Handwerksbetriebe stehen über den Handel oder die Werkskundendienste der Industrie im Wettbewerb mit Handwerksfremden. Aus der Sicht der neueren Nachhaltigkeitsforschung ist der Beitrag des Handwerks zur Bildung eines „Unternehmer-Humankapitals“ und damit zur Existenz und Stärkung des wirtschaftlichen Mittelstandes besonders hervorzuheben.

Ein mit Unterstützung des Westdeutschen Handwerkskammertags durchgeführtes Projekt beschäftigt sich mit der ökonomischen Bedeutung arbeitender Partnerinnen (sog. Unternehmerfrauen) im Handwerk und möglichen Ansatzpunkten für die Frauenförderung. Empirische Grundlage bildete eine 1997 von der Infas Sozialforschung GmbH, Bonn, durchgeführte Befragung von erwerbstätigen Frauen im nordrhein-westfälischen Handwerk. Ziel des Projekts war es, die Gruppe der arbeitenden Partnerinnen im nordrhein-westfälischen Handwerk zu quantifizieren sowie sektorale und regionale Besonderheiten aufzuzeigen, Anhaltspunkte für typische sozio-ökonomische Merkmale arbeitender Partnerinnen zu geben, um schließlich zu einem Urteil darüber zu gelangen, welche Bedeutung sie für den Erhalt und die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit von Handwerksunternehmen besitzen. Vor diesem Hintergrund wurden Ansatzpunkte für eine wirtschaftsnahe Frauenförderung im nordrhein-westfälischen Handwerk aufgezeigt.

Rolle der KMU in der Branchenevolution

Informationstechnische Revolution, Globalisierung und Deregulierung verändern das Umfeld der Branchen nachhaltig; sie führen zur Entstehung neuer und zum Wandel bestehender Branchen. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, welche Rolle KMU in der „vernetzten Ökonomie“ des Informationszeitalters spielen. Eine zunehmend einflussreiche Forschungsrichtung betont hier vor allem die Chancen für die KMU, welche die Auflösung herkömmlicher hierarchischer Unternehmensstrukturen in den Großunternehmen und Netzwerkbildungen (*industrial districts*, virtuelle Unternehmen) mit sich bringen. Eine andere Richtung verweist auf Faktoren, welche eher zugunsten einer Stärkung großer Unternehmen sprechen – insbesondere die unverändert große Bedeutung von Skaleneffekten in Produktion, Beschaffung und Vermarktung sowie die Fusionswelle auf den sich globalisierenden Märkten. Mit der Rolle der KMU bei Entstehung, Wachstum, Reorganisation, Auflösung und Revitalisierung von Branchen beschäftigt sich ein neuer Schwerpunkt der Forschungsgruppe, in dessen Rahmen der Einfluss neuer Produktionskonzepte auf die mittelständische Wirtschaft, die Implikationen der organisatorischen Restrukturierung der großen Unternehmen für die KMU, die Rolle von Unternehmensnetzwerken und die Auswirkungen der Internationalisierung auf die mittelständische Wirtschaft untersucht werden. Dazu werden sowohl konzeptionelle und methodische Arbeiten zur Rolle der KMU in der Branchenevolution als auch empirische Studien zu Einzelthemen durchgeführt.

Ogleich Unternehmensnetzwerke nach verbreiteter Auffassung und zahlreichen Indizien eine – insbesondere informationstechnisch bedingt – zunehmende Rolle in der Wirtschaft spielen, bestehen in der empirischen Forschung über Netzwerke noch erhebliche Lücken. Im Rahmen des laufenden Projekts „Unternehmensnetzwerke in der mittelständischen Wirtschaft“ geht es um eine Bestandsaufnahme der konzeptionellen und methodischen Ansätze, die zu mittelständischen Unternehmensnetzwerken und dort zur Einbettung von KMU in oftmals großbetrieblich dominierte Netzwerke vorliegen. Auf dieser Grundlage wird ein eigener methodischer Ansatz dazu entwickelt und empirisch erprobt.

Eine Netzwerkperspektive liegt auch der laufenden Untersuchung „Chirurgiemechaniker im Tuttlinger Raum: Analyse einer regional konzentrierten Branche“ zu-

grunde. Das Handwerk ist mit mehreren Berufszweigen (Augenoptiker, Zahntechniker, Bandagisten, Orthopädienschuhmacher) als Anbieter auf dem Markt für Gesundheitsgüter vertreten. In diesem nach wie vor wachsenden Segment der Medizintechnik betätigen sich auch die Chirurgiemechaniker. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die Frage, wie sich dieses Handwerk in dem von starkem Wettbewerb geprägten Markt der Medizintechnik behaupten konnte. Von besonderem Interesse ist hierbei, dass die entsprechenden Unternehmen überwiegend im Süden Baden-Württembergs, im Raum Tuttlingen, ansässig sind. Diese räumliche Konzentration erinnert an die italienischen „*industrial districts*“ und ähnliche Ballungen in anderen Industrieländern. Das „Erfolgsgeheimnis“ der baden-württembergischen Chirurgiemechaniker, die innovations- und raumökonomischen Dimensionen sind Gegenstand der weiteren Arbeiten.

Ein Dissertationsprojekt im Bereich der Branchenevolution betrachtet „Regionale kollektive Lernprozesse als Basis für Innovationen in der Biotechnologie“. Mit diesem Konzept der Lernprozesse wird erklärt, wie es durch eine intensive Verflechtung sowie einen gemeinsamen kulturellen und institutionellen Hintergrund der Akteure einer Region zur Herausbildung einer „gemeinsamen Sprache“ sowie eines gemeinsamen Grundverständnisses in Bezug auf technische und organisatorische Probleme kommen kann. Kollektive Lernprozesse wurden bisher vor allem im Zusammenhang mit der regionalen Clusterung von KMU der gleichen oder verwandter Branchen diskutiert. Die Biotechnologie macht allerdings deutlich, dass eine alleinige Betrachtung intraregionaler Verflechtungen zwischen KMU nicht ausreicht, um die Genese radikaler Neuerungen zu erklären. Weltweit operierende Großunternehmen der Pharma- und Chemieindustrie investieren stark in biotechnologische FuE und haben eine wichtige Stellung im Innovationsprozess erlangt. Vor diesem Hintergrund wird untersucht, in welcher Form regionale kollektive Lernprozesse operationalisiert werden können und welche Bedeutung ihnen in den deutschen Biotechnologieregionen zukommt.

Internationale Bezüge treten mit der Europäischen Integration, der Osterweiterung der EU und der Globalisierung der Märkte zwangsläufig stärker in den Vordergrund der KMU-Forschung. Für die Transformationsländer ist dabei auch der Beitrag von Bedeutung, den KMU bei der regionalen Umstrukturierung leisten. Das Anfang 2000 abgeschlossene Projekt „The Contribution of Small Businesses to Regional Economic Development in Ukraine, Moldova and Belarus“ das in Zusammenarbeit mit dem *Centre for Enterprise and Economic Development Research* (CEEDR, Projektkoordination Prof. *David Smallbone*) an der *Middlesex University* in London sowie KMU-Forschern der jeweiligen Länder ausgeführt und von der EU im Rahmen des Intas-Programms finanziert wurde, geht diesen Fragen nach. Die Ergebnisse zeigen – teilweise erhebliche – Unterschiede im Wachstums- und Beschäftigungsbeitrag von KMU zwischen zentralen und peripheren Regionen: So ist beispielsweise der Innovationsgrad weissrussischer Unternehmen in der Peripherie deutlich niedriger als in Zentren, in der Ukraine und Weissrussland finden sich in der Peripherie weniger exportorientierte KMU.

Ein wichtiger Beitrag von KMU in der Transformation ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Absorption freigesetzter Arbeitnehmer aus den restrukturierten

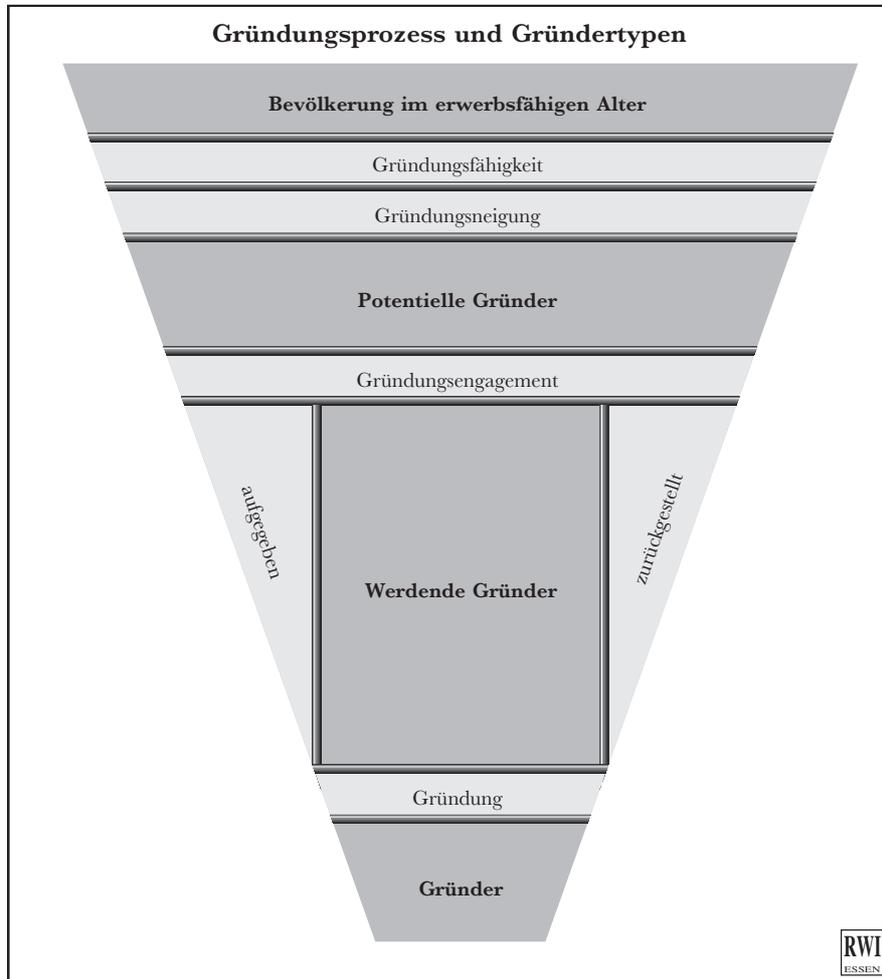
– ehemals staatlichen – Unternehmen. Das unzureichende Sozialsystem in diesen Ländern gibt diesem Punkt eine weitere Dimension. In diesem Zusammenhang befasst sich das im November 1998 begonnene Projekt „Employment, SMEs and the Labour Markets in Russia and Moldova“, das ebenfalls von der EU im Rahmen ihres Intas-Programms gefördert wird, mit KMU und Fragen der Beschäftigung wie des Arbeitsmarktes in Russland und Moldawien. Das Projekt wird vom RWI koordiniert und in Zusammenarbeit mit dem CEEDR sowie KMU-Forschern in Russland (*Dr. Tschepurenko*) und Moldawien (*Dr. Elena Aculai*) durchgeführt. Ziele sind die Analyse des Beschäftigungsbeitrages und der -strukturen in den KMU beider Länder sowie ihrer Probleme und des relevanten Umfeldes zur Ausarbeitung von Politikempfehlungen.

Gemeinsam mit der Forschungsgruppe „Regionalwirtschaftliche Analysen“ und der WSF Wirtschafts- und Sozialforschung wurde der Einsatz von Strukturfondsmitteln (EFRE und ESF) der EU in der „Gemeinschaftsinitiative zur Anpassung der kleinen und mittleren Unternehmen an den Binnenmarkt (GI KMU)“ in den ostdeutschen Ländern untersucht. Gegenstand war eine Zwischenbewertung der Förderstrategie, der Umsetzung der Planungen und der Wirksamkeit der Maßnahmen zum 31. Dezember 1998. Die Evaluation basierte auf mündlichen und telefonischen Expertenbefragungen in den ostdeutschen Ländern, einem standardisierten Expertenrating sowie einer Unternehmensbefragung. Die Befunde fallen im ganzen positiv aus: Durch die GI KMU wurde ein erheblicher Teil der angesprochenen Unternehmen erreicht. Die Ergebnisse der Befragungen sprechen dafür, dass die Fördermaßnahmen die Anpassung der ostdeutschen KMU an den Binnenmarkt wirksam unterstützt haben. Defizite bei der Umsetzung lagen insbesondere auf organisatorischem Gebiet; das Monitoring- und Begleitsystem des Programms wies einige Schwachstellen auf. So werden Informationen zur Programmdurchführung nicht im wünschenswerten Maße an jeweils zentraler Stelle gesammelt.

Gründungs- und Entrepreneurshipforschung

Zwischen Gründungswilligen und werdenden sowie tatsächlichen Gründern klafft in Deutschland offensichtlich eine Lücke, die sich trotz aller Anstrengungen der Politik – nicht zuletzt mit Blick auf den Arbeitsmarkt –, Unternehmensgründungen zu stimulieren, eher zu verbreitern denn zu verengen scheint. Ein zentraler Aspekt liegt somit in der Aktivierung der Potenziale sowohl bei innovativen Gründungen als auch im Geschehen insgesamt – ein Aspekt, dem aber mangels Information bislang in Politik wie Wissenschaft nicht systematisch nachgegangen wurde. Aus Sicht der Gründungsforschung wie auch der Wirtschaftspolitik besteht eine Reihe ungeklärter Fragen, insbesondere mit Blick auf die Vorphase einer möglichen Gründung und die Möglichkeiten, das vorhandene, aber offensichtlich nicht ausgeschöpfte Potential in stärkerem Maße zu aktivieren bzw. zu reaktivieren.

Das Gründungspotential in Deutschland in seinen verschiedenen Ausprägungen sowie der Prozess vor der eigentlichen Gründung – von der Absicht bis zur Realisierung – stehen im Mittelpunkt des Projektes „The Nascent Entrepreneur - Planungs- und Entscheidungsprozesse in der Vorphase von Gründungen“, das im Rahmen des Schwerpunktprogramms „Interdisziplinäre Gründungsforschung“ der



DFG seit September 1998 läuft. Die Analyse des Gründungspotenzials erfolgt dabei auf der Basis des Sozio-Ökonomischen Panels (SOEP), des Mikrozensus sowie eigener Befragungen. In Anlehnung an die internationalen Untersuchungen des *Entrepreneurial Research Consortium* (ERC), dem das RWI als Mitglied assoziiert ist, wurden im Rahmen dieses Projekts von *Infratest Burke Sozialforschung*, München, mittels computergestützter Telefoninterviews zwei repräsentative Stichproben von insgesamt rund 4 000 Personen über 18 Jahre befragt. Stichprobe A lehnte sich an die amerikanische Version der Erfassung von „nascent entrepreneurs“ – werdende Gründer – an, während Stichprobe B eine deutschlandspezifische Auswahl darstellt, um das Gründungspotential in seinen spezifischen Facetten zu erfassen sowie an frühere Untersuchungen zur Gründungsabsicht anknüpfen zu können. Die bislang ausgewerteten Ergebnisse bestätigen einen idealtypischen „Gründungstrichter“ (Schaubild): Bekunden noch rund 17 vH derjenigen, die zur Zeit beschäftigt sind

oder innerhalb der nächsten fünf Jahre eine Beschäftigung anstreben, einen Gründungswunsch (potenzielle Gründer), können nur 2,8 vH als werdende Gründer im engeren Sinn – noch mit der Vorbereitung der Gründung beschäftigt – identifiziert werden. 1 vH hat die Gründung zurückgestellt, weitere 4,8 vH wurden als „aufgegebene“ Gründer (zwar Gründungswunsch, aber noch nie an Verwirklichung gearbeitet oder innerhalb der vergangenen 12 Monate keine Vorbereitung unternommen) identifiziert. Abläufe und Ursachen dieser Prozesse werden in dem Forschungsprojekt detailliert untersucht.

Mit dem Phänomen der „Kleinstgründungen“ beschäftigte sich eine Arbeit für die *International Labour Organisation (ILO)* im Rahmen des Aktionsprogrammes „Enterprise creation by the unemployed – Micro finance in industrialized countries“. Untersucht wurden auf Basis einer Literaturliteraturauswertung, einer Sekundäranalyse eigener Daten und von Fallstudien für Deutschland Überleben und Erfolg von Gründungen aus der Arbeitslosigkeit, der Einfluss spezieller Förderungen sowie die Qualität der Gründungen. Überleben und Erfolg hängen danach von wirtschaftlichen wie auch individuellen Faktoren ab, wobei die statistische und empirische Evidenz für Deutschland keine eindeutige Schlussfolgerung hinsichtlich des Einflusses der Arbeitslosigkeit auf die Überlebenschancen der Gründungen zulässt. Finanzielle Förderung scheint, soweit Aussagen aufgrund der begrenzten Fallzahlen möglich sind, die Überlebenschancen von Kleinstgründungen zumindest zu verbessern. Mit Blick auf ihre Qualität ist festzuhalten, dass eine kleine Unternehmensgröße nicht immer auch gute Qualität bedeutet – vor allem hinsichtlich der objektiven Arbeitsbedingungen –, dass „klein“ auf der anderen Seite aber auch nicht per se mit einer schlechteren Arbeitsqualität assoziiert werden kann. So spielen – wie die Fallstudien demonstrierten – gerade bei Alleinunternehmern und Kleinstgründern subjektive Faktoren der persönlichen Zufriedenheit eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Veröffentlichungen

Dürig, W. (1999), Grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Entwicklung effizienter Kammerorganisationen im Egerland. Evaluierung des Partnerschaftsprojektes zwischen der Industrie- und Handelskammer Oberfranken Bayreuth und der tschechischen Regionalwirtschaftskammer Egerland in Sokolov/Falkenau. Essen.

Friedrich, W., S. Gehle, B. Lageman, G. Machalowski und H. Schrupf (2000), Die Gemeinschaftsinitiative KMU in Ostdeutschland: Förderung der Anpassung kleiner und mittlerer Unternehmen an den Binnenmarkt durch die Europäische Union. Untersuchungen des RWI 33. RWI, Essen.

Klemmer, P. und H. Schrupf (1999), Der Große Befähigungsnachweis im deutschen Handwerk. Relikt einer überkommenen Ständegesellschaft oder modernes Instrument der Wirtschaftspolitik? Schriften und Materialien zu Handwerk und Mittelstand 1. RWI, Essen.

Rudolph, A. (2000), Wirtschaftsfaktor Mitarbeitende Partnerinnen – Neuere Erkenntnisse zur Erwerbstätigkeit von mitarbeitenden Partnerinnen im Handwerk. Schriften und Materialien zu Handwerk und Mittelstand 3. RWI, Essen.

Smallbone, D., F. Welter, A. Chepurensko and E. Aculai (1999), Employment, SMEs and Labour Market. Schriften und Materialien zu Handwerk und Mittelstand 2. RWI, Essen.

Smallbone, D., F. Welter, N. Isakova, Yu. Klochko, A. Slonimski und E. Aculai (1999), Businessul mic in Moldova. Starea, Evolutia, Problemele Si Necesitatile de Sustine (in Russisch und Rumänisch: *Kleine Unternehmen in Moldawien: Bewertung der Situation, Entwicklung, Problem und Bedarf an Unterstützung.*) Kishinev.

Welter, F. (1999), *Germany: Business Survival Factors: What ensures success of self-employment by the unemployed and low-income groups?* A contribution to the ILO Action Programme: Enterprise Creation by the Unemployed – Microfinance in Industrialized Countries. RWI, Essen.

Welter, F. (1999), *Self-Employment: The quality of work in micro enterprises in Germany.* A contribution to the ILO Action Programme: Enterprise Creation by the Unemployed – Microfinance in Industrialized Countries. RWI, Essen.

Welter, F. (1999), *Would-be entrepreneurs in Germany.* RWI, Essen.

Zdrowomyslaw, N. und W. Dürig (1999), *Managementwissen für kleine und mittlere Betriebe.* Unternehmensführung im Handwerk. München und Wien: Oldenbourg.

Klemmer, P. und F. Hinterberger (Hrsg.) (1999), *Ökoeffiziente Dienstleistungen.* Dokumentation einer Workshopreihe zur Intensivierung der Branchenkommunikation. Wuppertal Texte. Berlin et al.: Birkhäuser.

Dürig, W. (1999), Die wirtschaftliche Entwicklung des Handwerks in Nordrhein-Westfalen 1998 im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. In Westdeutscher Handwerkskammertag (Hrsg.), *Das Handwerk in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der Handwerksstatistik 1998/99.* WHKT, Düsseldorf, 1–28.

Dürig, W. (1999), Handwerksstandort NRW – eine vergleichende und bewertende Analyse. In Westdeutscher Handwerkskammertag (Hrsg.), *Das Handwerk in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der Handwerksstatistik 1998/99.* WHKT, Düsseldorf, 29–69.

Dürig, W. (1999), Einordnung und Zielsetzung des BMBF-Projektes „Dienstleistung 2000“. In P. Klemmer und F. Hinterberger (Hrsg.), *Ökoeffiziente Dienstleistungen.* Dokumentation einer Workshopreihe zur Intensivierung der Branchenkommunikation. Wuppertal Texte. Berlin et al.: Birkhäuser, 131–134.

Lageman, B. (1999), Mittelstandspolitik und Unternehmensgründungen in Deutschland. In P.J.J. Welfens und C. Graack (Hrsg.), *Technologieorientierte Unternehmensgründungen und Mittelstandspolitik in Europa. Probleme – Risikokapitalfinanzierung – Internationale Erfahrungen.* Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge 172. Heidelberg: Physica, 95–128.

Lageman, B. (1999), Schwarzarbeit im Handwerk: Erscheinungsformen – Dimensionen – Ursachen. In S. Lamnek und J. Luedtke (Hrsg.), *Der Sozialstaat zwischen „Markt“ und „Hedonimus“?* Otto-von-Freising-Tagungen der Katholischen Universität Eichstätt. Opladen: Leske + Budrich, 319–336.

Lageman, B. und F. Welter (1999), Eine „neue Kultur“ der Selbständigkeit? – Zur Diskussion einer wirtschaftspolitischen Idee. In D. Bögenhold (Hrsg.), *Unternehmensgründung und Dezentralität.* Renaissance der beruflichen Selbständigkeit in Europa? Opladen und Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 111–126.

Smallbone, D. and F. Welter (1999), The distinctiveness of entrepreneurship in transition economies. In Middlesex University Business School (ed.), *Conference Proceedings, RENT XIII Workshop November 25-26th 1999.* Middlesex University Business School, London.

Welter, F. (1999), Kleine und mittlere Unternehmen in Osteuropa: Bilanz der ersten Transformationsjahre. In D. Bögenhold (Hrsg.), *Unternehmensgründung und Dezentralität.* Renaissance

der beruflichen Selbständigkeit in Europa? Opladen und Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 221–238.

Welter, F. (1999), Wege in die Selbständigkeit – Anmerkungen zu Gründungsfähigkeit, Gründungsneigung und Gründungsengagement. *BISS-Public* 9 (27): 169–183.

Ausgewählte Vorträge

Bergmann, H., Regionale kollektive Lernprozesse als Basis für Innovationen in der Biotechnologie? Vortrag im Doktorandenkolloquium von Prof. Dr. Rolf Sternberg am Wirtschafts- und Sozialgeographischen Institut der Universität zu Köln am 28. Oktober 1999.

Bergmann, H., Regionale kollektive Lernprozesse als Basis für Innovationen in der Biotechnologie? Vortrag zur Vorstellung des Dissertationskonzeptes im Arbeitskreis Industriegeographie am 12. und 13. November 1999 in Reinhausen bei Göttingen.

Bergmann, H., Erste Ergebnisse aus dem DFG-Projekt „The Nascent Entrepreneur“. Vortrag auf dem Berichtskolloquium des Schwerpunktprogramms „Interdisziplinäre Gründungsforschung“ am 22./23. Oktober 1999 in Freiberg (Sachsen).

Dürig, W., Wirtschaftliche Lage des Fleischerhandwerks in Nordrhein-Westfalen. Vortrag beim Fleischerinnungsverband Nordrhein-Westfalen am 6. August 1999 in Düsseldorf.

Dürig, W., Die konjunkturelle Entwicklung des nordrhein-westfälischen Handwerks. Vortrag vor dem WHKT-Arbeitskreis „Wirtschaftsbeobachtung und Statistik“ am 25. August 1999 in Essen.

Dürig, W., Probleme und Perspektiven der nordrhein-westfälischen Handwerkswirtschaft. Vortrag in der Handwerkskammer Aachen am 20. Januar 1999.

Klemmer, P., Einführungsstatement bei der Präsentation der Studie „Großer Befähigungsnachweis“ in einer Pressekonferenz des ZDH am 4. Mai 1999 in Bonn.

Lageman, B., Schwarzarbeit im Handwerk. Vortrag auf der Tagung „Der Sozialstaat – zwischen Markt und Hedonismus?“ an der Katholischen Universität Eichstätt am 24./25. Februar 1999.

Lageman, B., KMU und Mittelstandspolitik in Deutschland. Vortrag im Rahmen der Abschlusskonferenz zum Forschungsprojekt „Strukturpolitik in der Ukraine“ an der Universität Kiew vom 26. bis 30. Mai 1999.

Lageman, B., Die Handwerksdatenbank des RWI. Referat vor dem WHKT-Arbeitskreis „Wirtschaftsbeobachtung und Statistik“ am 25. August 1999 in Essen.

Lageman, B., Zwischenbewertung der Gemeinschaftsinitiative kleine und mittlere Unternehmen in den neuen Bundesländern und Berlin zum 31. Dezember 1998. Vortrag vor dem Bund-Länder-Ausschuss EFRE am 26. Oktober 1999 in Freiberg (Sachsen).

Lageman, B., Kleine und mittlere Unternehmen im Globalisierungsprozess: Herausforderungen, Reaktionen, Potentiale. Vortrag bei der Arbeitstagung „Kleine und mittlere Unternehmen im Globalisierungsprozess“ der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) am 29. September 1999 in Hannover.

Lageman, B., „Sozialkapital“ als Kategorie kulturorientierter Transformationsforschung. Vortrag auf der Konferenz „Kultur als Bestimmungsfaktor der Transformation in Osteuropa: Konzeptionelle Entwicklungen – empirische Befunde“ der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen am 7./8. Dezember 1999 in Bremen.

Rudolph, A., Anmerkungen zu methodischen Aspekten in der RWI-Handwerksberichterstattung. Vortrag auf der Tagung des WHKT-Arbeitskreises „Wirtschaftsbeobachtung und Statistik“ am 25. August 1999 in Essen.

Rudolph, A., Wirtschaftsfaktor mitarbeitende Partnerinnen im Handwerk. Vortrag auf der Sitzung des Projektbeirats „Förderung neuer Berufsfelder für Frauen, insbesondere im Handwerk“ des WHKT am 1. Oktober 1999 in Düsseldorf .

Smallbone, D. and F. Welter, The distinctiveness of entrepreneurship in transition economies. Presentation at the RENT XIII Workshop, November 25-26th 1999, London (referiertes Auswahlverfahren der Beiträge; auf der Auswahlliste für den „Best-Paper Award“).

Smallbone, D. und F. Welter, The Role of Government in SME Development in Transition Countries. Vortrag auf der 44th World Conference of the International Council for Small Business, 20-23 June 1999, Naples (referiertes Auswahlverfahren der Beiträge).

Smallbone, D., und F. Welter mit N. Isakova, Yu. Klochko, Support for small enterprises in the Ukraine: Some implications for policy at the national and regional levels. Paper to the 44th World Conference of the International Council for Small Business, 20-23 June 1999, Naples (referiertes Auswahlverfahren der Beiträge).

Welter, F., External Support for SMEs in the Ukraine, Belarus and Moldova. Vortrag auf dem Intas-Workshop „The Contribution of Small Business to Regional Economic Development in the Ukraine, Belarus and Moldova.“, am 18. Dezember 1999 in Kiew, Ukraine.

Welter, F., Germany: SMEs and structural change. Vortrag auf der „Third International Conference on Competitiveness“ am 13. Mai 1999 in Dublin.

Welter, F., Leitung einer Sitzung „SMEs in transition economies“ auf dem RENT XIII Workshop, November 25-26th 1999, London.

Welter, F., SMEs in Germany – Structural changes and SME support. Kurzvortrag auf dem Workshop „Co-operate to compete“ des Commonwealth Partnership for Technology Management (CPTM) am 18. Mai 1999 in London.

Welter, F., Wege in die Selbständigkeit – Anmerkungen zu Gründungsfähigkeit, Gründungsneigung und Gründungsengagement. Vortrag auf dem Forschungskolloquium „Institution und Lebenswelt oder ökonomische Rationalität?“ des Brandenburg-Berliner Instituts für sozialwissenschaftliche Forschung (BISS) und Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) am 16./17. April 1999 in Berlin.

Welter, F., Would-be entrepreneurs in Germany. Presentation to the workshop on „Self-Employment in Advanced Economies“, Mannheim Centre for European Social Research, University of Mannheim, 2nd/3rd July 1999.

1999 abgeschlossene Gutachten

Zwischenbewertung des Einsatzes der Strukturfondsmittel der Europäischen Union in den neuen Bundesländern und Berlin im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative zur Anpassung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) an den Binnenmarkt zum Stand 31. Dezember 1998

Ökoeffiziente Dienstleistungen als strategischer Wettbewerbsfaktor zur Entwicklung einer nachhaltigen Wirtschaft (Prioritäre Erstmaßnahme – PEM 4). Phase II: Branchenkommunikation

Germany: Business Survival Factors: What ensures success of self-employment by the unemployed and low-income groups? A contribution to the ILO Action Programme: Enterprise Creation by the Unemployed – Microfinance in Industrialized Countries

Self-Employment: The quality of work in micro enterprises in Germany. A contribution to the ILO Action Programme: Enterprise Creation by the Unemployed – Microfinance in Industrialized Countries

German Case studies. Contribution to a project on young entrepreneurs, women entrepreneurs, co-entrepreneurs and entrepreneurs from ethnic minorities, carried out by CEEDR and commissioned by EU

The Contribution of Small Businesses to Regional Economic Development in Ukraine, Moldova and Belarus (in collab. with CEEDR)

Frauen als mitarbeitende Partnerinnen

Noch nicht abgeschlossene Gutachten/Projekte

The Nascent Entrepreneur – Planungs- und Entscheidungsprozesse in der Vorphase von Gründungen (DFG)

Existenzgründungen von Frauen und Gründungsförderung im internationalen Vergleich

Employment, SMEs and the Labour Markets in Russia and Moldova

Strategie und Milieu – Struktur und Genese der Handlungsmuster gewerblicher Klein- und Mittelunternehmer in Industrie-, Transformations- und Entwicklungsgesellschaften

Auswirkungen der Tertiarisierung auf die Handwerkswirtschaft

Unternehmensnetzwerke in der mittelständischen Wirtschaft

Regionale kollektive Lernprozesse als Basis für Innovationen in der Biotechnologie?

Chirurgiemechaniker im Tuttlinger Raum: Analyse einer regional konzentrierten Branche

The impact of the enlargement on small and medium – sized enterprises in the European Union

Mitarbeit in wissenschaftlichen Beiräten und Gremien

Dürig, W., Mitglied des Projektbeirates der Hans-Böckler-Stiftung „Neue Arbeitsplätze – aber wie? Ansatzpunkte beschäftigungs- und umweltorientierter Kleinbetriebsförderung: Ein Thema auch für die Arbeitnehmervertretungen“

Lageman, B., Mitglied des „Entrepreneurial Research Consortium“

Lageman, B., Mitglied des „Roundtable Mittelstand“

Lageman, B. Mitglied des Arbeitskreises „Handwerk und Wissenschaft“ des Nordrhein-Westfälischen Handwerkskammertages

Welter, F., Mitglied des „Entrepreneurial Research Consortium“

Kooperationspartner

Prof. D. Smallbone, Centre for Enterprise and Economic Development Research (CEEDR) an der Middlesex University Business School in Hendon, London

Beteiligung an der Hochschullehre

F. Welter, KMU in Transformationsländern, Lehrauftrag an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Lüneburg für das Wintersemester 1999/2000

Forschungsaufenthalte an ausländischen Hochschulen/Forschungseinrichtungen

F. Welter, am Centre for Enterprise and Economic Development Research (CEEDR) an der Middlesex University Business School in Hendon, London vom 9. bis 19. Mai 1999

Praktikanten

Sergey Tiagnybedin, Universität Münster

Öffentliche Finanzen und Steuern

Konjunkturelle Implikationen der Finanzpolitik

Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen in Deutschland wird von der Forschungsgruppe im Rahmen der Konjunkturberichterstattung des Instituts halbjährlich analysiert und prognostiziert; darüber hinaus werden im Frühjahr und im Herbst finanzwirtschaftliche Prognosen als Vorbereitung auf die „Gemeinschaftsdiagnose“ erarbeitet. Hierzu werden umfangreiche Datenbanken gepflegt, die unter Hinzuziehung amtlicher und anderer Quellen ständig zu aktualisieren sind. Mit Hilfe des RWI-Konjunkturmodells werden Politiksimulationen durchgeführt; so wurden im Zuge der laufenden Arbeiten die makroökonomischen Wirkungen des Sparpakets, der „Steuerreform 2000“ und der ökologischen Steuerreform analysiert.

Die Grundausrichtung der Finanzpolitik ist inzwischen auf einen Wachstum und Beschäftigung fördernden Kurs eingeschwenkt. Es erscheint zwar angezeigt, den durch die Rückführung der Staatsquote gewonnenen Handlungsspielraum nicht mehr ausschließlich zur Verringerung des Budgetdefizits zu verwenden und den Kurs – wie von der Bundesregierung geplant – mit Steuersenkungen „offensiver“ auszurichten. Aus konjunktur- und wachstumspolitischer Sicht wäre auch eine stärkere Steigerung der staatlichen Investitionsausgaben zu befürworten, wie sie auch von der EU-Kommission vorgeschlagen wird, zumal diese in den vergangenen Jahren trotz der zunehmenden Alterung der Infrastruktur und trotz des z.B. im Verkehrswesen und im Bildungs- und Forschungsbereich bestehenden Investitionsbedarfs erheblich gekürzt wurden.

Globalisierung und Steuereinnahmen

Die Arbeiten zu diesem Schwerpunkt des längerfristigen Forschungsplans konzentrierten sich auf die Untersuchung der Hypothese abnehmender Besteuerung mobiler Faktoren und zunehmender von immobilien; entsprechende Hinweise ergaben sich insbesondere aus dem in den letzten Jahren in Deutschland gesunkenen Anteil der Gewinnsteuern am Steueraufkommen zu Lasten vor allem der Lohnsteuer und der Steuern vom Umsatz.

Fragen der steuerpolitischen Handlungsspielräume in offenen Volkswirtschaften stoßen insbesondere im Rahmen der Globalisierungs- und Standortdebatte auf erhebliches Interesse in Politik und Wissenschaft. Allerdings ist die empirische Basis der Debatte eher schmal; für den tatsächlichen Einfluss der Globalisierung auf das Steueraufkommen gibt es – vielleicht überraschend – bislang nur wenige und eher grobe quantitative Belege.

Zur Analyse dieses Zusammenhangs wurden von der Forschungsgruppe ökonomische Steuerschätzgleichungen entwickelt; dabei wurde das – im wesentlichen immobile Faktoren belastende – Aufkommen aus der Lohn-, Umsatz- und aus Gewerbesteuern vom Aufkommen der von mobilen Steuerquellen erhobenen Einkommen- und Körperschaftsteuer unterschieden und in Abhängigkeit von der jeweiligen Steuerbasis geschätzt. Um den Einfluss der Globalisierung zu quantifizieren, wurden den Ansätzen alternativ jeweils als Indikatoren dafür die Aussenhandels- oder Direktinvestitionsquote als zusätzliche erklärende Variable zugefügt.

Es konnte gezeigt werden, dass die Aussenhandels- bzw. die Direktinvestitionsquote keinen positiven bzw. keinen signifikant positiven Einfluss auf die Steuereinnahmen aus der Belastung immobilierender Faktoren, namentlich der Lohn- und Umsatzsteuer, hatte. Auch für ein niedrigeres Aufkommen aus Steuern auf internationalen mobilen Quellen im Zuge des Globalisierungsprozesses ergibt sich nach diesen Ergebnissen nur eine geringe empirische Evidenz. Für die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer lässt sich im Gegenteil sogar ein positiver Zusammenhang nachweisen. Auch die Hypothese, dass die Globalisierung vor allem ab Mitte der achtziger Jahre an Bedeutung gewonnen hat, wurde überprüft. Jedoch erbrachten weder vorwärts- und rückwärts-rekursive Schätzungen noch gleitende Zehn-Jahresfenster Anhaltspunkte für derartige Einflüsse.

Das Steueraufkommen insgesamt reagiert nach diesen Ergebnissen – trotz der zunehmenden Bedeutung indirekter und damit „immobiler“ Steuern im deutschen Steuersystem – zwar signifikant negativ, aber kaum spürbar auf die Globalisierung. Eine Erhöhung der durchschnittlichen Außenhandelsquote zwischen 1970 und 1998 um 1 vH-Punkt auf 26 vH führte zu einem Rückgang des Steueraufkommens um nur 0,4 vH, die Einnahmehausfälle einer entsprechenden Erhöhung der durchschnittlichen Direktinvestitionsquote auf 9,5 vH betragen reichlich 1 vH.

Alles in allem ergibt sich zwar keine Bestätigung der Hypothesen der ökonomischen Theorie des Steuerwettbewerbs, nach denen durch verringerte Transaktionskosten und erhöhte Mobilität von steuerlichen Bemessungsgrundlagen, wie Einkommen und Vermögen, ein Bedeutungsverlust der „mobilen“ Steuern und ein Gewinn der „immobilen“ zu erwarten ist. Ein Einfluss der Globalisierung auf das Steueraufkommen ist aufgrund der Berechnungen gleichwohl anzunehmen. Die Untersuchungsergebnisse sollten indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass der im Zeitablauf deutlich gesunkene Aufkommensanteil von Steuern aus mobilen Quellen gegenüber denen aus immobilien auch mittelbares Ergebnis der Globalisierung sein kann. Von politischer Seite wurde, erstens, die wirtschaftliche Integration mit einer Beseitigung von Mobilitätshemmnissen für alle Produktionsfaktoren vor allem innerhalb der EU vorangetrieben, und, zweitens, wurden gerade bei den Steu-

ern, deren Basis als verlagerungsanfällig gilt, besondere Erleichterungen eingeführt, z.B. im Zuge des Standortsicherungsgesetzes 1994 in bezug auf die veranlagte Einkommensteuer von Gewerbebetrieben und auf die Körperschaftsteuer. Dadurch wurde der internationale Steuersenkungswettbewerb verstärkt, der mit den Steuerreformen in Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika Ende der siebziger bzw. Anfang der achtziger Jahre in Gang gesetzt worden war.

Infrastruktur

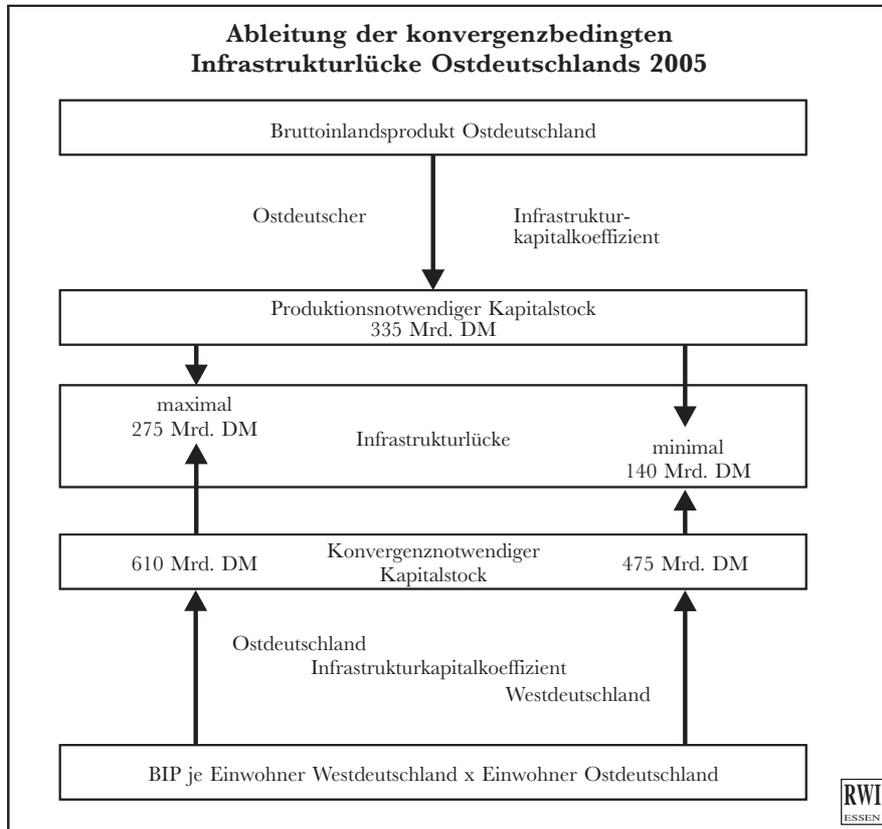
Unter dem Wettbewerbs- wie Wachstumsaspekt hat das theoretische wie empirische Interesse an der öffentlichen Infrastruktur zugenommen. Mit Blick darauf hat die Forschungsgruppe insbesondere die Rolle der Infrastruktur als Element der kapitalorientierten Förderstrategie zur Vitalisierung der ostdeutschen Wirtschaft untersucht.

Eine Analyse der Infrastrukturausstattung und ihrer Wirkungen steht vor erheblichen methodischen Problemen. Es existiert weder ein hinreichender Konsens über den Infrastrukturbegriff und seine Operationalisierung noch über die Erfassung ihrer Leistungsfähigkeit und Wirkungen. Die Analyse möglicher Produktivitäts- und Wachstumseffekte stützt sich auf produktions- sowie verhaltenstheoretische Schätzansätze (Gewinnmaximierung, Kostenminimierung) bzw. auf Regressionen und Querschnittsanalysen. Die Auswertung vorliegender Studien zeigte dabei ein insgesamt ambivalentes Bild; auch wird die wachstumspolitische Relevanz einzelner Infrastrukturkategorien (z.B. Verkehr, Bildung) unterschiedlich eingeschätzt. Als relativ gesichert kann angesehen werden, dass das Verhältnis von Infrastrukturkapital und Arbeitseinsatz kurzfristig substitutiv und das Verhältnis von öffentlichem und privatem Kapitalstock mittel- und langfristig eher komplementär ist.

Zur Erfassung des Infrastrukturkapitals als Indikator für die abgegebenen Leistungen hat sich zwar national wie international die *Perpetual-Inventory*-Methode durchgesetzt, sie wirft indes erhebliche Probleme auf (technischer Fortschritt, Sonderabgänge, Abschreibung). Dabei besagt das Niveau der Infrastrukturkapitalausstattung für sich genommen noch nichts über seine Leistungsfähigkeit, denn es kommt letztlich auf die effiziente Bereitstellung von Leistungen an.

Für die Untersuchung des infrastrukturellen Nachholbedarfs Ostdeutschlands wurde auf einen „Infrastrukturkapitalkoeffizienten“ (i.S. eines Produktionskoeffizienten) zurückgegriffen. Dabei wurde zum einen analysiert, welchen Infrastrukturkapitalstock Ostdeutschlands unter den dort gegebenen Produktionsverhältnissen benötigt, um den Potenzialpfad des wirtschaftlichen Wachstums bis 2005 realisieren zu können; zum anderen wurde die Frage nach einer konvergenzbedingten Infrastrukturlücke gestellt, die sich ergibt, wenn Ostdeutschland zum wirtschaftlichen Niveau Westdeutschlands unter ost- bzw. westdeutschen Produktionsverhältnissen aufschließen will (Schaubild).

Die dort 1991 gegenüber Westdeutschland bestehende Infrastrukturlücke (gemessen am öffentlichem Bruttoanlagevermögen je Einwohner bzw. Erwerbstätigen) von 60 vH konnte bis 1995 auf rund 40 vH verringert werden. Die derzeitige und zukünftige Investitionstätigkeit (Finanzplanungen) lassen indes befürchten, dass der



weitere Abbau der Lücke deutlich langsamer verlaufen wird. 2005 ist noch mit einer konvergenzbedingten Infrastrukturlücke (Nachholbedarf) zwischen 140 und 275 Mrd. DM zu rechnen. Probleme bestehen nach wie vor im Verkehrsbereich sowie bei Ver- und Entsorgung. Die soziale Infrastruktur – gerade auch im Gesundheits- und Bildungswesen – erscheint dagegen im Großen und Ganzen als ausreichend.

Verteilungseffekte der Staatstätigkeit

Im Rahmen verteilungspolitischer Analysen von steuergesetzlichen Änderungen konnte 1999 erstmals das Verteilungsmodul zum RWI-Konjunkturmodell eingesetzt werden, das die funktionalen Einkommensverteilung um personale Aspekte ergänzt. Das Modul, das in Richtung auf eine „rekursive“ Beziehung zum Konjunkturmodell weiterentwickelt wird, ergänzt letzteres um personelle Einkommensverteilungen nach Einkommensschichten, Erwerbsstatus und Familientypen. Am Beispiel der Öko-Steuer-Reform wurden drei verteilungspolitisch relevante Wirkungsrichtungen differenziert: die Mehrbelastung der Haushalte durch die erhöhten Steuern auf den Energieverbrauch, die Entlastung durch die Senkung von Sozialbeiträgen und die Ausweitung der Beschäftigung. Hierbei ergibt sich insge-

samt folgendes Grundmuster: untere Einkommensgruppen werden relativ stärker entlastet als Bezieher hoher Einkommen, aufgrund der erhöhten Beschäftigungschancen verzeichnen Arbeitslose im Durchschnitt den höchsten Einkommenszuwachs, und Familien werden relativ zum Einkommen etwas weniger entlastet als kinderlose Paare. Quantitativ sind die Verteilungswirkungen indessen sehr begrenzt. Bezogen auf das Jahr 2005 beträgt die durchschnittliche Erhöhung des verfügbaren Einkommens für die Gesamtheit der Haushalte 0,7 vH, wobei das unterste Fünftel eine Verbesserung um 1,4 vH verzeichnet, das oberste eine um 0,6 vH. Der Rückstand des Einkommenszuwachses der Familien gegenüber den kinderlosen Paaren kann mit 0,2 vH veranschlagt werden.

Um die relevanten Haushaltstypen auf eine umfassendere empirische Basis hinsichtlich der Verteilung der Merkmale Familienstruktur, Stellung im Beruf und Primäreinkommen zu stellen, wurde im Berichtsjahr damit begonnen, die Eignung von Haushaltsbefragungen (Mikrozensus, EVS 1993, Sozio-ökonomisches Panel) für die entsprechenden Institutsarbeiten zu überprüfen. Alle diese Erhebungen haben spezifische Stärken und Schwächen, und es ergeben sich sowohl zwischen den einzelnen Befragungen als auch im Vergleich der aus ihnen hochgerechneten Werte mit den Aggregaten der VGR zum Teil erhebliche Abweichungen. Eine eingehendere Analyse erscheint zur Verbreiterung der empirischen Basis unerlässlich.

Die 1998 fertiggestellte Untersuchung zum Abgaben-Transfer-System Luxemburgs war Ausgangspunkt eines Vergleichs mit dem deutschen System unter den Gesichtspunkten der Zielgenauigkeit und des administrativen Aufwands. So drängt sich bei einem cursorschen Überblick der Eindruck eines Kontrastes zwischen pauschalierenden Regelungen in Luxemburg und einem hohen Grad von Differenzierungen sowie komplizierten Konstruktionen in Deutschland auf. Besonders ausgeprägt ist dieser Kontrast in der Besteuerung von Sozialbeiträgen und Einkommensersatzleistungen, in der Bemessung von Studienbeihilfen sowie bei den Hilfen bei Bedürftigkeit. Die Annahme, dass die Einfachheit der luxemburgischen Regelungen durch einen Verlust an Zielgenauigkeit erkauft wird, konnte nicht bestätigt werden. Aber ebenso zeigte sich, dass eine höhere Kompliziertheit nicht zwangsläufig mit höheren administrativen Kosten verbunden ist. Es bestehen also hierzulande Möglichkeiten der Vereinfachungen ohne Minderung der Zielgenauigkeit, zumal die öffentliche Diskussion durch den Gewinn an Transparenz wesentlich erleichtert würde.

Sektorale Verflechtungen des Staates/ Gesundheitsökonomie

Die Weiterentwicklung dieses Forschungsschwerpunktes erfolgt vor dem Hintergrund der im Forschungsplan vorgesehenen Intensivierung der Analyse des Einflusses demographischer Faktoren auf die öffentlichen Haushalte.

Wandlungen im Gesundheitswesen und bei den staatlichen Ausgaben dafür sind in der Vergangenheit eine wesentliche Determinante der gesamten öffentlichen Ausgaben gewesen. So stieg der Staatsverbrauch im Gesundheitswesen zwischen 1970 im früheren Bundesgebiet und 1995 in Deutschland im Schnitt um rund ein Drittel stärker als der übrige Staatsverbrauch und vergrößerte seinen Anteil von 23 auf 33 vH. Die Analyse der Ausgaben im Gesundheitswesen knüpft an zahlreiche

neuere Arbeiten zum „*Wagnerschen Gesetz*“ über die „wachsende Ausdehnung der öffentlichen, insbesondere der Staatstätigkeit“ an, in dem die Beziehung zwischen öffentlichen Ausgaben und wirtschaftlichem Wachstum empirisch untersucht und die Frage analysiert wurde, ob sich zwischen Ausgaben und Sozialprodukt eine langfristigen „Gleichgewichtsbeziehung“ feststellen lässt. Es kann gezeigt werden, dass Gesundheitsleistungen eine hohe Einkommenselastizität aufweisen, d.h. bei steigendem Wohlstand nimmt die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen überproportional zu. Die Entwicklung der Gesundheitsausgaben steht insoweit im Einklang mit der Hypothese eines positiven Einflusses der Einkommen auf die öffentlichen Ausgaben. Der Entwicklungsstand des Gesundheitswesens ist daher auch als ein qualitativer Wohlstandsindikator anzusehen. Dieser Befund hat erhebliche Bedeutung für den Stellenwert des medizintechnischen Fortschritts für die Patienten sowie für die Bewertung aktueller Reformoptionen im Gesundheitswesen.

Pflege und Erweiterung von Datenbanken

Zu den laufend aktualisierten Datenbanken für die konjunkturelle Beobachtung und Beurteilung der öffentlichen Finanzen von Bund, Ländern und Gemeinden sowie der Sozialversicherungen treten zunehmend Pools für die Flächenländer sowie die Gemeinden und Gemeindeverbände. Sie erfassen neben den finanzwirtschaftlichen Daten auch Angaben zu den jeweiligen sozioökonomischen Rahmenbedingungen (u.a. zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, zur Siedlungsstruktur) und werden mit Hilfe der Finanzstatistik laufend ergänzt und erweitert. Neu einbezogen werden Daten zur Infrastrukturausstattung. Die Datenbanken werden u.a. für eine Analyse des infrastrukturellen Nachholbedarfs Ostdeutschlands sowie für eine begonnene Untersuchung über die Haushaltsstrukturen nordrhein-westfälischer Gemeinden genutzt.

Veröffentlichungen

Gebhardt, H. (1999), *Ökologische Steuerreform – Finanz- und gesamtwirtschaftliche Wirkungen*. Studienwerk der Bankakademie, Allgemeine Volkswirtschaftslehre. Bankakademie, Frankfurt a. M.

Heilemann, U., H.D. von Loeffelholz and S.M. Renn (2000), *Are your Taxes (too) Set in Beijing? Globalisierung und Steuereinnahmen in Deutschland*. Erscheint demnächst.

Heilemann, U. und G. Barabas (1999), Zur Finanzierung der deutschen Einigung – Eine optimal control-Analyse mit dem RWI-Konjunkturmodell. *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften* 119: 373–398.

Heilemann, U. and H.D. von Loeffelholz (1999), Challenges of Globalization for German Tax Policy. In C. Lankowski (ed.), *Responses to Globalization in Germany and the United States. Seven Sectors Compared*. AICGS Research Report 10. American Institute for Contemporary German Studies, Washington, DC, 131–146.

Heilemann, U. und H. Rappen (1999), Sieben Jahre deutsche Einheit: Rückblick und Perspektiven in fiskalischer Sicht. In Z. Bak (Hrsg.), *Wiedervereinigung Deutschlands. Muster für Korea?* Seoul: Munwon-Verlag: 163ff. (Koreanische Übersetzung des gleichnamigen Aufsatzes erschienen in der Beilage zu *Das Parlament* 40–41 (97)).

Heilemann, U. und H. Rappen (2000), „Aufbau Ost“ – Zwischenbilanz und Perspektiven. *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 45, erscheint demnächst.

Hernold, P. und H. Rappen, (1999), Gebührenfiskalismus? Zu den Bestimmungsgründen kommunaler Gebührenpolitik. *Archiv für Kommunalwissenschaften* 38: 259–279.

Loeffelholz, H.D. von (1999), Wie dem Steuer- und Sozialdumping begegnen? Staatliche Handlungsstrategien im steuer- und sozialpolitischen Wettbewerb. In: Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.), *Das Ende der Politik? Staat, Wirtschaft, Globalisierung. Der Bürger im Staat* 49 (4): 232–238.

Loeffelholz, H.D. von (1998), Steuerreform: Erfordernisse, Spielräume, Wirkungen. *RWT-Mitteilungen* 49 (3): 161–174.

Ausgewählte Vorträge

Gebhardt, H., Anhörung des Bundesministeriums der Finanzen zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Reform der Unternehmensbesteuerung und zur Senkung der Steuersätze am 28. Januar 2000 in Berlin.

Gebhardt, H., Aufgaben und Instrumente der Finanzpolitik. Vortrag an der Kölner Journalistenschule für Politik und Wirtschaft am 22. Februar 2000.

Heilemann, U., „Aufbau Ost“ – Zwischenbilanz, Ergebnisse, Perspektiven. Beitrag zur Tagung „Wächst zusammen, was zusammengehört? Zwischenbilanz des Vereinigungsprozesses 1989/1999“ der Akademie für Politische Bildung Tutzing am 6. November 1999.

Heilemann, U., S.M. Renn und H.D. von Loeffelholz, Globalisierung und Steuereinnahmen in Deutschland. Vortrag im Rahmen des Volkswirtschaftlichen Forschungsseminars an der Universität Leipzig am 25. April 2000 in Leipzig.

Heilemann, U., Die Finanzierung der deutschen Einheit. Vortrag im Rahmen der Tagung „Blühende Landschaften?“ der Akademie für politische Bildung Tutzing am 19. und 20. Mai 2000 in Tutzing.

Hernold, P., Teilnahme an der Diskussionsveranstaltung des Hessischen Rundfunks zum Thema „Strukturpolitische Auswirkungen der Globalisierung auf den Standort Nordhessen“ am 17. Juni in Baunatal.

Loeffelholz, H.D. von, Teilnahme an der Anhörung des Finanzausschusses des Deutschen Bundestags zum Entwurf eines Gesetzes zum Einstieg in die ökologische Steuerreform (Bundestags-Drucksache 14/) am 18. Januar 1999 in Bonn.

Loeffelholz, H.D. von, Möglichkeiten und Grenzen internationaler Unternehmenssteuervergleiche. Vortrag bei der Benchmarking-Gruppe „Steuervergleich“ des „Bündnisses für Arbeit“ im Bundeskanzleramt am 26. Januar 1999 in Bonn.

Loeffelholz, H.D. von, Anreizprobleme im Sozialsystem. Möglichkeiten und Grenzen einer negativen Einkommensteuer. Vortrag im Finanzwissenschaftlichen Seminar der Universität Leipzig am 27. Januar 1999.

Loeffelholz, H.D. von, Solidaritäts- und Gerechtigkeitsaspekte im deutschen Steuersystem. Vortrag bei der Arbeitertagung der Katholischen Arbeitnehmerbewegung der Diözese Essen am 30. Januar 1999 in Oberhausen.

Loeffelholz, H.D. von, Die EU als Modell. Staatliche Handlungsstrategien im steuer- und sozialpolitischen Wettbewerb. Vortrag an der Fachhochschule Nürtingen im Rahmen der Bundesfachtagung für Volkswirte an Fach- und Gesamthochschulen zum Thema „Staat und Wirtschaft im Zeichen der Globalisierung – Ordnungswettbewerb in Theorie und Praxis“ am 7. Mai 1999.

Loeffelholz, H.D. von, Unternehmenssteuerreform: Erfordernisse, Spielräume, Wirkungen. Vortrag im Rahmen der Mitgliederversammlung der Fördergesellschaft des RWI am 4. Juni 1999 in Essen.

Loeffelholz, H.D. von, Die wirtschaftliche Performance und die längerfristigen Perspektiven der US-Wirtschaft im Vergleich zu Kontinentaleuropa. Vortrag am John-F. Kennedy Institut für Nordamerikastudien, Abteilung Wirtschaft, der Freien Universität Berlin am 22. Juni 1999.

Loeffelholz, H.D. von, Teilnahme an der Anhörung des Finanzausschusses des Deutschen Bundestags zum Entwurf eines Gesetzes zur Fortführung der ökologischen Steuerreform (Bundestags-Drucksache 14/1524) am 4. Oktober 1999 in Berlin.

Loeffelholz, H.D. von, Does EMU need to Harmonize Social Security in Europe. Vortrag am American Institute for Contemporary German Studies der Johns Hopkins University, Baltimore, MD, and Washington, DC, am 6. Oktober 1999 in Washington, DC.

Loeffelholz, H.D. von, Challenges of Globalization for German Tax Policy. Vortrag im Rahmen des von der Thyssen-Stiftung finanzierten Forschungsprojekts „Regulating the Post-Westphalian World“ des American Institute for Contemporary German Studies (AICGS) der Johns Hopkins University, Baltimore, MD, and Washington, DC, bei der Jahreskonferenz der German Studies Association (GSA) am 9. Oktober 1999 in Atlanta, GA.

Loeffelholz, H.D. von, EMU and Tax and Transfer Policy of the European Nation States. Vortrag am Woltemade Center for Economics and Administration der Ohio Wesleyan University, Delaware, OH, am 12. Oktober 1999.

Loeffelholz, H.D. von, Europa im Steuer- und Sozialwettbewerb. Vortrag an der Zentralstelle für Forschungs- und Entwicklungstransfer und Wissenschaftliche Weiterbildung (FET&WW) der Universität Essen GH im Rahmen des Wirtschaftsforums „Aktuelle Probleme der Wirtschaftsstatistik“ am 9. Dezember 1999.

Loeffelholz, H.D. von, Tax and Transfer Competition in the EMU. Vortrag am European Union Center der University of Illinois at Urbana-Champaign, IL, am 19. Januar 2000.

Loeffelholz, H.D. von, Ausländische Arbeitnehmer und Arbeitsmarkt – Probleme und Perspektiven aus volkswirtschaftlicher Sicht. Vortrag bei den Hohenheimer Tagen zum Ausländerrecht 2000 in Zusammenarbeit mit dem Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart, des DGB Landesbezirkes Baden-Württemberg und des Diakonischen Werkes der Evangelischen Landeskirche in Württemberg am 29. Januar 2000 in Stuttgart.

Rappen, H., Korreferat zum Vortrag von G. Müller „Impulse der Wiedervereinigung auf die westdeutsche Wirtschaft“. Beitrag zur Tagung „Nutzen und Kosten der Vereinigung“ der Universität Rostock am 1./2. Juli 1999.

Rappen, H., Möglichkeiten einer Nachfragebelebung. Vortrag anlässlich eines Besuchs einer Delegation der State Development Planning Commission P.R.C., Peking, am 22. September 1999 in Essen.

Renn, S.M., Are your Taxes (too) Set in Beijing? – Globalisierung und Steuereinnahmen in Deutschland. Vortrag im Volkswirtschaftlichen Forschungsseminar der Gerhard-Mercator-Universität GH Duisburg am 3. Februar 1999 in Essen.

Renn, S.M., Simulationen mit ökonometrischen Modellen, 2. Teil. Vortrag bei der RWI-Summerschool „Arbeit mit ökonometrischen Modellen“ am 23. September 1999 in Essen.

1999 abgeschlossene Gutachten/Stellungnahmen

Gemeinschaftsdiagnose

Zur finanzwissenschaftlichen Beurteilung der Einwohnerwertung der Stadtstaaten im Länderfinanzausgleich. Gutachten im Auftrag der Finanzbehörde Hamburg

Stellungnahme zur Kritik des RWI-Gutachtens „Zur finanzwissenschaftlichen Beurteilung der Einwohnerwertung der Stadtstaaten im Länderfinanzausgleich“ von Professor Dr. Rolf Peffekoven, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft an der Joh. Gutenberg-Universität Mainz und von Dr. Werner Münzenmaier, Finanzministerium Baden-Württemberg. (Anlage zur Stellungnahme der Freien und Hansestadt Hamburg zur Verfassungsklage gegen den Länderfinanzausgleich der Länder Baden-Württemberg, Bayern und Hessen.)

Auswirkungen staatlich geförderter Maßnahmen zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung auf die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden

Rolle und Beitrag makroökonomischer Faktoren zum Wirtschaftsaufschwung der Vereinigten Staaten 1991–1998

Branchenbild: Feinmechanische, optische und Uhrenindustrie

Gesamtwirtschaftliche Wirkungen der Unternehmenssteuerreform.

Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zum Einstieg in die ökologische Steuerreform (Bundestagsdrucksache 14/), erstattet dem Finanzausschuss des Deutschen Bundestags zur Anhörung vom 18. Januar 1999

Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Fortführung der ökologischen Steuerreform (Bundestagsdrucksache 14/1524), erstattet dem Finanzausschuss des Deutschen Bundestags zur Anhörung vom 4. Oktober 1999

Infrastruktureller Nachholbedarf Ostdeutschlands in mittelfristiger Sicht

Noch nicht abgeschlossene Gutachten/Projekte

Gemeinschaftsdiagnose

Arbeit und Ökologie

Der Standort Deutschland im internationalen Vergleich – Zur Lage der Wettbewerbsfähigkeit

Strukturelle Voraussetzungen eine beschäftigungsfördernden Makropolitik

Mitarbeit im Arbeitskreis Steuerschätzung

Kooperationen

Zusammenarbeit mit dem American Institute for Contemporary German Studies (AICGS) der Johns Hopkins University, Baltimore, MD, and Washington, DC, USA, im Rahmen des u.a. von der Thyssen-Stiftung finanzierten Forschungsprojekts „Regulating the Post-Westphalian World“ zum Thema „Responses to Globalization in Germany and the United States: Seven Sectors Compared“

Kontaktpflege und Wissenschaftleraustausch mit der Ohio Wesleyan University, Delaware, OH, USA, unter Beteiligung an der Lehre in Form von Gast-Vorträgen und -Vorlesungen

Beteiligung an der Hochschullehre

Loeffelholz, H.D. von, Vorlesung „Aktuelle Probleme der Finanz- und Sozialpolitik“ im Rahmen des Graduiertenkollegs „Allokationstheorie, Wirtschaftspolitik und kollektive Entscheidungen“ der Universitäten Dortmund und Bochum unter Beteiligung des RWI und im Rahmen der Empirischen Wirtschaftsforschung der Volkswirtschaftspolitik an der Universität Bochum

Forschungsaufenthalte an ausländischen Hochschulen/Forschungseinrichtungen

H.D. von Loeffelholz am American Institute for Contemporary German Studies (AIGS), Washington, DC, und am Woltemade Center for Economic and Business de Ohio Wesleyan University, Delaware, OH, vom 5. bis 17. Oktober 1999

H.D. von Loeffelholz am American Institute for Contemporary German Studies (AIGS), Washington, DC, und am European Union Center der University of Illinois at Urbana-Champaign, IL, vom 13. bis 22. Januar 2000

Betreuung von Gästen (Auswahl)

Delegation des General Accounting Office (GAO) der Vereinigten Staaten von Amerika, Washington, DC, am 27. Oktober 1998 in Essen und am 15. Februar 1999 in Washington, D.C., zu Fragen der Finanzpolitik, insbesondere der Verteidigungsausgaben in Deutschland und Europa

Graduiertenkolleg „Allokationstheorie, Wirtschaftspolitik und kollektive Entscheidungen“ der Universitäten Bochum und Dortmund

Delegation des Finanzministeriums der Republik Südafrika zu Fragen der Infrastrukturpolitik

Delegation der OECD zur Umweltpolitik „Making growth more environmentally sustainable“

Delegation der State Development Planning Commission P.R.C., Peking

Behördenleiter der Stadt Essen zur Information über die konjunkturelle und finanzwirtschaftliche Situation in Deutschland

Zweites Wirtschaftsgespräch des RWI zum Thema „Liberalisierung und Energiepreise – Neue Aufgaben für staatliche Einflußnahme?“

Praktikanten

Michael Latsch, Universität Dortmund

Promotionsvorhaben

P. Hernold, Wirtschaftswachstum, Strukturwandel und öffentliche Ausgabenentwicklung.

S.M. Renn, Möglichkeiten und Grenzen der empirischen Ermittlung interpersoneller Umverteilungswirkungen staatlicher Maßnahmen durch Verteilungsmodelle

Summerschool „Arbeit mit ökonomischen Modellen“

Zusammen mit der Universität GH Essen und der Gerhard-Mercator-Universität GH Duisburg wurde vom 20. bis 24. September 1999 – nunmehr zum zwölften Mal – die „Summerschool“ durchgeführt. Die praktische Arbeit konzentrierte sich auf das RWI-Konjunkturmodell und reichte von der technischen Modellbearbeitung bis zu Prognosen und Simulationen für die Gestaltung und Beurteilung wirtschaftspolitischer Handlungen. Im theoretischen Teil wurden die Beiträge um eine Darstellung der Integration des RWI-Konjunkturmodells in den internationalen Modellverbund *Project LINK* und eine Einführung in die Kointegrationstheorie ergänzt; das zuletzt genannte Sonderthema wurde von Prof. Dr. Jürgen Wolters, Freie Universität Berlin, in einem Vortrag behandelt. Die aus dem deutschsprachigen Raum stammenden Teilnehmer aus Wirtschaft, Verwaltung, unabhängigen Forschungseinrichtungen und Hochschule (Studenten und Mittelbau) haben so einen unmittelbaren Eindruck von der Anwendung ökonomischer Modelle gewonnen und konnten darüber hinaus selbständig Prognosen und Simulationen durchführen.

Die Arbeiten anderer Gruppen

Statistik

Zu den *routinemäßigen Aufgaben* der Abteilung zählten die Beschaffung, Erfassung und Aktualisierung von Datenbeständen. Diese wurden 1999 überwiegend in Datenbanken gepflegt, um für die Forschungsgruppen Zahlen für diverse Berechnungen problemlos zu selektieren. Abschließend wurden die Ergebnisse meist in Tabellen und Arbeitsgraphiken zur Verfügung gestellt. Besonderer Wert wurde weiterhin auf die sorgfältige Betreuung und Erweiterung der Dokumentation und Ablage statistischer Unterlagen gelegt.

Die *Schwerpunkte der Arbeiten* wurden von Änderungen in der amtlichen Statistik bestimmt: der Aktualisierung des Basisjahres von 1991 = 100 auf 1995 = 100 und der Umstellung der nationalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf das europaweit vergleichbare *Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen* (ESVG 95) bestimmt. Im Zuge der Basisjahränderung mussten Bestände nationaler und internationaler Daten, die als längere Zeitreihen zur Verfügung stehen sollen, umbasiert werden. Unter anderem wurde die Berechnung des Preisindex der Lebenshaltung überarbeitet. Wegen der Harmonisierung der VGR wurde ein neuer Datenbestand angelegt und jener nach deutscher Systematik der VGR abgeschlossen, da die Werte nicht unmittelbar miteinander vergleichbar waren.

Um die Gegenüberstellung von internationalem Warenverzeichnis WA 99 und Meldenummern des deutschen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken GP 95 sowie SITC II und SITC III zu realisieren, wurden diese sehr unterschiedlichen Systematiken in ein relationales Datenbanksystem so eingebunden, dass eine Zuordnung über die Sektorengliederung nach der Systematik der Input-Output-Rechnung möglich ist.

Für die Forschungsgruppe „Regionalwirtschaftliche Analysen“ wurden neben der Pflege der Indikatorendatenbank problembezogene Statistiken (Pendlerverflechtung, Bevölkerungsprognosen, regionale Zuordnung der Sparkassen) für einzelne Projekte aufbereitet. Da die Zeitreihen zu den „Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten“ nach Wirtschaftsbereichen von der Harmonisierung nach dem ESVG 95 nicht unberührt blieben, musste ein Neubestand angelegt werden. Der Altbestand soll für ein bis zwei Jahre parallel aktualisiert werden, um so Plausibilitätsprüfungen und das Schließen von Datenlücken zu ermöglichen.

Im Mittelpunkt der Arbeiten für die Forschungsgruppe „Konjunktur“ standen ebenfalls die Änderungen im Rahmen der VGR. Für die Erstellung der Preisindizes der Lebenshaltung, der Ein- und Ausfuhr- sowie der Erzeugerpreise wurden die Warengruppen neu strukturiert und mit der neuen Jahresbasis berechnet. Weiterhin wurden Aufgaben für den Konjunkturbericht für das Land Nordrhein-Westfalen, im Rahmen der Arbeiten für *Project LINK* und für das Konjunkturmodell erfüllt. Hinzu kam die Recherche nach historischen amerikanischen Konjunkturdaten, um Zyklenvergleiche zu ermöglichen.

Die Forschungsgruppe „Sektorale Strukturanalysen“ forderte 1999 umfangreiche Zusammenstellungen von Daten über die Branchen Feinmechanik, Feinkeramik sowie Informations- und Kommunikationstechnik an. Hierbei erwiesen sich die neu geschaffenen Abfragemöglichkeiten nach Umsteigeschlüsseln für WZ 93 und SYPRO sowie die Gegenüberstellung der nationalen und internationalen Warensystematiken in Datenbanken als sehr zweckdienlich.

Änderungen des Steuerrechts wurden für die Forschungsgruppe „Öffentliche Finanzen“ erfasst. Außerdem wurden Daten für eine Analyse des infrastrukturellen Nachholbedarf in den neuen Bundesländern zusammengestellt und der Ausbau der Gemeindefinanzdatenbank fortgesetzt.

Für die Forschungsarbeiten (Handwerksbericht, „Handwerk und Dienstleistungen“ u.a.) der Gruppe „Handwerk und Mittelstand“ wurden umfangreiche Daten recherchiert, zusammengestellt und berechnet. Um Werte aus der Handwerksdatenbank für komplexe Auswertungen auf einfache Weise nutzen zu können, wurden Formulare mit variablen Abfragevorgaben entwickelt. Die Anwendung wurde im Rahmen einer Veranstaltung Vertretern der nordrhein-westfälischen Handwerkskammern präsentiert.

Die Ermittlung der nominalen und realen effektiven Wechselkurse für die Forschungsgruppe „Weltwirtschaft“ erforderte durch die Einführung des Euro eine andere Berechnungsgrundlage, die deshalb angepasst und erweitert wurde. Bei der Zusammenstellung der Konjunkturindikatoren wurde die Anzahl der ausgewählten osteuropäischen Länder um fünf erweitert. Außerdem wurden aus den Geschäftsberichten deutscher Unternehmen die „Unternehmensdatenbank Globalisierung“ und aus OECD- und IWF-Veröffentlichungen internationalen Datenreihen regelmäßig aktualisiert.

Bei der *technischen Ausstattung* wurden die PCs der Abteilung mit Windows98 ausgerüstet, so dass die neue Version 9.0 des Statistik-Pakets SPSS und die AMOS-Version 4.0 lauffähig sind. Die Einführung von Office97 hat allerdings im Bereich der Tabellenkalkulation aufgrund erhöhten Bedienungskomforts zu Lasten eingeschränkter Funktionalität dazu geführt, dass einige spezielle Grafikroutinen und Makros umgestellt werden mussten. Seit Ende des Jahres steht für den neuen Scanner, der durch einen USB-Anschluss eine höherer Übertragungsrate erreicht, ein PC mit erweiterter Speicherkapazität zur Verfügung, so dass die Erfassung von Daten via Texterkennung noch effektiver genutzt werden kann. Aufgrund der Forderung, möglichst aktuelle Daten bereitzustellen, hat die Datenrecherche im Internet einen noch höheren Stellenwert erlangt.

EDV

Entsprechend dem schnellen technologischen Wandel und dem daraus resultierenden Anspruch moderner Softwareprodukte mussten 1999 knapp 30 PCs ersetzt werden.

Dies gilt in ähnlicher Weise auch für den Server-Bereich: hier wurden der NOVELL-Server durch ein Doppelprozessor-System und die für die Internet-Aktivitäten des Instituts (e-mail, Ftp, Telnet und Http) bislang genutzte UNIX-Workstation durch einen schnelleren Server abgelöst. Der Internet-Zugang selbst wurde im Rahmen des Deutschen Forschungsnetzes (DFN-Verein) auf eine Kapazität von 2 Mbit/sec erhöht.

Im Laufe des Jahres wurden sämtliche Rechner des Instituts auf ihre Jahr-2000-Kompatibilität hin untersucht. Als Folge davon wurde damit begonnen, die PCs auf Windows98 umzustellen und die UNIX-Maschinen auf SOLARIS 7 aufzurüsten. Dabei wurde besonderer Wert auf die Sicherheitsstandards des Mail-Servers gelegt. Weiterhin wurde im UNIX-Bereich eine neuere Version des Datenbanksystems ORACLE installiert und auch die darauf basierende BOND-Bibliotheksoftware erneuert.

Von den zahlreichen organisations- und verwaltungstechnischen Aufgaben der DV-Gruppe sind besonders zu erwähnen:

- die Bereitstellung der zentralen Server unter UNIX und NOVELL;
- die Mitarbeit an der 12. Summerschool des RWI, der Universität GH Essen und der Gerhard-Mercator-Universität GH Duisburg;
- die Begleitung einer Reihe von Arbeiten der Forschungsgruppen, der technischen Abteilungen sowie der Verwaltung.

Grafik

Die Bereitstellung von Grafiken für die Verwendung in Textverarbeitungs- und DTP-Programmen blieb auch im vergangenen Jahr ein Aufgabenschwerpunkt. Die Zusammenarbeit mit einzelnen Forschungsgruppen im Bereich der Farbaus-

gabe von Schaubildern wurde ausgeweitet, wobei die Ressourcen der Abteilung Grafik direkt über das Netzwerk eingesetzt werden. In diesem Bereich wird die Anschaffung eines neuen Farbdruckers erwogen, um die gestiegenen Qualitäts- und Quantitätsanforderungen erfüllen zu können.

Bibliothek

Aufbau und Organisation der Bibliothek des RWI orientieren sich an den spezifischen Aufgaben des Instituts; sie dient in erster Linie den wissenschaftlichen Mitarbeitern als Informationsquelle, steht darüber hinaus aber auch externen Interessenten als Präsenzbibliothek zur Verfügung.

Neben wirtschaftswissenschaftlicher Literatur wird aufgrund der empirischen Ausrichtung der Arbeiten des Instituts eine Vielzahl von Wirtschaftsstatistiken bezogen. Hierzu zählen neben den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes, die nahezu vollständig gesammelt werden, zahlreiche Publikationen der Statistischen Landesämter, der Bundesministerien und anderer Bundes- bzw. Landesbehörden sowie Verbandsstatistiken. Für internationale Vergleiche und weltwirtschaftliche Themen stehen Originalstatistiken einiger Länder (z.B. Vereinigte Staaten, Großbritannien) und Veröffentlichungen internationaler Organisationen, speziell der OECD, der UN, des IMF sowie der Europäischen Gemeinschaften zur Verfügung. Darüber hinaus kann die Bibliothek auf einen Bestand von rund 300 nationalen und internationalen ökonomischen Zeitschriften zurückgreifen. Aufgrund eines umfangreichen Schriftenaustausches stehen zahlreiche Publikationen anderer wissenschaftlicher Einrichtungen und Universitätsinstitute zur Verfügung.

Im Jahr 1999 konnten rund 2 200 Neuzugänge verzeichnet werden, so dass sich der Gesamtbestand der Bibliothek auf nunmehr etwa 82 000 Bände beläuft.

Katalogisierung der Bibliotheksbestände, Ausleihe und Periodikaverwaltung erfolgen seit 1997 mit der Bibliothekssoftware BibliothecaWin. Grundlage für die sachliche Erschließung ist der vom HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung erstellte Thesaurus Wirtschaft. Im Berichtszeitraum wurden rund 4 200 Titel, darunter etwa 2 000 Zeitschriftenaufsätze und Beiträge aus Sammelwerken, aufgenommen, so dass Ende des Jahres rund 41 000 Titelnachweise für On-line-Recherchen zur Verfügung standen.

Wie in den Vorjahren wurde die Bibliothek wiederum von einer großen Anzahl externer Besucher aus den Bereichen Wissenschaft – Universitäten und Fachhochschulen –, Wirtschaft und Bildung genutzt. Vor allem bei Diplomarbeiten und Dissertationen konnte Hilfestellung geleistet werden. Das Spektrum der Anfragen reichte dabei von der allgemeinen Nachfrage nach Veröffentlichungen des Instituts über Anfragen zu Themen, die das Institut traditionell bearbeitet, z.B. zur Stahlindustrie oder regionale Themen, oder die das Institut in den letzten Jahren ausführlich behandelt hat – Umweltökonomie, Strukturberichterstattung, Europäische Integration – bis hin zu Literaturrecherchen zu spezifischen Problemstellungen, die sich häufig an aktuellen Tagesthemen orientieren.

Seit Mai 1995 liegt der Bestand der Bibliothek auch auf GENIOS als fachspezifischem Host auf und ist damit überregional einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich.

Die rasante Entwicklung neuer elektronischer Informationssysteme, die zunehmende Verfügbarkeit von Informationen über das Internet und die damit verbundene verstärkte Nachfrage nach aktuellen Informationen haben zu einer veränderten Aufgabenstellung moderner Bibliotheken von der klassischen Bestandsorientierung hin zur Beschaffungsorientierung geführt. Diese neuen Rahmenbedingungen zeigen sich besonders deutlich in wissenschaftlichen Spezialbibliotheken wie der des RWI.

Da es dem einzelnen Wissenschaftler vielfach kaum noch möglich ist, aus der Fülle der verfügbaren aktuellen Angebote die für seine Arbeit relevanten Informationen selbst zu suchen oder zu beschaffen, wird diese Aufgabe der Bibliothek übertragen. Somit liegt mittlerweile der Schwerpunkt der Arbeiten nicht mehr beim Nachweis der eigenen Bestände; einen breiten Raum bei den laufenden Aufgaben nimmt vielmehr die gezielte Recherche nach Dokumenten und Veröffentlichungen in externen Datenbanken wie GENIOS oder dem Internet bzw. die Beschaffung von Zeitschriftenartikeln über Dokumentenlieferdienste wie *Subito* ein.

Eine gewisse Dezentralisierung dieser Aufgaben wird in Zukunft dann erfolgen können, wenn bei allen PCs im Institut die technischen Voraussetzungen für einen Online-Zugriff auf die eigenen Bibliotheksbestände geschaffen sind.

Veröffentlichungen des Instituts

RWI-Mitteilungen

Jahrgang 49 (1998)

Heft 3/4:

Henke, K.-D., U.Heilemann und G.Wagner, Wirtschaftspolitische Agenda der nächsten vier Jahre – Einführung

Heilemann, U., Der Handlungsrahmen: Gesamtwirtschaftliche Perspektiven 1998–2002

Färber, G., Staatsfinanzen: Konsolidierung, Steuersenkung und Wachstumssicherung?

Welfens, P.J.J., Beschäftigungsfördernde Steuerreform in Deutschland zum Euro-Start: Für eine wachstumsorientierte Doppelsteuerreform

Loeffelholz, H.D. von, Steuerreform: Erfordernisse, Spielräume, Wirkungen

Petersen, H.-G., Steuerreform: Erfordernisse, Spielräume, Wirkungen

Budäus, D., Verwaltungsreform – Agenda der nächsten vier Jahre

Jann, W., Verwaltungsreformen auf der Ebene des Bundes: Binnenmodernisierung der Bundesverwaltung und Beendigung des Kombinationsmodells

Richter, W.F. und H.Jürges, Bildung und Wissenschaft: Mehr Mut zu marktorientierten Reformen

Kleinhenz, G., Agenda für mehr Beschäftigung in Deutschland: Wachstums- und Beschäftigungspolitik

Wagner, G., Staat und Beschäftigung – Erfahrungen und Erfordernisse

Rürup, B., Die rentenpolitischen Aufgaben der nächsten Legislaturperiode

Henke, K.-D., Finanzielle und reale Absicherung der Risiken im Gesundheitswesen

Neumann, M.J.M., Erfolgsbedingungen für die Europäische Währungsunion

Jahrgang 50 (1999)

Heft 1/2:

Jochimsen, R., Perspektiven der regionalen Standortpolitik – Herausforderungen für Deutschland auf der Schwelle zum 21. Jahrhundert

Hillebrand, B., Wettbewerb und Umweltschutz in der Elektrizitätswirtschaft – eine regionale Bestandsaufnahme

Moos, W., Möglichkeiten der Politiksimulation mit einem Allgemeinen Gleichgewichtsmodell – Entwicklung und Evaluierung eines kleinen CGE-Modells für öffentliche und private Güter

Storchmann, K.-H., Einstieg in die ökologische Steuerreform: Auswirkungen auf den Öffentlichen Personennahverkehr

Halstrick-Schwenk, M., Entsorgung und Wiederverwertung von Elektroaltgeräten und Elektronikschrott – Ökologisches Gefährdungspotential und umweltpolitischer Handlungsbedarf

Heft 3:

Deistler, M., Geschichte und Perspektiven der Ökonometrie

Buttermann, H.G., Potentiale und Kosten einer globalen CO₂-Minderungsstrategie in der Stahlindustrie

Urfei, G., Regionalisierte Umweltpolitik nach den Prinzipien der Ökonomischen Theorie des Föderalismus – Territoriale Abgrenzungsvorschläge am Beispiel räumlich begrenzter externer Effekte der Landwirtschaft

Hohlfeld, P., Erfolgreiche Integration Ostdeutschlands in die internationale Arbeitsteilung? – Zur regionalen und sektoralen Entwicklung des Außenhandels

RWI-Konjunkturberichte

Jahrgang 50 (1999)

Heft 1:

Die wirtschaftliche Entwicklung ...
im Ausland zur Jahresmitte 1999:
Wende nach oben

im Inland zur Jahresmitte 1999:
Wieder stärkere Konjunktur

Heft 2:

Die wirtschaftliche Entwicklung ...
im Ausland zur Jahreswende 1999/2000:
Günstiges weltwirtschaftliches Umfeld – Europa im Aufschwung

im Inland zur Jahreswende 1999/2000:
Kräftigung der Konjunktur

RWI-Konjunkturbriefe

Jahrgang 1999

- 1: Die Lage auf dem deutschen Stahlmarkt: Eintrübung der Produktions- und Beschäftigungsperspektive
- 2: Kräftigung der Konjunktur
- 3: Internationale Konjunktur: Europa im Aufwind

Schriftenreihe

Heft 65: Döhrn, R. und G.Heiduk (Hrsg.), Theorie und Empirie der Direktinvestitionen

Heft 66: Urfei, G., Agrarumweltpolitik nach den Prinzipien der Ökonomischen Theorie des Föderalismus – Ein Regionalisierungsansatz zur territorialen Abgrenzung effizienter Politikaktionsräume

Untersuchungen

Heft 29: Lehr, U., Regelungen beim Heizenergieverbrauch der privaten Haushalte und Innovationen

Heft 30: O'Farrell, P.N., M. Scheuer und E.M. Schmidt, Internationalisierung von Unternehmensdienstleistungen

Heft 31: Andrews-Speed, P. et al., Energy Policy and Structure in the People's Republic of China

Heft 32: Heilemann, U., R. Döhrn, H.D. von Loeffelholz und E. Schäfer-Jäckel, Der Wirtschaftsaufschwung der Vereinigten Staaten in den neunziger Jahren – Rolle und Beitrag makroökonomischer Faktoren

Heft 33: Friedrich, W., S. Gehle, B. Lageman, G. Machalowski und H. Schrumpf, Die Gemeinschaftsinitiative „KMU“ in Ostdeutschland – Förderung der Anpassung kleiner und mittlerer Unternehmen an den Binnenmarkt durch die Europäische Union

RWI-Papiere

Nr. 57: Buttermann, H.G., B.Hillebrand und U.Lehr, Second Monitoring Report: CO₂-Emissions in German Industry 1996–1997

Nr. 58: Hillebrand, B., Sektorale Wirkungen der Energiesteuerreform 1999

Nr. 59: Oberheitmann, A., Some Remarks on Additionality and Incentives in Activities Implemented Jointly, Joint Implementation and the Clean Development Mechanism

Nr. 60: Scheuer, M. and E.M.Schmidt, The Earnings Position of Young People on the German Labour Market

Nr. 61: Gitter, R.J. and M.Scheuer, Employment Growth in the United States: Lessons for Europe? – The Great American Job Machine Revisited

Nr. 62: O'Farrell, P.N., M. Scheuer und E.M. Schmidt unter Mitarbeit von R. Graskamp, Nachholbedarf deutscher Anbieter beim Export unternehmensbezogener Dienstleistungen?

Nr. 63: Döhrn, R., Foreign Direct Investment in Russia – An Engine of Structural Adjustment?

Nr. 64: Döhrn, R., The Use of Microdata in the Analysis of Foreign Direct Investment

Nr. 65: Halstrick-Schwenk, M., Umfang und Struktur der Entsorgungswirtschaft im Bereich Elektroaltgeräte/Elektronikschrott in Deutschland – Ergebnisse einer Unternehmensbefragung

Nr. 66: Scheuer, M. et E.M. Schmidt, Les Fachhochschulen en Allemagne

Vorträge im Institut

Prof. Phillip J. Bryson (Brigham Young University, Provo, Utah/USA), Keynes and the Asia-Crisis (9. Juni 1999)

Prof. Dr. Bernd Schips (Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich), Die Nutzung von Umfragedaten in der Konjunkturanalyse and bei der Konjunkturprognose – Bericht über die Erfahrungen mit verschiedenen methodischen Ansätzen (25. Oktober 1999)

Prof. Dr. Bert G. Hickman (Stanford University), Reminiscences of a Macroeconometric Modeler (10. November 1999)

Jacques Anas (COE Paris), A Leading Indicator for Business Cycle Turning Points (14. Februar 2000)

Prof. Phillip J. Bryson (Brigham Young University, Provo, Utah/USA), Growth and Prosperity in the U.S.: How Long Can It Last? (10. Mai 2000)

Dr. Michael Hüther (DGZ-DekaBank, Frankfurt), Neue Ökonomie und Geldpolitik – Veränderungen im gesamtwirtschaftlichen Ablauf und ihre Wirkungen auf den Kapitalmarkt (7. Juni 2000)

Prof. Dr. Alois Kneip (Johannes Gutenberg Universität Mainz), Aggregation und die Modellierung der Konsumfunktion: Ein neuer Ansatz in Theorie und Empirie (14. Juni 2000)